

# Preußische Allgemeine

Nr. 34 · 23. August 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



**Brüskiert** Boris Pistorius knickt in Sachen Traditionserlass ein **Seite 8**



**Feuersturm** Vor 80 Jahren legte die RAF Königsberg in Schutt und Asche **Seite 11**

FOTOS: IMAGO; BILDARCHIV OSTPREUSSEN

VON RENÉ NEHRING

Wie lange soll das Elend eigentlich noch dauern? Seit Monaten versuchen die Ampelparteien, einen ordentlichen Haushalt für das kommende Jahr 2025 vorzulegen. Wiederholt folgten auf die Verkündung einer Einigung wahlweise verfassungsmäßige Bedenken eines der Regierungspartner oder die „Entdeckung“ neuer erheblicher Lücken in dem zusammengeschusterten Budget. Manche Äußerung des einen oder anderen Ministers weckt zudem den Eindruck, dass die Verantwortlichen selbst kaum wissen, worum es in dem laufenden Streit eigentlich geht.

Dass dieser Eindruck keineswegs nur von Vertretern der Oppositionsparteien oder regierungskritischen Medien geteilt wird, belegte am Wochenende mit Omid Nouripour sogar der Co-Vorsitzende einer Ampelpartei. Im ARD-Sommerinterview bezeichnete er die derzeitige Koalition als „Übergangslösung“, die für die Zeit nach der Dauerkanzlerschaft von Angela Merkel notwendig gewesen sei. Damit ruft der Grünen-Politiker in Erinnerung, dass die derzeitige Bundesregierung kein Wunschkind der Koalitionäre war, sondern lediglich ein Zufallsprodukt der Umstände des Sommers 2021, kurz vor der damaligen Bundestagswahl. Eine temporäre Schwäche der Union und ihres Kanzlerkandidaten Armin Laschet führte damals dazu, dass für kurze Zeit eine Mehrheit ohne die Langzeitkanzlerpartei möglich war.

Zwar gelang es seinerzeit den Zufallspartnern in den Wochen nach der Wahl, sich vergleichsweise schnell auf ein Regierungsprogramm zu einigen und unter dem Schlagwort „Mehr Fortschritt wagen“ sogar für einen Nachmittag lang die Illusion von Aufbruch zu inszenieren, doch wurde im Alltag schnell deutlich, dass hier Akteure zusammengefunden hatten, die nie zusammengehörten. Dass diese Spontangemeinschaft bislang dennoch hielt, lag vor

allem daran, dass sie noch zu Zeiten billigen Geldes gebildet worden war, mit dem sich die inneren Widersprüche übertünchen ließen. Dies ist seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Haushaltspraxis der Ampel Ende 2023 und dem parallelen Anstieg der Zinsen an den Finanzmärkten vorbei. Konnte etwa der Wirtschaftsminister in einem frühen Koalitionsstreit noch locker sagen, dass es sich dabei „doch nur um Geld“ handele, lernen er und seine Kabinettskollegen nun auf die harte Tour, was genau Geld ist – und welchen Schmerz es demjenigen bereiten kann, der es nicht hat.

## Wenn das Ego vor dem Land steht

Der einzige Lichtblick im Bundeskabinett ist derzeit Verteidigungsminister Boris Pistorius. Dieser bemüht sich redlich, die im Februar 2022 vom Kanzler ausgerufenen „Zeitenwende“ in der Sicherheitspolitik durch eine solide Sacharbeit zu unterlegen, wird dabei jedoch in nahezu jeder großen Frage – von der Wiedereinführung der Wehrpflicht über eine dauerhafte Erhöhung des Verteidigungsetats bis jüngst zur Überarbeitung des Traditionsverständnisses der deutschen Streitkräfte (siehe zu Letzterem auch Seite 8 der aktuellen Ausgabe) – von seinen Regierungspartnern im Stich gelassen.

Dass Kanzler Olaf Scholz die wiederholte Brüskierung des zuständigen Ministers für die von ihm selbst ausgerufenen

## REGIERUNGSKRISE

# Nun fällt auseinander, was nie zusammengehörte

Die Gemeinsamkeiten der Ampel sind aufgebraucht. Eine Fortsetzung würde nicht nur den Bürgern, sondern auch den Koalitionspartnern schaden

„Zeitenwende“ zulässt, zeigt indes, wo für ihn die Prioritäten liegen. Die Frage, warum Pistorius sich dies gefallen lässt, lässt sich wiederum nur damit zu erklären, dass er selbst auf das baldige Scheitern Scholzens setzt und für diesen Fall darauf spekuliert, Nummer eins seiner Partei zu werden. Dass diese Gedankenspiele keineswegs unbegründet und chancenlos sind, unterstreicht ein Artikel des stets gut unterrichteten Gabor Steingart von Anfang der Woche, demzufolge der Kanzler längst einen massiven Autoritätsverlust erlitten hat und der Kreis der „Scholzianer“ – also der eingeschworenen Unterstützer – kaum größer ist als die Zahl seiner engsten Mitarbeiter.

Die Frage ist, wie lange die Deutschen sich dieses Schauspiel noch bieten lassen wollen – und warum sie es sich überhaupt bieten lassen sollen? Stand jetzt sind es noch rund 13 Monate bis zur nächsten regulären Bundestagswahl. Wie viele Krisen sollen die Bürger bis dahin ertragen?

Was die Stunde für die Bundesregierung geschlagen hat, zeigen die wöchentlichen Umfragen. Diese sind nirgends so vernichtend wie ausgerechnet in jenen Bundesländern, in denen am 1. September gewählt wird. In Sachsen und Thüringen droht nicht nur den Liberalen (die in den Ergebnislisten gar nicht mehr ausgewiesen werden) und den Grünen das Aus, selbst ein Nichteinzug der SPD ist angesichts der letzten Befragungen, in denen

sie bei sechs Prozent lag, durchaus möglich. Käme es so weit, dass alle im Bund regierenden Parteien nicht in einen Landtag einziehen, wäre dies eine wahrhaft historische Blamage und Zäsur.

Umso erschreckender, dass sich niemand in den Ampelparteien darüber Gedanken zu machen scheint, warum eigentlich die Bürger ihnen in so breiter Zahl das Vertrauen entziehen. Stattdessen wird lieber darüber diskutiert, wie die zur größten Oppositionspartei errichteten Brandmauern halten, damit es doch noch irgendwie für eine weitere Regierungseteiligung reicht. Und wie selbstverständlich sinnieren immer wieder Mitglieder von Drei-bis-sechs-Prozent-Parteien laut darüber, wie sich ein vor Ort bei dreißig Prozent und mehr stehender Wettbewerber verbieten ließe. Selbst davor, den Wählern die Demokratiefähigkeit abzusprechen, scheut manch regierungsnaher Zeitgenosse angesichts des zu erwartenden Wahldebakels nicht zurück.

Omid Nouripour hat – ob gewollt oder nicht – mit seinem Wort von der „Übergangslösung“ die richtige Richtung gewiesen. Die Regierung hat ihre Gemeinsamkeiten offensichtlich aufgebraucht. Die sie tragenden Parteien sollten zum Wohl des Landes den Weg frei machen für einen Neuanfang. Die Umfragen in Thüringen und Sachsen legen nahe, dass ein solcher Schritt nicht zuletzt auch in ihrem eigenen Interesse läge.

## IN DIESER AUSGABE

### Politik

Die zunehmende Messer Gewalt verändert das öffentliche Leben in Berlin **Seite 5**

### Kultur

Vor 100 Jahren wurde der jüdische Satiriker Ephraim Kishon geboren **Seite 9**

### Das Ostpreußenblatt

Das Berliner Traditionslokal „Marjellchen“ hat einen neuen Betreiber **Seite 13**

### Reise

Chaotisch und doch bestens organisiert – Streifzüge durch die Metropole Tokio **Seite 21**



### Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Gewalttätige Ausschreitungen** Quotenregelungen, Arbeitslosigkeit und Inflation waren nur der Funke, doch islamische Fanatiker zündeten die Lunte am religiösen Pulverfass aus Hindus, Buddhisten und Moslems

# Islam sorgt für Umsturz in Bangladesch

Gleich zwei radikal-islamische Parteien wollen die hinduistische Minderheit aus dem Land drängen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 7. Juli begannen in Bangladesch Massenproteste, welche sich anfangs auf die Großstädte Dhaka, Chittagong, Kumilla, Jessore, Rangpur und Rajshahi konzentrierten. Hier errichteten Studenten Straßensperren, an denen sie Anhänger der regierenden sozialdemokratischen Awami-Liga mit Ziegelsteinen und Stöcken attackierten. Daraufhin bezeichnete die Premierministerin Sheikh Hasina Wajed, älteste Tochter des 1975 ermordeten Staatsgründers Sheikh Mujibur Rahman, die Blockierer als „Vaterlandsverräter“, womit sie kräftig Öl ins Feuer goss. Die Unruhen breiteten sich aus, sodass es bis zum 27. Juli bereits elf Tote gab.

Eine weitere Eskalation erfolgte am 4. August. An jenem Tage starben nochmals 94 Menschen, darunter nun auch 14 Polizisten. Die von den Protestierern mittlerweile immer lauter zum Rücktritt aufgeforderte Wajed verhängte daraufhin eine Ausgangssperre. Doch diese Maßnahme kam zu spät, weswegen die „Eiserne Lady“ von Bangladesch am 5. August ihren Rücktritt erklären und per Hubschrauber nach Indien fliehen musste.

## Quoten waren Mit-Auslöser

24 Stunden später löste Staatspräsident Mohammed Shahabuddin das Parlament auf und setzte eine Übergangsregierung ein, an deren Spitze seit dem 8. August der Friedensnobelpreisträger und Geschäftsmann Muhammad Yunus (siehe rechte Spalte) steht. Außerdem verfügte das Staatsoberhaupt die Freilassung der inhaftierten Vorgängerin von Wajed, Khaleda Zia, die seit 1981 als Vorsitzende der nationalkonservativ-islamistischen Bangladesh Nationalist Party (BNP) fungiert.

Unmittelbarer Auslöser der Unruhen war eine neue Quotenregelung für Einstellungen im gut bezahlten und daher sehr attraktiven öffentlichen Dienst des Landes, der zufolge künftig ein Drittel der Posten an Veteranen aus dem Unabhängigkeitskrieg von 1971 oder deren Angehörige gehen sollte. Darüber hinaus waren auch Quoten für Frauen und ethnische Minderheiten vorgesehen, wodurch lediglich noch 44 Prozent der Stellen für eine Vergabe nach dem Leistungsprinzip zur Verfügung gestanden hätten. Darin sahen

Regierungskritiker eine einseitige Bevorzugung der Anhänger der Awami-Liga. Allerdings revidierte das Oberste Gericht diese Regelung bereits am 21. Juli in einem wesentlichen Punkt, indem es die Quote für Soldaten und deren Nachkommen auf sieben Prozent reduzierte.

## Islamische Fanatiker morden

Dass die Krawalle trotzdem weitergingen, resultierte daraus, dass der Volkszorn noch andere Ursachen hatte. So liegen die Jugendarbeitslosigkeit und die Inflation trotz des starken Wirtschaftswachstums der letzten Jahre ausnehmend hoch. Darüber hinaus spielten aber auch die BNP und die Bangladesh Jamaat-e-Islami (BJI) eine wesentliche Rolle. Beide Oppositionsparteien verfolgen eine islamistische Agenda, weswegen sie für eine antihinduistische Ausrichtung der Proteste sorgten, wobei die BJI meist radikaler auftrat als die BNP.

Rückblick: 1951 machten die Hindus 22 Prozent der damals 41 Millionen Ein-

wohner des damaligen Ost-Pakistan und heutigen Bangladesch aus. Später flohen jedoch viele Hindus nach Indien, sodass die hinduistischen Gläubigen mittlerweile nur noch acht Prozent der Gesamtbevölkerung von Bangladesch stellen, während die Muslime nun bereits auf 91 Prozent kommen. Aber das reicht den islamischen Fanatikern beziehungsweise Anhängern der BNP und BJI offenbar nicht mehr aus, wie die Pogrome gegen Hindus seit Anfang Juli zeigen.

In 45 der 64 Verwaltungsbezirke von Bangladesch kam es zu gewalttätigen Übergriffen gegen die religiöse Minderheit sowie parallel auch gegen Buddhisten und Christen. Videos in den Sozialen Medien zeigen, wie Menschen ertränkt, erschlagen und gehängt wurden, während der johlende Mob ihre Häuser, Geschäfte und Tempel in Brand setzte. Im Falle von Baruapara und Laxipara traf es dabei sogar zwei komplette Hindu-Dörfer. Die Zahl der hieraus resultierenden Toten ist bisher noch unbekannt. Auf jeden Fall be-

fanden sich unter den Opfern auch einige hinduistische Kommunalpolitiker wie Haradhan Roy aus Rangpur.

## Ohne Einsicht gegenüber Fehlern

Weil die BJI als Hauptdrahtzieher all dieser Vorfälle gilt, wurden die Partei und deren mittlerweile offen terroristisch agierende Studentenorganisation Chhatra Shibir jetzt von den Behörden in Dhaka verboten. Ansonsten machte Ex-Premierministerin Wajed im Interview mit indischen Medien, bei der sie mit keiner Silbe ihre eigenen Versäumnisse und Fehler erwähnte oder gar eingestand, neben ihren politischen Gegnern auch die USA für die Unruhen in Bangladesch verantwortlich: Hätte sie den Vereinigten Staaten – so wie von Washington laut ihrer Behauptungen gefordert – mehr Einfluss im Golf von Bengalen zugestanden, wären die radikalen Elemente in ihrer Heimat nicht aus dem Ausland aufgestachelt worden. Den Beweis für diese Behauptung blieb Wajed jedoch schuldig.



Mitten unter den Protestlern in Bangladesch: Gewaltbereite Moslems, denen es nicht um Arbeitslosigkeit oder Inflation geht. Sie wollen von innen heraus die Herrschaft übernehmen und einen Gottesstaat ausrufen  
Foto: action press

## VORGESCHICHTE

# IS-Umstürzler für Völkermord an Hindus verantwortlich

Bereits seit 1948 ist der Islamischen Partei in Bangladesch jedes Mittel recht, um ihren Gottesstaat-Wahnsinn zu realisieren

Hinter dem Umsturz in Bangladesch und den damit verbundenen Pogromen gegen Hindus, Buddhisten und Christen steht nicht zuletzt die Bangladesh Jamaat-e-Islami (BJI). Diese Partei ist ein Ableger der am 26. August 1941 im nordwestindischen Pathankot gegründeten Jamaat-e-Islami, deren Ziel zunächst darin bestand, einen muslimischen Staat zu schaffen, der sich über ganz Britisch-Indien erstreckt. Nach der Teilung und Unabhängigkeit der Kronkolonie strebte die Jamaat-e-Islami dann nach der Errichtung eines Gottesstaates zumindest in Pakistan. In diesem Zusammenhang entstand am 4. Mai 1948 die ostpakistanische Zweigniederlassung der Partei, die spätere BJI.

Diese gehörte zu den schärfsten Gegnern einer Autonomie Ostpakistans, aus Angst, dass es durch die Loslösung von Westpakistan zur Entfremdung vom Islam komme. Daher bekämpfte die BJI den bengalischen Nationalismus auf jede erdenkliche Weise. Hierbei ging die Muslim-Partei so weit, dass sie sich 1971 während des Unabhängigkeitskrieges von Ost- gegen Westpakistan auf die Seite der westpakistanischen Armee stellte. Zudem veranstalteten die Milizen der BJI Massaker an Hindus und anderen Nichtmuslimen in Ostpakistan, denen schätzungsweise drei Millionen Menschen zum Opfer fielen. All das hatte 1972 ein Verbot der BJI zur Folge, das aber im Mai 1979 wieder

aufgehoben wurde. Danach durchdrang die BJI weite Teile der Gesellschaft in Bangladesch und beteiligte sich ab 2001 sogar an einer Regierung unter Führung der Bangladesh Nationalist Party (BNP). Der Höhenflug der Islamisten-Partei endete mit dem Debakel bei der Parlamentswahl 2008 und dem Sieg der jetzt aus dem Amt gedrängten Sheikh Hasina Wajed von der säkularen Awami-Liga.

## Fünf Todesurteile vollstreckt

Die neue Regierung unter Wajed etablierte anschließend das International Crimes Tribunal zur Aburteilung der Verantwortlichen für den Völkermord von 1971. Dieses Gericht tagte bis 2014 und verhängte

Gegen elf islamischistische BJI-Führer wurde wegen des Hindu-Massakers von 1971 die Todesstrafe verhängt

gegen insgesamt elf BJI-Führer oder -Aktivisten die Todesstrafe, welche in fünf Fällen auch vollstreckt wurde. Seitdem stehen Wajed und die Awami-Liga an der Spitze der Feindesliste der BJI. Außerdem gab es bei jeder Hinrichtung schwere Krawalle und Ausschreitungen gegen die Hindu-Minderheit.

Am 1. August 2013 entzog das Oberste Gericht von Bangladesch der BJI die Zulassung zur Teilnahme an den Parlamentswahlen. Aufgrund des Umstandes, dass die Partei weiterhin zahllose Moscheen und Koranschulen sowie Krankenhäuser und andere soziale Einrichtungen betrieb, behielt sie aber ihren enormen gesellschaftlichen Einfluss. W.K.

# Das verkannte Ost-Gefühl

Bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg droht den Regierungsparteien ein historisches Debakel. Wer nach den Ursachen dafür fragt, sollte sich die Entwicklung im Osten des Landes seit der Einheit von 1990 ansehen

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

Mit Schrecken, Grausen, Panik und Wut sehen die einen den Wahlen im September in Sachsen, in Thüringen und in Brandenburg entgegen, die anderen mit Hoffnung und Vorfreude. Ein Blick in die Wahlumfragen ergibt ungefähr folgendes Bild: Die AfD führt in allen drei Bundesländern, es folgen in Sachsen die CDU, das BSW, weit abgeschlagen die Grünen, SPD und Linke bei jeweils fünf Prozent. In Thüringen folgt der AfD die CDU, das BSW, Linke und SPD. Die Grünen wären nicht mehr im Landtag vertreten. Auch in Brandenburg führt die AfD, auf dem zweiten Platz diesmal die SPD, dann die CDU und das BSW. Grüne und Linke finden sich hier an der Fünf-Prozent-Hürde.

## Früchte westlicher Hochnäsigkeit

Man muss kein Prophet sein, um voraussagen, dass, wenn sich die Wahlumfragen im Großen und Ganzen bestätigt haben sollten, das große Geschrei einsetzen wird, jede Menge an Volkspädagogik und die hunderttausendste Vermessung der Ostdeutschen durch Westdeutsche. Man kennt bereits das Arsenal an Beleidigungen und Beschimpfungen, das wäre es etwa über das Wahlverhalten von Bremen formuliert worden, umgehend zu „Hass und Hetze“ erklärt worden wäre und zur größten Empörung geführt hätte. Da sich die Vernichtungsphantasien aber gegen Ostdeutsche richten, kann es natürlich weder Hass noch Hetze, sondern nur die lauterste Menschenfreundlichkeit sein, wenn man etwa Sachsen mit Napalm bombardieren will.

Doch ist man derlei Menschenfreundlichkeit, wenn im Osten des Landes nicht so gewöhnt wird, wie es das Brandmauerkombinat fordert, dort schon seit Jahren gewöhnt. So empfahl im WDR eine „Witzeerzählerin“, mittels Bombern die Sachsen mit Zitronensaft zu besprühen, weil das auch bei ihren Avocados helfe, dass diese nicht so schnell braun werden – was deshalb schon ein Rohrkrepierer ist, weil die Sachsen nie grün waren und deshalb, um in der Logik der Dame zu bleiben, auch nicht braun werden können. Doch die deutsche Lustigkeits-NGO strebt dem Ziel nach, dass, wenn man schon daneben liegt, dann auch richtig, weshalb die „Witzige“ noch einen draufsetzte und im selbstgefälligen Ernst abschloss: „... und wenn das nicht hilft: Napalm“.

Der Kommunikationsdirektor der Erzdiözese Köln, der es heute nicht mehr ist, twitterte vor einiger Zeit: „Tschechien – wie wär’s: wir nehmen Euren Atom Müll, Ihr nehmt Sachsen?“ Auch der Merkel-Hagiograph Ralph Bollmann von der früher liberal-konservativen „FAZ“ fand, dass die Ostdeutschen irgendwie nicht in die Bundesrepublik gehören: „Sie haben weniger Erfolg im Beruf und verdienen weniger Geld. Sie sind mit ihrer Lebenssituation im Schnitt weniger zufrieden und schimpfen über die Republik, die sie aufgenommen hat.“

Einer der Autoren der Räuberpistole vom „Geheimtreffen“ von Potsdam, das „Correcitiv“ mehrmals *corrigieren* und als „Meinung“ deklarieren musste, Marcus Bensmann, hat Ende Juli 2024 mit Blick auf die Wahlumfragen getwittert: „Dann sollten wir lieber über eine Trennung nachdenken. Es kann nicht sein, dass eine Mehrheit der ehemaligen DDR-Bürger, die nur 1/6 der Gesamtbevölkerung stellen, mit der Westbindung das Erfolgsmodell der Bundesrepublik zerstören.“ So wie Bensmann Aussagen seiner Potsdam-Posse zurücknehmen musste, hat er auch diesen Tweet gelöscht, wahrscheinlich, weil die Zeit für seine große Wahrheit noch nicht reif ist. Vielleicht hat er aber auch gemerkt, dass die Zeit für diesen Tweet vorüber ist, er löst kein



Dominieren mit einem besonderen Ostgefühl den Wahlkampf dieses Sommers: AfD und BSW

Schauern mehr aus, er erschreckt im Osten niemanden, denn hier hat sich längst ein gravierender Stimmungsumschwung vollzogen.

## Die Erfahrungen der Einheitszeit

Ausgerechnet Angela Merkel, die nur im Westen als Ostdeutsche wahrgenommen wird, nicht aber im Osten, entfachte den Konflikt. Das vereinigte Deutschland kannte die Kanzlerin des Niedergangs noch schlechter als den Osten des Landes, denn das lernte sie nur in der Dienstmouline und dem Regierungsfliet kennen und unter Personenschutz. Die Politikerin, die sich als bodenständig ausgab, hatte nie den Boden des Landes berührt, sondern war immer nur über ihn hinweggeschwebt. So teilte sie die Erfahrung vieler Ostlandsleute, die nach 1990 in Vielem vollständig von vorn anfangen mussten, nicht.

Doch haben die Ostdeutschen die Ärmel hochgekrempelt und sich einen neuen Wohlstand erarbeitet. Dass sie von geschickten Westdeutschen aus ihren Positionen gedrängt worden waren, dass die Treuhänder teils fragwürdige Geschäfte zu ihren Lasten machte, dass sie zur Witzfigur stilisiert wurden und der „dumme Ossi“ – am liebsten noch im peinlich schlecht nachgemachten sächsischen Dialekt – den dummen August im westdeutschen Humorverständnis ersetzte, all das verbuchte man als Preis der Freiheit, der Demokratie und der Möglichkeit, Wohlstand zu erarbeiten. Wer über Verluste sprach, wurde sofort als „Jammerossi“ abqualifiziert.

Doch hätten die Westdeutschen die Bundesrepublik und ihren Wohlstand binnen Kurzem zusammenbrechen sehen, all die Gewissheiten des Alltags, und wären sie gezwungen gewesen, von Grund auf neu anzufangen, hätten sie all diese Prozesse durchmachen und durchleiden müssen, die vornehm unter dem technischen Ausdruck *Transformation* zusammengefasst sind, wie viele Jammerwessis hätte es dann wohl gegeben? Vergessen werden zudem auch gern zwei Tatsachen: dass die alte Bundesrepublik 1989/90 wirtschaftlich schwierigen Zeiten entgegenging sowie dass die Einheit die westdeutsche Wirtschaft belebte und sich der Aufbau Ost für westliche Unternehmen als äußerst lukrativ erwies. Für die nüchternen Ostdeutschen ist das alles Geschichte und sollte es auch bleiben.

So jedenfalls war es bis zum Herbst 2015. Da zeigte sich schnell, dass es die Bundesrepublik, für die sich die ehemaligen Bewohner

der DDR einst entschieden hatten – ein freier, toleranter, demokratischer Staat, der innere Sicherheit gewährleistet, dessen Infrastruktur funktioniert und der wirtschaftlich erfolgreich ist –, schon bald nicht mehr geben würde.

Früher als im Westen hatte man im Osten der Republik erkannt, dass Merkels Migrationspolitik den hart erarbeiteten Wohlstand der Bürger und die Zukunft ihrer Kinder zur Disposition stellte. Doch je stärker Merkel erkannte, wie falsch ihre Migrationspolitik war, umso stärker wurde die Willkommenskultur zum politischen Dogma erhoben. Denn Merkel vermochte keinen Fehler zuzugeben, selbst um den Preis nicht, einen noch größeren Fehler zu begehen.

## Mief nach Ulbricht und Honecker

Mit Entsetzen verfolgten die Ostdeutschen dann, wie sich die Leitmedien, allen voran ARD und ZDF, in Regierungssprachrohre verwandelten, die sich immer weniger von der DDR-Propaganda unterschieden. Zwar wurde niemand von der Stasi abgeholt, aber auf dem Höhepunkt der Willkommenskultur wurden Andersdenkende diffamiert und marginalisiert. Die radikale Fremdenliebe konnte nur durch die radikale Nächstenfeindschaft durchgehalten werden.

Aber selbst das hätten viele Ostdeutsche noch hingenommen. Doch als Merkel im Frühjahr 2020 die freie Wahl eines liberalen Ministerpräsidenten mit Stimmen der AfD in Thüringen als „unverzeihlich“ bezeichnete und diese rückgängig machen ließ, miefte es für viele Ostdeutsche immer mehr nach Walter Ulbricht und Erich Honecker. Parallel dazu machte Merkels Pandemie-Regime dann deutlich, wie schnell die demokratischen Institutionen unterhöhlt werden konnten.

Dass nun den Ampel-Parteien im Osten herbe Verluste drohen, liegt an ihrer Politik des Niederganges, der De-Industrialisierung und des zunehmend institutionell geführten Kampfes gegen alle Meinungen, die nicht rotgrün sind und deshalb als „rechts“ markiert werden. Wobei „rechts“ für Innenministerin Faeser, Verfassungsschutzchef Haldenwang und Co. inzwischen gleichbedeutend mit rechtsextrem ist. So erinnert der Ampel-Staat die Ostdeutschen in seinem Wettkampf zwischen dem Niedergang der Wirtschaft und der Infrastruktur mit der Einschränkung der Freiheit und der Demokratie sowie der im-

So trifft der neue Stolz auf das Erreichte im Osten auf alte Ignoranz und Voreingenommenheit im Westen

mer plumper werdenden Propaganda immer stärker an die späte DDR.

Die CDU stagniert derweil, weil sie sich von einer eigenen Politik verabschiedet hat. Sehen im Westen viele Wähler die Union noch als Gegenprogramm zu Rot-Grün, erinnert die CDU im Osten in ihren Beschwörungen der „Brandmauer“ sehr an die gleichnamige einstige Blockflöten-Partei und die Brandmauer selbst an die Nationale Front der DDR. Denn egal, was die Bürger wählen, am Ende bekommen sie stets grüne Politik.

## Was den Osten ausmacht

Die wenig subtile Politikbeobachtung des Westens erkennt, dass es Wählern im Osten trotz des hohen Zuspruchs für AfD und BSW gar nicht um diese Parteien geht und auch nicht um deren Ideologie, sondern um einen echten Wechsel hin zu einer Politik, in deren Mittelpunkt wieder deutsche Interessen stehen. Die CDU wird das nur leisten können, wenn sie mit der Ära Merkel bricht und sie aufarbeitet. Doch genau das trauen ihr viele Ostdeutsche nicht mehr zu.

Hinzu kommt, dass all die postmodernen Politiker, die nur gelernt haben, in ihrer Blase zu agieren, und für die die schillernden Brechungen politischer Stereotype die Wirklichkeit ersetzen, die keine Verbindung mehr zu Tradition und Geschichte, zu Selbstverständnis und Heimat besitzen, die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen in deren Verbundenheit mit ihrer reichen Geschichte und Kultur nicht mehr erreichen.

Hier unterscheidet sich übrigens die DDR dann doch von Ampel-Deutschland. Der untergegangene Arbeiter-und-Bauern-Staat legte sehr wohl Wert auf Kultur und Bildung, auf die Leistungen der deutschen Geschichte. Er hielt die Erinnerung wach an Goethe und Schiller, an Luther und Bach, und reklamierte diese für sich. Die Schätze der eigenen Vergangenheit ungenutzt verkümmern zu lassen, wäre den kommunistischen Machthabern nicht in den Sinn gekommen.

## Ein neues Selbstwertgefühl

In seiner Ansprache zur Einführung der D-Mark am 1. Juli 1990 in der DDR versprach Helmut Kohl den Bürgern des Landes „blühende Landschaften“. Wurde diese Formulierung angesichts all der Abwicklungen des alten Lebens anfangs noch von kritischen Stimmen voller Häme und Bitterkeit zur Beschreibung der Zustände von Rügen bis zum Thüringer Wald gebraucht, so muss man heute feststellen, dass die blühenden Landschaften (auch wenn längst nicht alles perfekt ist) durchaus entstanden sind. Dumm nur, dass viele Meinungsbildner im Westen davon nichts mitbekommen (wollen). Und so trifft der neue Stolz auf das Erreichte im Osten auf alte Ignoranz und Voreingenommenheit im Westen.

Womit ein Mann wie Marcus Bensmann bei seiner Drohung, über eine erneute Trennung nachzudenken, wenn im Osten nicht so gewählt wird, wie er als Musterdemokrat es anweist, nicht gerechnet hat, ist, dass derlei Drohung keinen Schrecken auslöst, sondern ein Kopfwiegen und den verschmutzten Gedanken: Warum eigentlich nicht? Eines will man im Osten jedenfalls nicht: dass verwöhnte Kinder aus dem Westen, die in ihrem Leben nie Kontakt mit der Wirklichkeit hatten, den hart erarbeiteten Wohlstand wieder zerstören.

Wer sich nun fragt, was gegen BSW und AfD im Osten – und übrigens immer stärker auch im Westen – hilft: mit Sicherheit nicht Propaganda und Medienkampagnen, sondern ganz einfach eine vernünftige, rationale Sachpolitik im Interesse des Landes und seiner Bürger. So einfach wäre es, wenn man es denn wollte. Doch beginnt ein solcher Ansatz nun einmal mit dem, womit Politik immer beginnen sollte: mit der unvoreingenommenen Betrachtung der Realität.

## Zur Person

● **Dr. Klaus-Rüdiger Mai** ist Schriftsteller, Dramaturg und Publizist. Zuletzt erschien „Die Kommunistin. Sahra Wagenknecht. Eine Frau zwischen Interessen und Mythen“ (Europa Verlag 2024). [www.europa-verlag.com](http://www.europa-verlag.com)

● MELDUNGEN

## Arbeitspflicht zeigt Wirkung

**Erfurt** – Die Entscheidung eines Thüringer Landkreises, eine Arbeitspflicht für Immigranten einzuführen, hatte scharfe Reaktionen seitens der linken Landesregierung des Freistaates hervorgerufen. Eine erste Bilanz zeigt aber, dass die Maßnahme wirkt. Seit Anfang des Jahres seien etwa 100 Flüchtlinge im Kreis zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet worden, sagte ein Landkreissprecher. Etwa 20 von ihnen hätten inzwischen eine reguläre Anstellung gefunden. Sieben Personen hätten sich dagegen geweigert, eine Arbeit anzunehmen. Ihnen seien daraufhin die Sozialleistungen gekürzt worden. Andere Personen seien gleich abgetaucht oder fortgezogen. Den Flüchtlingen werden für ihren Arbeitsinsatz 80 Cent pro Stunde gezahlt. „In fast allen Fällen handelt es sich dabei um Arbeiten, die sonst mangels personeller Möglichkeiten liegen bleiben oder erst deutlich später durchgeführt werden würden“, teilte die Kreisverwaltung mit. *P.E.*

## 49-Euro-Ticket in der Kritik

**Berlin** – Für die Unternehmen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wird das Deutschlandticket zur Belastung. Nach Angaben des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) besaßen im Juni bundesweit etwa 13 Millionen Menschen ein solches Ticket. Der Verband wies darauf hin, dass 90 Prozent dieser Kunden bereits vor Einführung des preiswerten Angebots Nutzer der Verkehrsverbünde gewesen seien. Nur zehn Prozent seien nach Einführung der Billigkarte als Neukunden hinzugekommen. Dem Einbruch der Fahrgelderlöse stehen gestiegene Kosten für Energie und Personal gegenüber. Zusätzlich müssen die Unternehmen mit hohen Zusatzkosten durch die Umstellung der Bus- und Bahnflotten auf „klimaneutrale“ Elektro- oder Wasserstoffantriebe rechnen. Laut dem VDV mussten aufgrund eingebrochener Fahrgelderlöse bereits Verbindungen ausgedünnt werden. *H.M.*

## Linke verdreht Tatsachen

**Berlin** – Die Zahl der Übergriffe auf Immigranten ist im ersten Halbjahr 2024 deutlich zurückgegangen. Während es im gleichen Zeitraum des Vorjahres noch 1155 entsprechende Vorfälle gab, registrierte die Polizei zwischen dem 1. Januar und 30. Juni des laufenden Jahres 519 Übergriffe, ein Minus von 55 Prozent. Der Schwerpunkt lag 2024 in Sachsen, Thüringen, Bayern, Niedersachsen und Brandenburg. Gewaltdelikte spielten dabei eine relativ geringe Rolle, denn davon wurden nur 70 gezählt. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervor. Dennoch kommentierte die linke Bundestagsabgeordnete Clara Binger die Zahlen mit den Worten, angesichts der Forderungen aus der Politik nach mehr Abschiebungen von Immigranten fühlten sich „Rassistinnen und Rassisten ... ermächtigt, auf Menschenjagd zu gehen und Geflüchtete zu terrorisieren“. *W.K.*



Erscheint FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai sinnvoll: Mehr Leben durch mehr Autos und freies Parken in den Innenstädten

### MOBILITÄT

# Liberaler Auto-Mogel-Packung

FDP fordert mehr Parkplätze in Städten – Grüne fehlen sich ertappt

VON JENS EICHLER

Am 1. Januar dieses Jahres waren in Deutschland 49,1 Millionen private Personenkraftfahrzeuge laut Kraftfahrt-Bundesamt angemeldet. Rund 78 Prozent aller deutscher Haushalte besitzen gemäß Statistik somit ein Auto. Und die Zahl an Privat-Pkw steigt im Vergleich zum Vorjahr bereits um 0,3 Prozent – trotz grüner Anti-Auto-Propaganda. Deutschland ist nun einmal ein Autofahrerland. Eines, in dem Menschen ihre Karosse lieben, sie pflegen, hegen und wo die besten Autos mit den modernsten und umweltfreundlichsten Verbrennermotoren gebaut werden. Deutschland und Auto gehören zusammen wie Bayern und Weißwurst oder Preußen und der „Alte Fritz“. Deshalb sah sich die FDP wohl genötigt, sich um die zuletzt so gepeinigten Seele des deutschen Autofahrers zu kümmern, oder?

„Wir machen einen Kulturkampf gegen das Auto nicht mit“, verkündete FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai, als er

das Zehn-Punkte-Auto-Programm der Liberalen letzte Woche präsentierte. Wichtigste Inhalte: kein Tempolimit, schneller Straßenausbau und eine spürbare Erleichterung für das Autofahren in den Innenstädten. Allen voran fordern die Freien Demokraten ein Flatrate-Parken, dass dem 49-Euro-Bahnticket entsprechen soll, kostenlose Parkplatzflächen und ein Stopp der künstlichen Parkplatzverknappung. Hört sich fast wie ein Programm aus dem Auto-Schlaraffenland an.

#### Liberaler Augenwischerei

Haben die Liberalen die Bedeutung des Autos für die Bevölkerung, für die Wirtschaft, für das ganze Land plötzlich wiedererkannt? Wohl kaum. Auch wenn sich die FDP nun als Anwalt für das Automobil inszeniert, so steckt hinter der Aktion mehr der verzweifelte Versuch, doch noch irgendeine Wählergruppe für sich gewinnen zu können. Wenn es bei den Kiffen schon nicht geklappt hat, die klar mehrheitlich bei der Partei beheimatet sind, deren Farbe dem Drogenkraut gleicht,

dann müssen es halt die Autofahrer richten. Man wird aber das Gefühl nicht los, dass diese eigentlich sinnvolle, dringend notwendige und realpolitische Pro-Auto-Kampagne der FDP vielmehr eine letzte Verzweiflungstat ist, um den Sprung über die Fünfprozenthürde doch noch bei den nächsten Wahlen zu schaffen. Allerdings vergisst die FDP etwas Entscheidendes: Fragen des Parkraums sind im Wesentlichen Kommunalangelegenheit und keine Bundesangelegenheit. Also ist die Aktion obsolet. Die Grünen bissen dessen ungeachtet sofort an. Hannovers grüner Bürgermeister Belit Onay verstieg sich umgehend in Hysterie: „Eine Politik für das Auto bedeutet eine Gefahr für den Standort und den Einzelhandel. Es ist ein gefährlicher Irrglaube, dass man mit mehr Autoverkehr mehr wirtschaftliche Stärke in den Innenstädten schafft!“

Wie falsch er mit der Aussage liegt, beweisen Zahlen und damit Fakten. Als der grün-rot-killrote Senat in Berlin letztes Jahr die Friedrichstraße für den Autoverkehr schloss, um daraus eine asphaltiert-

### ANSCHLAG

# Sind Ukrainer die Nord-Stream-Attentäter?

Geheimdienst-Ermittlungen weisen klar auf die Profi-Taucher hin – Doch haben die ein angebliches Alibi

Wie die ARD, die „Zeit“ und die „SZ“ am 14. August meldeten, erwirkte der Generalbundesanwalt beim BGH, Jens Rommel, bereits Anfang Juni einen Europäischen Haftbefehl gegen einen ukrainischen Taucher, welcher unter dem dringenden Verdacht steht, an der Sprengung der beiden Nord-Stream-Pipelines am 26. September 2022 beteiligt gewesen zu sein.

Der 44 Jahre alte Wolodymyr Z. soll auf dem Beifahrersitz eines weißen Citroën-Transporters gesessen haben, der am 8. September auf der Insel Rügen geblitzt wurde und vermutlich Tauchausrüstungen sowie Sprengladungen in den Hafen von Wiek brachte, wo die Jacht „Andromeda“ wartete. Das ist das 15 Meter lange Boot vom Typ Bavaria C50, mit dem angeblich ein sechsköpfiger Sabotage-Team zu den Rohrleitungen auf dem Meeres-

grund bei Bornholm segelte. Zudem wird der Ukrainer offenbar noch durch weitere Indizien wie Login-Daten von Mobiltelefonen und Hinweise des niederländischen Militärgeheimdienstes MIVD an den BND belastet. Es steht den Medienberichten zufolge fest, dass er Taucherausrüstung besitzt und zudem ausgebildeter Servicetechniker für Tauchausrüstungen ist.

Allerdings konnte der Haftbefehl wegen des Vorwurfes der „Vorsätzlichen Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion“ und „Verfassungsfeindlichen Sabotage“ bislang nicht vollstreckt werden. Die polnischen Behörden ließen Z., der zuletzt in Pruszków bei Warschau wohnte und als Heizungs- und Klimaanlage-monteur arbeitete, trotz des Festnahmeversuchs aus Deutschland unbehelligt, so dass er sich nach einer sehr unbedachten

Kontaktaufnahme durch deutsche Medienvertreter mit unbekanntem Ziel absetzen konnte. Auch sonst verhielten sich die polnischen Sicherheitsorgane wenig kooperativ. So verweigerten sie die Herausgabe der Aufnahmen der Überwachungskameras im Hafen von Kolberg unter fadenscheinigen Vorwänden.

Aufgrund ihrer engen Bekanntschaft mit Z. und geheimdienstlicher Informationen aus dem Ausland geriet auch das Ehepaar Ewgen und Switlana U., das die Tauchschule Scuba betreibt, in den Fokus der deutschen Ermittler. Da das Paar in Kiew lebt, haben Europäische Haftbefehle dort keine Gültigkeit. Z. hat angeblich in dem Unternehmen der beiden Ukrainer als Tauchlehrer gearbeitet. Switlana gilt als glühende Patriotin und organisierte bereits Geldsammlungen für die ukraini-

schon pathologisch anmutende Feldzug gegen das Auto ist bei den Grünen aber Kalkül. Das Klima ist dabei nur ein vorgeschobenes Argument, das als nützliches Vehikel für totalitär-grüne Utopien dient.

#### Von wegen grüner E-Mobilität

Ganz besonders übel treibt es Hamburgs Verkehrssenator Anjes Tjarks, der von grünen Presse-Gefolgsleuten auch ehrfurchtsvoll als „Mobilitätswendesenator“ tituliert wird. Und sie haben recht. Die Wende in Hamburg wurde vollzogen. Seit der grüne Ex-Lehrer seine Verkehrsphantasien hemmungslos auslebt, geht nichts mehr auf Hamburgs Straßen!

Die Hansestadt ist zu Deutschlands Top-Staumetropole verkommen. Stoppen, anfahren, stoppen, anfahren ... Verkehrschaos mit Vorsatz. Auch wenn jeder weiß, dass gerade beim Anfahren die meisten Abgase ausgestoßen werden. Also sollte fließender Verkehr dem Senator am Herzen liegen. Von wegen. Lieber lässt er ohne Not Parkplätze vernichten. Wie vor Kurzem drei Stück in der City im Gertrudenkirchhof. Und die Ladesäule mit zwei Ladeplätzen für E-Autos? Die wurden gleich ersatzlos mitentfernt. Wer braucht die auch, wenn der Senator eh das individuelle Fahren abschaffen will und damit deutlich macht, dass in Wirklichkeit auch an E-Mobilität kein grünes Interesse besteht. Denn ein grüner Staat bestimmt, aus seinem selbstverständlichen Machtanspruch heraus, wann, wie, mit wem und womit ein Bürger zu fahren hat. Dreirad, Fahrrad, Lastenrad, Bus, Bahn, basta!

Somit offenbart Tjarks auch gleich die grüne Lüge der Notwendigkeit, vom Verbrenner auf ein Elektro-Auto umzusteigen. Die deutsche Autowirtschaft wird so ruiniert, um die vorsätzliche Deindustrialisierung voranzutreiben. Das ist wichtig, denn auch das weiß Grün: Würden alle Privat-Pkw E-Autos sein, brähe spätestens dann die Stromversorgung zusammen, wenn in München, Hamburg, Dresden und Berlin zu viele Autofahrer gleichzeitig laden. Kämen dann noch Wärmepumpen, digitaler Netzausbau, E-ÖPNV und was noch alles laut Grünen per Strom betrieben werden soll hinzu, würden alle Windräder, Sonnendächer und Ex-Kernkraftwerke nicht ausreichen, um das Land energetisch zu versorgen. Wenn Gelb also mehr Auto fordert, kann Grün nur noch Rot sehen.

sche Armee. Ewgen wiederum präsentiert auf der Internetseite seiner Tauchschule stolz diverse Zertifikate, welche ihn als „TEC Deep Diver“ ausweisen. Allerdings behauptet das Paar zur Zeit des Anschlags 2022 in Bulgarien gewesen zu sein.

Wenn es tatsächlich Ukrainer waren, welche die Nord-Stream-Pipelines gesprengt haben, kam der Befehl dazu von Präsident Wolodymyr Selenskyj beziehungsweise vom damaligen Oberbefehlshaber der Streitkräfte Walerij Saluschnyj? Oder handelte der Sabotage-Team auf eigene Faust? Einem aktuellen Bericht des „Wall Street Journal“ zufolge traf ersteres zu. Allerdings basieren die Behauptungen der US-Zeitung nur auf der Aussage von vier angeblichen ukrainischen Geheimdienstlern, die alle anonym bleiben (siehe auch Seite 8). *Wolfgang Kaufmann*

KRIMINALITÄT

# Messergewalt verändert Berlin

Die Angst im öffentlichen Raum wächst – Menschen schauen weg, um nicht selbst Opfer zu werden

VON HERMANN MÜLLER

Fast jeden Tag berichten Medien mittlerweile über Gewalttaten, bei denen Opfer mit Messern niedergestochen werden. Angesichts der Vielzahl solcher Vergehen bleiben vielen Menschen oft nur noch Fälle im Gedächtnis, die Besonderheiten aufweisen. Die Messerattacke von Mannheim auf den Islam-Kritiker Stürzenberger, bei der ein junger Polizeibeamter erstochen wurde, hätte vermutlich nicht so hohe Wellen geschlagen, wenn eine Kamera nicht zufällig das Geschehen aufgenommen hätte. Das entstandene Video verbreitete sich rasch im Internet und zeigte die Brutalität des Angriffs. Zur Kenntnis nehmen musste die Öffentlichkeit hier, dass nicht einmal massive Polizeipräsenz den Messerstecher von seiner Tat abgeschreckt hat.

Auch ein Angriff auf eine private EM-Party im sachsen-anhaltischen Wolmirstadt erregte Aufsehen. Der Fall zeigte, wie schnell ahnungslose Durchschnittsbürger mittlerweile zum Opfer eines Messerangriffs werden können. Nachdem er bereits einen Landsmann erstochen hatte, war ein 27-jähriger Afghane plötzlich auf einer Gartenparty aufgetaucht und hatte drei der feiernden Gäste niedergestochen. Vorher hatte es zwischen dem Messerstecher und den Opfern keinen Streit, nicht einmal einen Kontakt gegeben.

## Schon wegen Lappalien

In Berlin lösen mittlerweile nur noch Schlagzeilen wie „Drei Messer-Attacken innerhalb von 24 Stunden“ ein gesteigertes Interesse bei Zeitungslesern aus. Tatsächlich ist die reale Lage noch viel alarmierender, als dies die zahlreichen Einzelfallmeldungen vermuten lassen. Die Polizei der Hauptstadt registrierte vergangenes Jahr 3842 Fälle von Messerkriminalität. Im Schnitt griffen damit jeden Tag mehr als zehnmal Täter zu einem Messer – entweder um ihren Opfern Verletzungen beizubringen, oder um Opfer zu bedrohen oder auszurauben.

Für dieses Jahr ist mit noch höheren Zahlen zu rechnen. Die Berliner Charité hat unlängst gemeldet, sie habe im ersten Halbjahr so viele Stichverletzungen behandelt wie sonst in einem ganzen Jahr. Der Geschäftsführende Direktor des



Die Angst greift um sich: Bundespolizei patrouilliert auf dem Berliner Hauptbahnhof

Foto: imago/Marius Schwarz

Centrums für Muskuloskelettale Chirurgie, Ulrich Stöckle, erklärte gegenüber dem Sender rbb: „Wir sehen im Anstieg dieser Verletzungen einfach auch eine offensichtlich deutlich niedrigere Schwelle für diese Körperverletzungen in der Gesellschaft.“ Der Charité-Mediziner erinnerte dabei an den Fall eines Mannes, der im Juli im Stadtteil Gesundbrunnen bei einer Lappalie – dem Streit um einen Parkplatz – niedergestochen wurde und verstarb.

Fälle wie diese entfalten eine schleichende Wirkung auf die Gesellschaft. Jeder Messerangriff ist geeignet, das Gefühl von Unsicherheit wachsen zu lassen. Mittlerweile fühlen sich bereits 40 Prozent der Deutschen laut einer Umfrage von Infratest Dimap im öffentlichen Raum nicht mehr sicher.

Die Gefahr, plötzlich ein Messer in die Halsschlagader oder den Bauch gerammt zu bekommen, befördert neben dem Rückzug der Bürger aus dem öffentlichen

Raum auch die Tendenz, dass viele Menschen lieber „wegsehen“. Die „Berliner Zeitung“ berichtete unlängst in einer Reportage über den Kriminalitätsschwerpunkt Leopoldplatz, wie eine Gruppe Jugendlicher einen Obdachlosen drangsaliert. Einzig ein gebürtiger Türke wagt es, von der anderen Straßenseite aus die Jugendlichen zum Aufhören aufzufordern. „Niemand ist eingeschritten, aus Angst, selbst verletzt zu werden“, so der Mann. Er erklärt: „Die Jungs sind gefährlich, fast alle tragen ein Messer bei sich und sind, leider Gottes, meistens Ausländer.“

## „3500 Beamte zusätzlich nötig“

Mit dem Anwachsen des Gefühls, im öffentlichen Raum nicht mehr sicher zu sein, erodiert bei den Bürgern auch das Vertrauen in den Staat. Dieser „doktert“ mittlerweile seit Anfang der 1970er Jahre daran herum, dass „Messerrecht“ immer wieder zu verschärfen. Ein Blick in die aktuelle Kriminalstatistik zeigt, wie erfolg-

los diese jahrzehntelangen Bemühungen waren. Entstanden ist mit den Verschärfungen lediglich eine selbst für Polizeibeamte mitunter schwer zu durchschauende Gesetzeslage.

Berlins schwarz-rote Rathauskoalition will nun Messerverbotzonen an kriminalitätsbelasteten Orten ermöglichen. Solche Verbotzonen geben der Polizei die Möglichkeit, Personen gezielt nach Messern zu durchsuchen. Für solche Verbotzonen spricht sich auch Heiko Teggatz, Vorsitzender der Bundespolizeigewerkschaft, aus.

Teggatz wies allerdings zudem darauf hin, dass auch ausreichend Personal zur Verfügung gestellt werden müsse, um solche Verbotzonen zu kontrollieren. Nach Angaben des Polizeigewerkschafters wären allein bei der Bundespolizei bis zu 3500 zusätzliche Polizisten notwendig, um auf Deutschlands Bahnhöfen konsequent Kontrollen nach Messern durchführen zu können.

NAHVERKEHR

# Umstellung auf E-Busse zehrt BVG-Etat auf

Berlin: Während die „Energiewende“ flott voranschreitet, verkommt die U-Bahn

Spart Berlins schwarz-roter Senat den Öffentlichen Personennahverkehr der deutschen Hauptstadt kaputt? Einen entsprechenden Vorwurf hat zumindest die Fraktion der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus erhoben. Unter Hinweis auf Ausfälle im U-Bahnverkehr erklärte der Grünen-Fraktionschef Werner Graf, wenn es bei Bussen und Bahnen zu Problemen komme, riskiere die Regierung aus CDU und SPD „in der ganzen Stadt ein Riesenchaos“.

Nach Darstellung des Grünen-Politikers hatte der rot-grün-rote Vorgängerse-nat entsprechende Investitionen für den öffentlichen Nahverkehr geplant, die Schwarz-Rot nun „abwürgt“. Der Fraktionschef warnte indes auch vor einer Diskussion, ob bei der Umrüstung der Busflotte auf E-Antrieb ein Sparpotential vorhanden sei.

Ziel der landeseigenen Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) ist es, bis 2030 die komplette Busflotte auf E-Antrieb umzustellen. Obwohl bei der Umstellung Verzögerungen aufgetaucht sind, halten die Verkehrsbetriebe am Ziel fest, bis 2030 mit einer „vollständig emissionsfreien“ Busflotte unterwegs zu sein.

Bislang fährt die größte Linienbusflotte Deutschlands größtenteils noch immer mit Dieselfahrzeugen. Aktuell verfügen lediglich 228 der rund 1600 BVG-Busse über einen E-Antrieb. Die Senatsverkehrsverwaltung hatte erst im Juni Verzögerungen bei der Auslieferung von 50 neuen Elektro-Gelenkbussen bekannt gegeben. Die Lieferung des ersten dieser Gelenkbusse war eigentlich noch für Ende dieses Jahres geplant. Nach Angaben der Verkehrsverwaltung kommt allerdings der Neubau eines Betriebshofs für

die neuen E-Busse nicht so voran wie vorgesehen. In Berlin-Marielfelde will die BVG einen neuen Omnibus-Betriebshof einrichten. Dieser soll für rund 220 E-Busse Abstell- und Lademöglichkeiten bieten. Einen zweiten Hof plant die BVG in Trep-tow-Köpenick. Am Betriebshof in der Indira-Gandhi-Straße in Weißensee läuft der Umbau bereits, um Infrastruktur für die Elektrobusse zu schaffen.

## Die Vergesslichkeit der Grünen

Die Kosten für die neuen Betriebshöfe für die Elektrobusse muss die BVG tragen. Bei der Anschaffung der E-Busse gilt die Regelung, dass die BVG einen Anteil übernimmt, der für einen Dieselfarb zu zahlen wäre. Die Mehrkosten trägt der Bund. Trotz dieser Regelung stellt sich die Frage, ob die Umrüstung der Busflotte nicht Ressourcen bindet, die etwa beim Prob-

lemfall U-Bahn dringender gebraucht werden. Die Grünen, die nun vor einem „Riesenchaos“ im Nahverkehrssystem warnen, hatten an den entsprechenden Weichenstellungen einen maßgeblichen Anteil.

Beschlossen worden war die Anschaffung von 1600 E-Bussen nämlich noch zu Zeiten, als an der Spitze des Verkehrsresorts eine Grünen-Politikerin stand. Berlins Verkehrsverwaltung war insgesamt mehr als sechs Jahre lang Grünen-geführt. Auch mit Blick auf die aktuellen Ausfälle bei der U-Bahn scheint der Grünen-Fraktionschef Graf mit der Vergesslichkeit der Berliner zu rechnen. Bestellt wurden rund 600 neuen U-Bahnwagen, deren Auslieferung sich nun immer wieder verzögert, nämlich bereits 2019, noch in der Amtszeit der Grünen-Verkehrssenatorin Regine Günther. H.M.

KOLUMNE

## Abwanderung

VON VERA LENGSFELD

Anfang letzter Woche machte der sogenannte Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, wieder einmal von sich reden. Kurz vor der Wahl in Thüringen und Sachsen verkündete er, dass ihm die gestiegene Abwanderung aus den neuen Bundesländern Sorgen mache. Bekanntlich litt der Osten fast zwei Jahrzehnte unter Abwanderung in die alten Bundesländer. Dieser Trend hatte sich aber seit 2017 umgekehrt. Da wanderten mehr Menschen aus dem Westen in die neuen Bundesländer als umgekehrt.

Das hatte vor allem damit zu tun, dass die Lebensqualität im Osten mit dem Westen gleichgezogen hat und die geringere Bevölkerungsdichte dafür sorgte, dass die Universitäten nicht überfüllt, die Schulklassen klein und Kindergartenplätze verfügbar waren. Die niedrigere Kriminalitätsrate, vor allem im ländlichen Raum, mag auch ein Zuwanderungsgrund gewesen sein. Im letzten Jahr waren es aber wieder 3000 Menschen mehr, die den Osten verließen, als in die neuen Bundesländer zogen. Von einer Trendwende möchten die Migrationsforscher noch nicht sprechen. Was aber sehr deutlich betont wird ist, dass es neben Jugendlichen vor allem Ausländer seien, die abwanderten.

Tim Leibert vom Leibniz-Institut für Länderkunde: „Abwanderung ist eigentlich immer eine Abstimmung mit den Füßen über die wahrgenommene Zukunftsfähigkeit. Offensichtlich sind viele junge Menschen, viele ausländische Staatsangehörige, der Meinung, dass sie ihr Leben in den ostdeutschen Bundesländern nicht erfolgreich leben können.“

Ist das Gedankenlosigkeit oder gezielte Diffamierung? Der ohnehin wirtschaftlich schwächere Osten der Republik leidet stärker als der Westen an Unternehmenspleiten und dem damit verbundenen Arbeitsplatzverlust. Die wirtschaftsfeindliche Politik der Ampel ist das Problem. Trotz Dauerprotesten ist da leider noch keine Trendwende in Sicht.

MELDUNG

## „Rigaer 94“ vor der Räumung?

Berlin – Das besetzte Haus in Berlins Rigaer Straße 94 steht offenbar vor der Räumung. Bisher fanden die zuständigen Richter immer Formalien, mit denen die Klagen der Eigentümer zurückgewiesen wurden. Nun hat sich der Wind gedreht. Im linksextremen Milieu werden Zusammenhänge mit dem Gaza-Krieg vermutet. Die linksradikalen Hausbesetzer hatten den Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 als „Ausbruch aus dem größten Gefängnis der Welt“ bezeichnet. Wegen der Aussichtslosigkeit haben die bisherigen Mieter (fast alles Personen, welche die Mietverträge für das Haus halten, aber nicht mehr dort wohnen) sich gemeinsam dazu entschlossen, ihre Verträge zu lösen. Die verbleibenden Bewohner – ohne Mietverträge – geben sich kämpferisch: „Zu viele haben schon zu oft unser Ende verkündet, und auch dieses Mal können sich alle auf Überraschungen gefasst machen!“ Seit 1992 ist das teilbesetzte Haus Rückzugsort gewaltbereiter Linksextremisten. F.B.

## ● MELDUNGEN

## IOC: Kein Geld für Sportler

**Lausanne** – Das Internationale Olympische Komitee (IOC) reicht lediglich vier Prozent seiner Einnahmen an Sportler weiter. Dies gab der Jurist und Generaldirektor der Interessenvertretung Global Athlete, Rob Koehler, jetzt gegenüber der Presse bekannt. Zwischen 2017 und 2021 hat das IOC Einnahmen aus der Vermarktung der Olympischen Spiele sowie aus dem Sponsoring in Höhe von sieben Milliarden Euro erzielt. Seit 2022 kamen jährlich noch etwa 1,5 Milliarden hinzu. Davon floss weniger als ein Zwanzigstel in Sportförderprogramme, und die einzelnen Olympiateilnehmer erhielten überhaupt nichts. Dahingegen werden die Führungskräfte des IOC recht gut bezahlt. Allein IOC-Generaldirektor Christophe De Kepper aus Belgien kassierte 2022 1,53 Millionen Euro. Darüber hinaus gingen nochmals 11,5 Millionen Euro an 21 weitere leitende IOC-Angestellte, zu denen übrigens trotz aller Diversity-Parolen lediglich fünf Frauen gehören. W.K.

## Weniger Piloten im Cockpit

**Brüssel** – Die Europäische Union plant, die Regeln für die Flugsicherheit zu lockern, wobei sie sich an den Wünschen der Airlines orientiert. Diese wollen, dass weniger Menschen im Cockpit sitzen, weswegen die Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit (EASA) jetzt zwei Optionen prüft. Die erste ist der „erweiterte minimale Besatzungsbetrieb eMCO“, bei dem ein Pilot die Maschine steuert, während der andere ruht. Dahingegen weilt bei der Variante „Single-Pilot-Operations SiPo“ gar kein weiterer Pilot an Bord des Flugzeuges. Beide Möglichkeiten stießen auf heftige Kritik vonseiten der European Cockpit Association (ECA). Darüber hinaus starteten die Piloten jetzt eine Kampagne namens „OneMeansNone“ (Einer ist keiner), um die Öffentlichkeit wachzurütteln. Hierzu sagte die ECA: „Wir dürfen nicht zulassen, dass die kommerziellen Interessen der Fluggesellschaften der Sicherheit der Passagiere im Wege stehen.“ W.K.

## Ukrainer drücken sich

**Kiew** – Nicht einmal jeder zweite wehrpflichtige Ukrainer ist der gesetzlichen Pflicht nachgekommen, sich bei den Rekrutierungs- oder Verwaltungszentren der Armee zu melden und seine militärischen Daten zu aktualisieren. So der Sprecher des Kiewer Verteidigungsministeriums Dmitri Lazutkin. Den rund 4,7 Millionen Männern im wehrpflichtigen Alter zwischen 18 und 60 Jahren, die ihrer Meldepflicht genügt, stehen sechs bis sieben Millionen potentielle Soldaten gegenüber, die dies nicht taten. Sehr hoch ist der Anteil der Verweigerer dabei unter den Ukrainern im Ausland, von denen nur jeder Zehnte eine Meldung abgab, obwohl das auch aus der Ferne über die Handy-App Reserve+ möglich ist. Jetzt drohen den Verweigerern Bußgelder in Höhe von umgerechnet bis zu 560 Euro, die Beschlagnahme ihrer Immobilien und Autos sowie der Entzug des Führerscheins. W.K.

## MITTLERER OSTEN

## Emirate importieren Sportler Ostafrikas

Wegen Ruhm: Golfstaaten locken junge Afrikaner für kurze Erfolge ins Land und schieben sie dann wieder ab

VON BODO BOST

Am arabischen Golf blüht der Handel mit Spitzensportlern aus Ostafrika, die für ihre Käuferstaaten Medaillen und internationales Ansehen gewinnen sollen – allen voran für das Königreich Bahrain.

War das Emirat Oman jahrhundertlang führend im grausamen Geschäft des Sklavenhandels und wurde dadurch reich, so breitet sich heute in derselben Region eine andere Art lukrativen Menschenhandels aus: der mit Spitzensportlern. Tausende ostafrikanischer Spitzensportler, aus den armen Ländern Äthiopien, Somalia und Kenia werden jedes Jahr in die Golfstaaten verkauft, um für ihre superreichen arabischen Golfstaaten Medaillen und Ruhm zu gewinnen. Für die Sportler, die bei Erfolgen maximal hoffen können eingebürgert zu werden, bleibt neben einem eher geringen Einkommen für ein paar Jahre, meistens aber nur die Abschiebung, wenn sie sich verletzen, älter werden oder wenn der Erfolg ausbleibt.

Der kleine Golfstaat Bahrain hatte bis vor wenigen Jahren keine bedeutende Rolle im internationalen Sport. Seine ers-

te Olympiateilnahme war 1984. Während die Nachbarländer Saudi-Arabien und Katar den Fußball als Investitionsmöglichkeit zur Geldanlage nutzten, entdeckte Bahrain die Leichtathletik, um sich einen Namen zu machen. Sport ist in Bahrain genau wie die undurchsichtigen Verwaltungs- und Wirtschaftsstrukturen der Monarchie alleiniger Herrschaftsbereich der Familie Al-Khalifa. Das Olympische Komitee, die Verbände und Vereine gehören zum königlichen Machtapparat. Ein Halbbruder des Kronprinzen leitet das Olympische Komitee. Auf ihn gehen die verstärkten Investitionen Bahrains in diverse Zweige der Sportindustrie seit dem Jahr 2000 zurück. Unter seiner Leitung wurde das Olympische Komitee von Bahrain zu einem Instrumentarium für die Einbürgerungspolitik des Königreichs.

## Bahrains Gold aus Marokko

Vor den Afrikanern wurden zunächst sunnitische Araber aus anderen arabischen Staaten als Sportler eingebürgert, um die Mehrheit der Schiiten, die dem sunnitischen Königshaus kritisch gegenüberstehen, irgendwann einmal durch eine sunnitische Mehrheit zu ersetzen. Die Mittel-

streckenläufer Abdul Haq Al-Qurashi und Rashid Ramzi aus Marokko waren in den Jahren 2001, 2002 überhaupt erst die ersten eingebürgerten Afrikaner. Arabische Sportler mischen sich indes auf dem Spielfeld problemlos mit dem einheimischen Kader.

Doch schnell gewannen Athleten von südlich der Sahara die Oberhand. Die aus Äthiopien stammende Maryam Yusuf Jamal brachte 2007 dem Königreich den dritten Weltmeisterschaftstitel in der Leichtathletik ein, nach den ersten beiden Goldmedaillen für Rashid Ramzi zwei Jahre zuvor. Danach reihten sich kenianische Sportler in den Kader des Golfstaats ein.

2016 in Rio de Janeiro nahmen 33 aktive Athleten für Bahrain an Olympia teil, die meisten davon stammten aus Ostafrika. Hier waren es wieder Frauen, die Medaillen gewinnen konnten. Über 3000 Meter Hindernis schaffte die gebürtige Kenianerin Ruth Jebet den ersten Olympiasieg für Bahrain. Mittlerweile sind es Hunderte von Kenianern, Äthiopiern und Somalis, die für Bahrain und Katar an den Start gehen. Denn Bahrain profitiert davon, dass afrikanische Sportorganisatio-

nen ihren jungen Leuten keine finanziell lukrative Perspektive bieten können.

## Im Roten Meer sterben mehr Migranten als im Mittelmeer

Nirgendwo in der Welt liegt bittere Armut und überreicher Luxus so nah beieinander wie zwischen Ostafrika und der arabischen Halbinsel. Dies erzeugt seit Jahrzehnten einen Sog von Armutsmigranten über das Rote Meer nach Saudi-Arabien und die Golfstaaten, wo 80 Prozent der Bevölkerung Ausländer sind. Wie viele Migranten im Roten Meer ertrinken oder in der Wüste Saudi-Arabien verdursten oder von Grenzschützern erschossen werden, weiß niemand genau. Es sollen angeblich Zehntausende sein, das jedenfalls haben französische Journalisten ermittelt. Die Migration der Sportler ist von daher privilegiert.

Hargeisa, die Hauptstadt des seit 1991 de facto unabhängigen aber von keinem Staat anerkannten Somaliland, ist dabei zum Hauptumschlagplatz für somalische Sportler geworden, die als Athleten von einer internationalen Karriere träumen. Somaliland hat kein olympisches Komitee. Die Hoffnungen eines Großteils von ihnen richten sich daher auf die Golfstaaten, vor allem Katar und Bahrain.

Die meisten Trainer in den Golfstaaten stammen ebenfalls aus Ostafrika. Der Kenianer Joshua Kiprugut Kemei sucht talentierte Läufer in Somaliland, damit sie „nach Bahrain gebracht werden, um dort einen Vertrag zu unterschreiben“. Auch wenn sie für Bahrain laufen, trainieren ostafrikanische Athleten fast immer in ihren Herkunftsländern, weil dort die Höhenluft für das Laufen geeigneter ist – und das Leben zudem billiger. Nur bei garantierten Erfolgsaussichten erhalten afrikanische Sportler von Bahrain die Staatsangehörigkeit, sonst nur eine befristete Aufenthaltsbewilligung. Wenn die Sportler sich eine langwierige Verletzung zuziehen, werden sie rigoros in ihre Heimatländer abgeschoben.

Auch in Paris gewann wieder eine Kenianerin für den Golfstaat Bahrain eine Goldmedaille und war damit ein aktuelles Beispiel für leider erfolgreichen Menschenhandel in Afrika und Arabien. Die Ausdauerläuferin Winfred Yavi errang die Goldmedaille für das Königreich, im 3000-Meter-Hindernisslauf. Ihre Zukunft? Noch ungewiss.



Mit „falscher Fahne“: Die Kenianerin Ruth Jebet holte bei Olympia in Rio für Bahrain erstmals Gold beim 3000-Meter-Hindernisslauf

## VEREINIGTE STAATEN

## US-Militär für Krieg gegen China nicht gerüstet

Gründe für Defizite der US-Armee sind Dauereinsätze, Unterfinanzierung und unsinnige Woke-Agenda

Die Commission on the National Defense Strategy des US-Kongresses veröffentlichte jetzt einen Bericht über die Stärke der Streitkräfte der Vereinigten Staaten. Darin heißt es unter anderem: „Dem US-Militär fehlen sowohl die Fähigkeiten als auch die erforderlichen Kapazitäten, um zuvorsichtlich im Konfliktfall abschrecken und siegen zu können.“ Nach Einschätzung des Vize-Kommissionsvorsitzenden Eric Edelman sei vor allem die VR China dabei, die USA bei der militärischen Stärke einzuholen. Wenn sich dieser Trend fortsetze, dann „wird die Volksbefreiungsarmee in allen Bereichen ein ebenbürtiger, wenn nicht gar überlegener militärischer Konkurrent der Vereinigten Staaten sein, eine Situation, mit der die Vereinigten Staaten seit dem Höhepunkt des Kalten Krieges nicht mehr konfron-

tiert waren“. Das erhöhe die Wahrscheinlichkeit eines kriegerischen Konfliktes zwischen den USA und China. Der frühere Diplomat und Unterstaatssekretär im Pentagon verwies auf die zunehmend enger werdenden Partnerschaften zwischen China, Nordkorea, Russland und dem Iran, welche eine „bedeutende strategische Verschiebung“ zur Folge hätten, auf die Amerika ebenfalls reagieren müsse.

So plädiert der Bericht auch für eine radikale Umgestaltung der nationalen Verteidigungsstrategie, die auf die Abkehr vom „bipolaren Modell“ mit zwei konkurrierenden Supermächten zugunsten eines „Multi-Schauplatz-Modells“ hinauslaufen müsse. Gleichzeitig seien Steuererhöhungen nötig, um die Verteidigungsausgaben prozentual zum Bruttoinlandsprodukt auf das Niveau des Kalten Krieges zu he-

ben. Damit hält die Kommission ein zukünftiges jährliches Verteidigungsbudget in Höhe von bis zu 4,5 Billionen Dollar für nötig. Zum Vergleich: 2023 lagen die US-Militärausgaben bei 916 Milliarden.

Hierzu sagte Kommissionsvorsitzende Jane Harman: „Wir haben festgestellt, dass die Streitkräfte heute an der Grenze ihrer Einsatzbereitschaft angelangt sind. Wenn wir die Belastung weiter erhöhen, ohne die Ressourcen ... aufzustocken, wird es zum Zusammenbruch kommen.“

Dieser dramatische Befund der Kommission deckt sich mit Aussagen im letzten Jahresbericht der Heritage Foundation, einer konservativen Denkfabrik, welche in regelmäßigen Abständen Bewertungen der militärischen Leistungsfähigkeit der USA publiziert. Laut deren „Index of U.S. Military Strength“ altert das Heer

„schneller, als es modernisiert wird“. Noch schlechter aufgestellt seien die Marine und die Luftwaffe: Der ersteren fehlten rund 100 Schiffe und die letztere leide unter Pilotenmangel sowie einem veralteten Flugzeugbestand. In recht guter Verfassung befänden sich lediglich die Nuklearstreitkräfte und die Marineinfanterie.

Die Heritage Foundation bezeichnete diesen Zustand als die „logische Folge von jahrelangem Dauereinsatz, Unterfinanzierung und wild wechselnder Sicherheitspolitik.“ Darüber hinaus kritisierte sie auch die „Woke-Agenda“ bei der Rekrutierung neuen Militärpersonals. Aufgrund all dessen gelangte der Präsident der Heritage Foundation, Kevin Roberts, zu dem Fazit, dass die USA derzeit außerstande seien, einen „Zweifrontenkrieg zu führen“.

Wolfgang Kaufmann

VON PETER ENTINGER

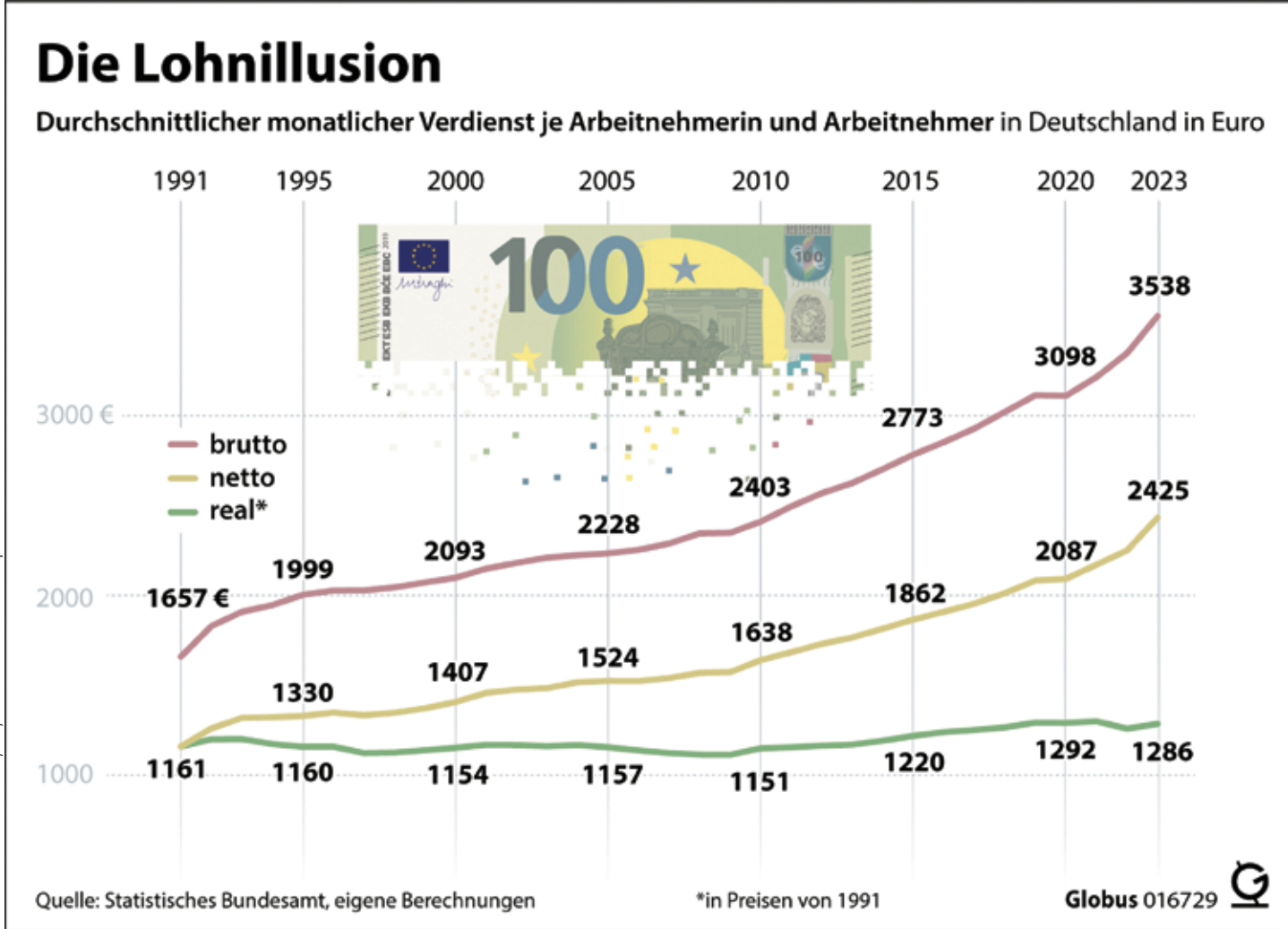
Es gibt sie also doch noch: die guten Nachrichten aus der Wirtschaft. Unter Berücksichtigung der im ersten Halbjahr getätigten neuen Tarifabschlüsse und der in den Vorjahren für 2024 bereits vereinbarten Erhöhungen steigen die Tariflöhne in diesem Jahr in Deutschland um durchschnittlich 5,6 Prozent. Angesichts eines deutlichen Rückgangs der Inflationsraten auf durchschnittlich 2,4 Prozent in den ersten sechs Monaten dieses Jahres ergibt sich hieraus real eine Lohnsteigerung von 3,1 Prozent. Seit mehr als einem Jahrzehnt ist dies der mit Abstand höchste jährliche Reallohnzuwachs bei den Tariflöhnen. Allerdings gingen dem drei Jahre mit Reallohnverlusten voraus.

Zu diesem Ergebnis kommt das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung in seiner Halbjahresbilanz zur aktuellen Entwicklung der Tariflöhne. Die Lohnentwicklung in Deutschland und im Euroraum wird von der Europäischen Zentralbank (EZB) mit Blick auf die Frage, wie schnell die Zinsen gesenkt werden sollen, analysiert. Starke Lohnerhöhungen waren quer durch alle gesellschaftlichen Bereiche gefordert worden, um den Inflationsschock auszugleichen.

Ökonomische Sinnhaftigkeit

„In diesem Jahr schaffen die kräftigen Reallohnzuwächse erstmals einen deutlichen Ausgleich für den massiven Reallohnrückgang der Jahre 2021 und 2022 und das kleine Minus 2023,“ sagt der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Thorsten Schulten, und fügte hinzu: „Die Kaufkraftverluste der Vorjahre konnten damit etwa zur Hälfte kompensiert werden.“ Doch eine gänzliche Entwarnung sei noch nicht in Sicht. Insgesamt liege das preisbereinigte Niveau der Tariflöhne immer noch deutlich unter dem Spitzenwert des Jahres 2020. „Damit besteht bei der Tariflohnentwicklung weiterhin ein erheblicher Nachholbedarf. Deutliche Reallohnzuwächse sind zudem auch ökonomisch sinnvoll, um die konjunkturelle Entwicklung zu stabilisieren“, ergänzte Schulten.

Während im Jahr 2020 insbesondere der vermehrte Einsatz von Kurzarbeit bedingt durch die Corona-Pandemie zur negativen Entwicklung der Nominal- und Reallöhne beigetragen hatte, zehrte 2021 und besonders 2022 die hohe Inflation das Wachstum der Nominallöhne auf. Im Jahr 2022 wurde nach Angaben des Statistischen Bundesamtes der stärkste Rückgang der Reallöhne in Deutschland seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2008 gemessen. Ab Mitte des vergangenen Jahres zogen sowohl die Nominal- als auch die Re-



Trugschluss: Die Einkommensentwicklung der letzten 33 Jahre in Deutschland sieht auf den ersten Blick besser aus als real

REALLOHNZUWÄCHSE

# Experten sehen Nachholbedarf bei deutschen Tariflöhnen

Trotz hoher Tarifabschlüsse und Rückgang der Inflationsrate:  
Kein Grund zur Entwarnung, da die Konjunkturentwicklung nicht stabil ist

allöhne wieder an. Verantwortlich dafür sind die bisher stärksten gemessenen Lohnerhöhungen in Kombination mit einer moderateren Inflationsentwicklung.

Im europäischen Vergleich liegt die Bundesrepublik insgesamt in puncto Tarifbindung nur im Mittelfeld, auf ähnlichem Niveau wie Kroatien, Malta oder Zypern. Man muss dazu erwähnen, dass die Hans-Böckler-Stiftung traditionell als gewerkschaftsnah gilt. Eine fehlende Tarifbindung habe stark negative Auswirkungen auf Löhne und Arbeitsbedingungen. Beschäftigte, die nicht nach Tarif bezahlt werden, verdienen im Bundesdurchschnitt klar weniger. „Die Auswertung zeigt, dass Tarifbindung ein wichtiges Instrument ist, um für viele Menschen materielle gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten. Das reduziert auch die

Einkommensungleichheit und stabilisiert in einer Zeit, in der sich viele Menschen Sorgen um soziale Ungleichheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt machen, die Gesellschaft als Ganzes“, sagt Bettina Kohlrausch, wissenschaftliche WSI-Direktorin.

Einflüsse auf Verteilung

Laut Statistischem Bundesamt verdiente ein deutscher Vollzeitbeschäftigter im Schnitt 4323 Euro brutto, also in etwa 51.876 Euro pro Jahr. Doch beim Durchschnittsgehalt der Deutschen gibt es grundsätzlich deutliche Unterschiede. Das Bundesland, die Branche und das Geschlecht haben weiterhin großen Einfluss auf die Verteilung des Einkommens in der Republik und eben auch die Frage, ob eine Tarifbindung herrscht oder nicht. Bislang

sind für knapp 19,7 Millionen Beschäftigte Tarifierhöhungen vereinbart worden, die im Lauf des Jahres 2024 wirksam werden. Für knapp 11,6 Millionen Beschäftigte wurden diese Tarifierhöhungen bereits 2023 oder früher in Tarifverträgen mit mehrjähriger Laufzeit festgelegt. Hinzu kamen im ersten Halbjahr Tarifvereinbarungen für mehr als acht Millionen Beschäftigte, darunter in der Chemischen Industrie, im Bauhauptgewerbe und im Einzelhandel. Experten sehen aber gerade im europäischen Verlauf erheblichen Nachholbedarf. Das ist bei Umfragen spürbar. Endes des Jahres 2023 waren demnach 47 Prozent der Beschäftigten „unzufrieden“ und 17 Prozent „sehr unzufrieden“ mit ihrer Bezahlung, wie aus dem Gehaltsreport des Stellenportals Stepstone hervorgeht.

GLOBALE WIRTSCHAFT

# China entwickelt straffe „Festungswirtschaft“

Die Kommunisten in Peking setzen auf dualen Wirtschaftskreislauf mit Sicherung vor „externen Schocks“

Die Wirtschaft der Volksrepublik China steht vor dramatischen Umwälzungen. Das besagt zumindest ein Arbeitspapier mit dem Titel „China's Evolving Fortress Economy“, in dem Jimmy Goodrich vom Institute on Global Conflict and Cooperation der University of California in La Jolla eine detaillierte Analyse der Fortschritte der Kommunistischen Partei Chinas bei der Etablierung einer sogenannten „Festungswirtschaft“ vornimmt.

Die Letztere soll die Volksrepublik perspektivisch in die Lage versetzen, Extremsituationen zu überstehen, wozu auch „langwierige bewaffnete Konflikte“ zählen, mit denen Peking nun offenbar stärker denn je rechnet. Zentrale Bestandteile dieser „Festungswirtschaft“ sind die nationale Autarkie insbesondere auf dem Gebiet der Rohstoffversorgung und Tech-

nologieentwicklung sowie eine ausgeprägte Widerstandsfähigkeit gegen „externe Schocks“.

Abhängig von externem Handel

Andererseits plant die KPC-Führung um Xi Jinping nach Goodrichs Recherchen aber nicht, die chinesische Wirtschaft zukünftig ganz von der Weltwirtschaft abzukoppeln. Vielmehr setzt Peking weiter auf einen „dualen Wirtschaftskreislauf“. Parallel zum Aufbau oder der Stärkung inländischer Kapazitäten soll die internationale Verflechtung fortbestehen – zumindest auf absehbare Zeit. Und tatsächlich ist die chinesische Wirtschaft derzeit noch in hohem Maße vom Außenhandel abhängig. 2023 beliefen sich die Gesamtexporte auf 3,09 Billionen Euro und die Gesamtimporte auf 2,34 Billionen.

Gleichzeitig listet Goodrich etliche Probleme auf, die dem Ausbau der „Festungswirtschaft“ entgegenstehen. So leidet die Volksrepublik unter einer massiven Immobilienkrise, welche inzwischen die gesamte Wirtschaft in Mitleidenschaft zieht, weil der Immobiliensektor für 25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes sorgt. Darüber hinaus klappt eine strukturelle Reformlücke, die durch staatliche Manipulationen bei der offiziellen Wachstumsrate kaschiert werden soll.

Allerdings reagieren die chinesischen Börsen hochsensibel auf derartige Täuschungsmanöver. Die Aktienkurse brachen teilweise um bis zu 60 Prozent ein. Dazu kommen die Kapitalflucht und der Rückzug ausländischer Investoren, wofür nicht zuletzt Pekings ruinöse Corona-Politik verantwortlich ist.

Infolge all dessen ist sich Goodrich sicher, dass das vor einiger Zeit verkündete Ziel, die USA bis zum Ende der 2020er Jahre als größte Volkswirtschaft der Welt abzulösen, „nicht mehr in diesem Jahrhundert, geschweige denn in diesem Jahrzehnt erreicht“ werden könne. Das ändere jedoch nichts daran, dass die Bestrebungen rund um die „Festungswirtschaft“ ein Alarmsignal ersten Ranges seien.

Ähnlich sieht dies der ehemalige Nationale Sicherheitsberater von Ex-US-Präsidenten Trump, Robert O'Brien. Dieser schrieb am 3. August auf der Plattform X: „Die KPC bereitet sich darauf vor, einen sehr langen Krieg zu führen und zu gewinnen oder zumindest zu überleben. Amerika sollte wachsam sein.“ Das gilt natürlich in gleichem Maße für die anderen Staaten des Westens.

Wolfgang Kaufmann

MELDUNGEN

## Kaum Bau von Wohnungen

Berlin – Nach Ansicht des GdW Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen befindet sich die Bundesrepublik in einer tiefen Baukrise. Wie der Dachverband der rund 3000 Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften mitteilte, brach die Zahl der fertiggestellten Wohnungen 2023 um 13 Prozent ein. Diese Entwicklung setzt sich aktuell fort, da zwei Drittel aller Unternehmen auf Neubauten verzichten. Und 2025 wollen dann sogar 70 Prozent der Mitglieder des GdW keine Neubauvorhaben mehr in Angriff nehmen. Damit dürfte die Zahl der neuen Wohnungen von 250.000 im Jahr 2024 auf 205.000 im Folgejahr sinken. Dabei fehlen bereits rund 800.000 Wohnungen, was auch am Zuzug von rund 1,5 Millionen Menschen aus dem Ausland liegt. Die Bau-Zurückhaltung erklärt der GdW primär mit hohen Kosten durch Umweltauflagen sowie Arbeitskräfte- und Materialmangel. W.K.

## Chinas Rache für Auto-Zölle

Peking – China hat ein Anti-Dumping-Verfahren gegen europäische Schweinefleischlieferanten eröffnet. Als erste Maßnahme wurden jetzt Kontrollen bei mehreren europäischen Schweinefleischerzeugern angekündigt. Begründet wird das Vorgehen mit Beschwerden aus der eigenen Schweinefleischbranche. Die EU-Fleischindustrie weist den Dumpingvorwurf zurück. Analysten sind überzeugt, dass die Anti-Subventionsuntersuchung eine Reaktion auf die von der EU-Kommission angedrohten Ausgleichszölle auf chinesische Elektroautos sind. China ist mit einem Volumen von 15 Milliarden Euro der drittgrößte EU-Handelspartner für Agrarexporte. Seit dem Ausbruch der Schweinepest ASP im September 2020 ist der Import von Schweinefleisch aus den Mitgliedstaaten jedoch stark rückläufig. Ebenfalls trat im Juni in China das Gesetz zur Ernährungssicherheit in Kraft. Im Fokus steht das Ziel der Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln. D.J.

## Schwarzarbeit steigt rapide an

Tübingen – Die Schwarzarbeit in der Bundesrepublik soll in diesem Jahr ein Volumen von 481 Milliarden Euro erreichen, was eine Steigerung gegenüber dem Wert von 2021 um 40 Prozent bedeutet. Das errechnete das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) in Tübingen. Verantwortlich für den Extrem-Anstieg der Schwarzarbeit ist die Kombination aus steigenden staatlichen Transferleistungen wie beim Bürgergeld, mehrfach erhöhten Mindestlöhnen und der wachsenden Steuer- und Abgabenlast für Unternehmen und regulär Beschäftigte. Durch die letzten beiden Faktoren sind vor allem das Bau-, Gaststätten- und Reinigungsgewerbe unter Druck geraten, was die Bereitschaft zur Beschäftigung von Schwarzarbeitern massiv erhöht hat. Je mehr Unternehmen der Branche auf dieses Mittel zurückgreifen, umso stärker gerät der Rest dann unter Zugzwang, das Gleiche zu tun, wenn er weiter wettbewerbsfähig bleiben will. W.K.

KOMMENTARE

Nord-Stream-Fragen

RENÉ NEHRING

Neues in Sachen Nord Stream: Nachdem in Bezug auf die Sprengung der Gas-Pipelines im September 2022 schon früher ein Verdacht auf die Ukraine gefallen war, belastet nun das „Wall Street Journal“ (WJS) mehrere ukrainische Generäle, Geschäftsleute und Regierungsmitglieder bis hinauf zu Präsident Selenskyj der Täterschaft und Mitwisserschaft.

Laut „WJS“ soll im Mai 2022 ein Treffen hoher ukrainischer Militärs stattgefunden haben, bei dem unter Alkoholeinfluss die Idee der Nord-Stream-Zerstörung entstand. Auch Selenskyj soll von dem Plan unterrichtet worden sein und zunächst seine Zustimmung, auf Druck der CIA dann aber den Befehl gegeben haben, das Vorhaben abzublasen, wofür es jedoch zu spät gewesen sei.

Parallel wurde bekannt, dass deutsche Behörden im Juni 2024 einen Haftbefehl gegen den Ukrainer Wolodymyr Z. ausstellten, der für die Durchführung der Sprengung verantwortlich gewesen sein soll. Dieser konnte sich jedoch rechtzeitig seiner Verhaftung entziehen.

Ob dies alles glaubhaft ist, sei dahingestellt. Allein die Ankündigung von US-Präsident Biden vom 7. Februar 2022, im Falle einer russischen Invasion der Ukraine Nord Stream zu einem Ende zu bringen, werden wohl immer einen Restverdacht gen Washington lenken.

Doch selbst wenn es so gewesen sein sollte, wie nun vom „WJS“ dargestellt, ist ein Großteil der Reaktionen aus Berlin geradezu unfassbar. Nord Stream ist kein russisches, sondern ein deutsch- und genau genommen sogar europäisch-russisches Projekt – und die Sprengung somit ein Kriegsakt gegen unser Land. Wie kann es angesichts dessen sein, dass deutsche Politiker in dieser Angelegenheit lediglich die Achseln zucken oder gar offen Zustimmung zeigen?

Fragen richten sich auch an das Verhältnis zur Ukraine. Deutschland ist nach den USA deren zweitgrößter Unterstützer bei Finanz- und Militärhilfen und hat zudem so viele ukrainische Flüchtlinge aufgenommen wie kein anderes Land. Warum also sollen wir einen Staat unterstützen, dessen Vertreter trotz alledem einen Kriegsakt gegen uns begehen?

Triumph des Rechtsstaats

HANS HECKEL

Endgültig abgewehrt ist der Versuch von Bundesinnenministerin Nancy Faeser, das Magazin „Compact“ zu verbieten noch nicht. Doch den handstreichartigen Angriff der SPD-Politikerin haben die Richter zunächst zurückgewiesen, auch wenn der Ausgang des Gesamtverfahrens weiterhin „offen“ bleibt, wie es von Richterseite heißt.

Quer durch das politische Spektrum von links bis rechts hatten sich Vertreter der Medien beim Erlass des Verbots besorgt und empört über Faesers Aktion gezeigt, die über alle Lager hinweg als unverzeihlicher Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit gewertet wurde, völlig ungeachtet der Frage, wie man „Compact“ selbst einschätzt.

Für Scholzens Ministerin war die Zurechtweisung der Justiz eine schwere Blamage und eine peinliche Offenbarung ihres Verständnisses von Pressefreiheit. Nach der „Spiegel“-Affäre von

1962 blieb dem verantwortlichen Minister Franz Josef Strauß nur noch der Rücktritt. Der CSU-Politiker hatte als Verteidigungsminister seine Kompetenzen überschritten.

Damals ging es um den Verdacht des Landesverrats, bei „Compact“ um den Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit, der teils mit absurden Begründungen untermauert wurde, mit denen jedwede Opposition gegen eine linksgerichtete Regierung kriminalisiert werden kann (die PAZ berichtete).

Dann schritten die Richter ein. Doch was geschieht? Nichts! Faeser bleibt im Amt, als sei nichts gewesen. Dabei ist zu beachten: Sie leitet das Innenministerium, was ihr eine besondere Sensibilität für die Grundfesten der Verfassung wie die Presse- und Meinungsfreiheit abverlangt. Dass sie diese Sensibilität nicht im Mindesten beweist, zeigt, wie ungeeignet sie für ihr Amt ist. Doch schert das in der Regierung offenbar niemanden, nicht einmal den Kanzler selbst.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,  
**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 4,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

|                        |                        |
|------------------------|------------------------|
| <b>Telefon</b>         | <b>(040) 4140 08-0</b> |
| Telefon Redaktion      | (040) 4140 08-32       |
| Fax Redaktion/Anzeigen | (040) 4140 08-50       |
| Telefon Anzeigen       | (040) 4140 08-32       |
| Telefon Vertrieb       | (040) 4140 08-42       |
| Fax Vertrieb           | (040) 4140 08-51       |

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bürogeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Zum wiederholten Male nach einem Vorstoß in Sachen „Zeitenwende“ düpiert: Verteidigungsminister Pistorius

ANALYSE

Pistorius knickt ein

RICHARD DREXL

Seit seinem Amtsantritt steht Verteidigungsminister Pistorius mit großem Abstand ganz oben auf der Liste der beliebtesten Politiker. Mit klaren Ansagen und einer unverkrampften Nähe zu den Soldaten hat er nicht nur die Armee hinter sich gebracht. Einige Entscheidungen aus seinem Hause passen aber nicht ins Bild.

Das aktuelle Beispiel einer zweifelhaften Volte betrifft die Erinnerungskultur. Einer Bundeswehr-internen Weisung vom 12. Juli 2024 zufolge sollten vor dem Hintergrund der „Zeitenwende“ und des Krieges in der Ukraine auch einzelne Militärs der Wehrmacht wieder als „traditionsstiftende Beispiele militärischer Exzellenz“ gelten können. Sie sollen sich als besonders kriegstüchtig erwiesen und zudem die Bundeswehr geprägt haben. In jeder anderen Gesellschaft und in jeder anderen Armee wäre dies selbstverständlich. Die Bundeswehr der Anfangszeit wurde durch ehemalige Wehrmachtssoldaten geprägt, nicht wenige gelten zu recht als Vorbilder. Was denn auch sonst?

Nach individueller Prüfung in sogenannten Personalgutachterausschüssen waren damals rund 40.000 bewährte Wehrmachtssoldaten nach gründlicher Abwägung zwischen etwaiger persönlicher Schuld und militärischer Leistung in den Dienst der Bundeswehr übernommen worden. Ihre Kriegs- und Organisationserfahrungen waren im Kalten Krieg unentbehrlich. Als Beispiele seien aus der Anlage der Weisung vom 12. Juli genannt: Generaloberst Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord, Chef der Heeresleitung bis 1933 mit späteren Kontakten zum militärischen Widerstand. Ferner General Dr. Karl Schnell, der es als ehemaliger Frontoffizier im Zweiten Weltkrieg später bis zum NATO-Oberbefehlshaber und zum Staatssekretär im Verteidigungsministerium gebracht hat. Mit ihren militärischen Fähigkeiten und Leistungen dienten sie als Vorbilder der jungen Truppe und prägten mit ihrem Beispiel die Innere Führung mit dem Konzept des Staatsbürgers in Uniform.

Die in Rede stehende Erweiterung entsprach auch dem Traditionserlass von 2018, wonach die Wehrmacht als Ganzes als nicht traditionswürdig bezeichnet wird, jedoch einzelne Soldaten in das Traditionsgut der Bundeswehr aufgenommen werden können.

Doch im links-grünen Deutschland löste die erweiterte Auslegung des gültigen Traditionserlasses umgehend eine Debatte aus. Für den Historiker Jürgen Zimmerer läuft dieses Papier „allem zuwider, was erinnerungskulturell seit der Wehrmachtsausstellung geschehen ist“. Die Berliner „taz“ reagierte mit einem Kommentar von Günter Knebel von der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz. Wehrmachtssoldaten zu würdigen, sei generell problematisch, damit würden sie aufs „rein Soldatische“ reduziert: „Hier wird der Kontext außer Acht gelassen, in

Schon wenige Stimmen reichten aus, dass der Erlass zurückgezogen wurde

dem die Soldaten gekämpft haben“, kritisiert er. Dies ist in den Beispielen der ergänzenden Hinweise aber gerade nicht der Fall. Das „rein Soldatische“ war sowohl bei Übernahme in die Bundeswehr als auch im Verlauf der späteren Karriere lediglich ein Kriterium unter vielen bei der Bewertung der jeweiligen Persönlichkeit.

Denkwürdig ist jedoch vor allem die Reaktion des Ministeriums. Schon wenige Stimmen reichten aus, dass der Erlass mit schuldvoller Miene zurückgezogen wurde. Dem Sprecher des Hauses zufolge seien mit den ergänzenden Hinweisen „Bezüge hergestellt“ worden, „die sich jetzt in der Rückschau so nicht als förderlich herausgestellt haben“. Wie blamabel! Den Erlassgeber der Weisung, Generalleutnant Kai Rohrschneider, Abteilungsleiter Einsatzbereitschaft und Unterstützung Streitkräfte, lässt man düpiert im Regen stehen. Dabei musste jedem Beteiligten klar sein, dass der Vorstoß auf Kritik stoßen würde.

Im Übrigen kann nach aller Erfahrung angenommen werden, dass die Weisung im Ministerium abgestimmt war. Dafür spricht allein der Verteiler bis in die Leitung des Hauses einschließlich der Staatssekretäre. Wo war eigentlich der Generalinspekteur in dieser Angelegenheit – und wo der Minister? Ist es nicht vornehmste Aufgabe von Vorgesetzten, sich vor Mitarbeiter zu stellen und diesen bei Gegenwind den Rücken zu stärken?

Apropos Minister. Der Rückzieher von Pistorius bei der geplanten Vereinfachung der ins Kraut geschossenen Organisation der Streitkräfte hat ebenfalls zu bitteren Kommentaren von Militärs geführt. Pistorius hatte sich von Beginn an die Vereinfachung der Bundeswehr-Organisation auf die Fahne geschrieben, insbesondere die Verantwortlichkeit im Einsatz sollte wieder in eine Hand gelegt werden.

Doch aus einer schlankeren Streitkräftestruktur wird erst mal nichts. Die aufgeblähten Organisationsbereiche Streitkräftebasis und Sanitätsdienst werden zwar aufgelöst, jedoch ein neuer – noch größerer – Unterstützungsbereich gegründet. Es bleibt damit bei hohlen und schwammigen Strukturen, die noch hinter das „Eckpunkte-Papier“ der früheren Ministerin Kramp-Karrenbauer zurückfallen. Demnach sollte das Heer unter anderem die Zuständigkeit für Feldjäger und ABC-Abwehr zurückerhalten. „Übe wie du kämpfst“ hat die Devise zu lauten, damit für den scharfen Einsatz nicht die Organisation umgestellt werden muss. Kriegснаhe Ausbildung und Übungen bleiben nun weiterhin Wunschdenken.

Weshalb aber hat der Verteidigungsminister die tiefgreifende Reform der Streitkräftestrukturen aufgegeben? Dafür genügt der Einspruch eines „Unterausschusses des Gesamtvertrauenspersonenausschusses beim Bundesministerium der Verteidigung“. Gewerkschaftsnähe Verteilungskämpfe um Dienstposten, Macht und Einfluss, reichten also aus, in dieser zentralen Frage beizudrehen. Wer auf die Pfeife von Personalräten hin reagiert muss sich nicht wundern, wenn der Bewegungsspielraum gegen Null tendiert.

Und die Folgen? Kampfverbände werden sich auch künftig knappe Unterstützungskräfte wie Fernmelder und Logistiker für den Einsatz zusammensuchen müssen. Ein absolutes Unding für eine Armee, die wieder abwehrbereit werden muss. Ämter und Stäbe mit wohl geheizten Büros bleiben dick, fett und zahlreich, und die Kampftruppe wartet vergeblich auf Verstärkung. Von wegen Kriegstüchtigkeit: Minister Pistorius lässt intern konsequente klare Linien vermissen.

● **Richard Drexel** ist Oberst a.D. und seit 2014 Präsident des Bayerischen Soldatenbundes 1874 e.V. Zuletzt erschien „Nicht einmal bedingt abwehrbereit. Die Bundeswehr in der Krise“ (FinanzBuch 2021). **www.m-vg.de**

VON RAINER CLAASSEN

Als Satiriker war er unter dem Namen Ephraim Kishon bekannt. Geboren wurde der Autor am 23. August 1924 in Budapest aber unter dem Namen Ferenc Hoffmann als Sohn des Bankiers Dezső Hoffmann und dessen Ehefrau Erzsébet. Der Vater hatte in Wien Wirtschaft und Jura studiert und sprach fließend Deutsch.

Anfangs wuchs Ferenc unter normalen Umständen in einer wohlhabenden Familie auf. Doch ab 1937 wurden alle jüdischen Ungarn zuerst aus leitenden, später auch aus den übrigen Positionen entfernt. Dezső Hoffmann kam 1942 in ein Arbeitslager. Die Wohnungseinrichtung musste die Familie nach und nach verkaufen, um leben zu können.

1942 gewann Ferenc den Literaturwettbewerb für Abiturienten, durfte aber als Jude nicht studieren und begann eine Lehre als Goldschmied. Um die Jahreswende 1944/45 wurden die jüdischen Budapester Abiturienten per wochenlangem Fußmarsch in die Slowakei deportiert. Kishon berichtet im Buch „Nichts zu lachen“, dass im Arbeitslager Jolsva der Kommandant ihn und seinen Mitgefangenen János Lissauer beim Schachspielen sah und, weil er selbst gerne Schach spielte, Ferenc in sein Büro versetzte.

Mit Glück gelang es Ferenc und Lissauer, aus dem Lager zu fliehen. Ferenc fand in Budapest seine Familie. Freunde und Bekannte halfen der Familie durch die Zeiten. Ferenc, blond und blauäugig, sah arisch genug aus, um sich in der Stadt frei bewegen zu können. Als die Rote Armee in Budapest einmarschierte, versteckte er sich im Keller eines zerbombten Hauses. Dort fand er Papier und schrieb mit Bleistiftstummeln und abgebrannten Zündhölzern seinen ersten satirischen Roman über eine fiktive politische Bewegung gegen die Weltherrschaft der Glatzköpfe, wobei die Handlung Assoziationen an das Dritte Reich weckt. Dieser Roman, eigentlich die Ur-Zelle von Kishons Gesamtwerk, erschien auf Deutsch erst 1997 unter dem Titel „Mein Kamm“.

Nach der Einnahme Budapests fand sich der verdutzte Ferenc in sowjetischer Gefangenschaft wieder. Mit einer Kolonne wurde er Richtung Weißrussland in Marsch gesetzt. Unterwegs gelang ihm die Flucht. Als dies an der ungarisch-polni-

## Satiriker mit Charme

Vor 100 Jahren wurde Ephraim Kishon in Budapest geboren. Besonders die deutschen Leser schätzten den später in Israel lebenden Autor – und er sie

FOTO: IMAGO/TEUTOPRESS

schen Grenze bemerkt wurde, füllte man die Kolonne mit einem polnischen Bauern auf. Nach Kriegsende schien es für Ferenc aufwärtszugehen. Er studierte Metallbildhauerei, erwarb sein Diplom, kreierte Orden für parteinahe Künstler und heiratete Chawa Klamer, ein Wiener Flüchtlingskind.

Eines Tages fand Ferenc' Tante die Zettel mit dem Roman über die Glatzköpfe; sie tippte sie heimlich ab, schickte das Manuskript an die größte literarische Wochenzeitschrift Ungarns – und Ferenc Hoffmann gewann den Literaturwettbewerb jener Zeitschrift! Der Roman wurde nicht veröffentlicht, weil der kommunistische Diktator Mátyás Rákosi selbst kahlköpfig war, aber die satirische Zeitschrift „Ludas Matyi“ stellte Ferenc als Redakteur an. Seine Artikel zeichnete er von Anfang an mit „Kishont“.

Die zunehmende Einflussnahme der Partei auf die Redaktion störte ihn. 1949 flohen Ferenc und Chawa über Prag und Wien nach Israel; von einem Einwanderungsbeamten erhielt Ferenc den Namen,

unter dem er später weltberühmt werden sollte. Bis 1950 lebte das Ehepaar in einem Kibbuz. Kishon lernte in seiner Freizeit eifrig Hebräisch. Ab 1952 schrieb er eine tägliche Glosse in Israels größter Tageszeitung, und ein Jahr später wurde im Habimah-Theater in Tel Aviv sein Stück „Der Schützling“ uraufgeführt. In dieser Zeit ließ sich das Ehepaar scheiden.

### Politisch klar konservativ

1959 heiratete Kishon die 1931 geborene Pianistin Sara Lipovitz, die in seinen späteren Büchern die „Beste Ehefrau von allen“ wurde. Die „New York Times“ wählte sein Buch „Look back Mrs. Lot“ (Drehn Sie sich um, Frau Lot!) zum Buch des Monats. Nun rissen sich auch deutsche Verlage um Kishon. Mehr als ein Dutzend Satiresammlungen erschienen auf Deutsch, übersetzt von dem österreichischen Publizisten Friedrich Torberg, mit dem Kishon bis zu dessen Tod 1979 eng befreundet war.

Kishon verfasste auch satirische Romane und Theaterstücke, die zum Teil

verfilmt wurden, wobei er am liebsten selbst Regie führte.

1985 schrieb er erstmalig ein Buch in deutscher Sprache, die er aus seinen eigenen Büchern gelernt hatte: „Beinahe die Wahrheit – Die Geschichte meiner Geschichten“, eine Hommage an die deutschen Leser, in der Kishon Hintergründe zu seinen Satiren und aus seinem Leben enthüllte. Später folgte „Nichts zu lachen. Die Erinnerungen“.

Kishon schätzte die Deutschen sehr, da sie, wie er sagte, ein ähnliches Schicksal hätten wie die Juden: Sie seien unbeliebt in der Welt, und jede Gelegenheit werde genutzt, Vorurteile zu bestätigen. Er erläuterte auch seinen israelischen Patriotismus: Seit der Kreuzigung Jesu seien stets die Juden an allem schuld. Nicht dass die römischen Legionäre die Nägel in seine Hände geschlagen hätten, würde im Unterricht gelehrt, sondern dass die Juden den Sohn des Herrn kreuzigten.

Politisch war Ephraim Kishon klar konservativ. Nach dem Ende des Kommunismus schrieb er 1990 „Undank ist der

Welten Lohn“, eine satirische Abrechnung mit diesem. Echte Hassliebe verband ihn mit der modernen Kunstszene; aus seiner Feder entstanden die Werke „Picasso war kein Scharlatan. Randbemerkungen zur modernen Kunst“ (1986) und „Picassos süße Rache. Neue Streifzüge durch die moderne Kunst“ (1995). In dem Schauspiel „Zieh den Stecker raus, das Wasser kocht“ (1965) zog er die Szene gekonnt durch den Kakao.

Kishon stand stets bedingungslos zu Israel und dem jüdischen Volk, ohne seine Heimat Ungarn zu vergessen. Er erklärte: „Die Frage nach den vaterländischen Wurzeln ist dennoch bei mir nicht ganz eindeutig zu beantworten. In Israel fühle ich mich zu Hause, weil es das einzige Land ist, wo ich kein Jude bin, aber Ungarn ist das einzige Land, in dem ich keinen ungarischen Akzent habe.“

Auf die Frage des Interviewers, ob es Israel helfe, wenn sein Sohn im Reservendienst steinwerfenden Kindern in Gaza nachliefe, antwortete er: „Nein, es schadet Israel. Aber es schadet auch den Palästinensern, die ihre Kinder zu etwas Besseren als zum Steinwerfen erziehen sollten.“ Die Palästinenser müssten einsehen, dass ihre Mission nicht darin bestünde, die Juden ins Meer zu treiben. So lange müssten Israels Soldaten steinwerfenden Kindern in Gaza nachlaufen, Terroristen ausweisen und Provokateure im Zaum halten.

Obwohl sich Ephraim Kishon in Sachen Religion als Skeptiker sah, hielt er die abendländische Erziehung nach den Zehn Geboten für die bestmögliche. Satirisch stieg er erst mit fast 70 Jahren in das Thema ein: 1994 erschien „Ein Apfel ist an allem schuld. Gebrauchsanweisung für die Zehn Gebote“.

Kishons Familie war für ihn ewiger Quell satirischen Stoffes. So konnte seine Frau ihn 1996 mit einem eigenen Buch überraschen: „Mein geliebter Lügner. Erkenntnisse der ‚besten Ehefrau von allen‘“ war als satirische Antwort auf die Geschichten ihres Mannes gedacht, liest sich aber wie eine Liebeserklärung an den Gefährten.

Sara Kishon verstarb im März 2002 an Lungenkrebs. Gut ein Jahr später heiratete Kishon die damals 47-jährige österreichische Schriftstellerin Lisa Witasek. Am 29. Januar 2005 verstarb der Schriftsteller in Appenzell nach einem Herzanfall.

### ZEITGENÖSSISCHE KUNST

## Die Mini-Documenta zwischen den Meeren

Kunst-Festival in Schleswig-Holstein – Seit einem Vierteljahrhundert stellt die NordArt jeden Sommer internationale Künstler vor

Als eine der größten jährlichen Ausstellungen zeitgenössischer Kunst in Europa gilt die NordArt. In der historischen Eisengießerei von Büdelsdorf bei Rendsburg in Schleswig-Holstein feiert sie ein kleines Jubiläum: Sie findet zum 25. Mal statt.

Die 25. NordArt stellt zu ihrem Geburtstag die Preisträger der vergangenen Jahre mit Sonderprojekten in den Mittelpunkt. Die ausgewählten Werke von 200 Künstlern erzählen eine gemeinsame Geschichte unserer Zeit. Dafür stehen im Kunstwerk Carlshütte neben den Gießereihallen mit ihren 22.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche der 80.000 Quadratmeter große Skulpturenpark und die ACO-Wagenremise zur Verfügung.

Seit vielen Jahren werden der NordArt-Preis sowie die Publikumspreise verliehen, womit seit 2010 insgesamt 57 Preisträger ausgezeichnet wurden. 2023 war darunter nach 2022 abermals Dejo Denzer, der Tiergestalten aus Klavierteilen sowie „Schuhcharakterköpfe“

gestaltetet. Jüngster Preisträger aus dem Jahr 2023 ist der Slowake Lubo Mikle, der rote und blaue Container auf die Spitze stellte, sodass sie in der ehemaligen Industrieanlage scheinbar schwebten. Elemente des Recyclings, der Industriekunst, der Großdimensionalität, der Zerstörungswut und der Transformation vereinen sich in seinem Werk.

Unter den Preisträgern sind auch elf Künstler aus China. Die langjährigen Kontakte zur chinesischen Kunstszene haben wiederholt große Namen aus dem Reich der Mitte zur Ausstellung gebracht. Der erste NordArt-Preis ging 2010 an Zeng Chenggang. Seine Edelstahlskulptur „Lotus Gespräche“, die symbolisch für einen immer neuen Aufbruch steht, gehört zu den Dauerleihgaben in der NordArt.

In der diesjährigen Ausstellung sind 26 Künstler aus China vertreten. Mongolische zeitgenössische Kunst war 2015 der Länderfokus. Seitdem hatte die Kunst aus der Mongolei immer wieder eine bedeu-

tende Plattform, wie in diesem Jahr die im Skulpturenpark stehende mit Spiegeln besetzte Jurte „Reflection“ von Dulguun Batbold. Die Basis des Nomadenzelts in seinen sechs Metern Durchmesser bildet

ein filigranes Holzgerüst mit insgesamt 1072 Spiegelpanels in allen Wänden mit Rauten-Struktur.

Die Ausstellung in der Wagenremise, die im Rahmen des 50. Jubiläums der dip-



FOTO: FRITSCHE

Großzügige Ausstellungsfläche: NordArt in der früheren Eisengießerei von Büdelsdorf

lomatischen Beziehungen zwischen der Mongolei und Deutschland läuft, präsentiert eine Auswahl von 20 Künstlern. Blickfang der Installationskunst sind viele rote Aemeisen mit ihren dünnen Beinen und kippeligen Körpern.

Das Projekt „Von der Wiege bis zur Bahre“ des deutschen Künstlers Willi Reich, der ausgediente Gegenstände und Maschinenbestandteile mechanisch in Bewegung setzt und dabei humorvoll neu inszeniert, zeigt kinetische Interpretationen von zwölf Aspekten des menschlichen Daseins. Ein weiteres Soloprojekt, „A Sense of Place“, des britischen Malers Paul Critchley, ist eine lebensgroße Rauminstallation, die den Inhalt eines Hauses und die Umgebung des alltäglichen Lebens erkundet.

Manfred E. Fritsche

● Die Ausstellung in der Büdelsdorfer Vorwerksallee ist bis zum 6. Oktober täglich außer montags von 11 bis 19 Uhr geöffnet. [www.nordart.de](http://www.nordart.de)

## GEORGIEN

## Wider die sowjetische Herrschaft

Nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches erklärte sich Georgien am 26. Mai 1918 für unabhängig. Allerdings existierte die Demokratische Republik Georgien (DRG) nur bis zum Februar 1921. Dann marschierte die Rote Armee ein. Die Regierung der DRG ging nach Paris ins Exil, und am 25. Februar 1921 wurde die Georgische Sozialistische Sowjetrepublik gegründet, die 1922 Teil der Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik wurde.

Die forcierte Sowjetisierung Georgiens führte zu etlichen Revolten und Guerillaaktionen von Verfechtern der Eigenstaatlichkeit, auf welche die bolschewistische Geheimpolizei GPU mit größter Härte reagierte. Ungeachtet dessen schlossen sich die erstmals in der georgischen Nationalversammlung vertretenen Menschewiki, National-Demokraten, Sozial-Föderalisten, Sozial-Revolutionäre und Unabhängigen Sozialdemokraten im Mai 1922 zu einem überparteilichen Komitee für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Georgiens (Damkom) unter Führung von Konstantine Andronikashwili zusammen.

Dieses Komitee wurde von der georgischen Exilregierung in Paris unterstützt und organisierte im Untergrund eine allgemeine Erhebung gegen die Sowjetmacht. Dies blieb der GPU nicht verborgen. Bis zum Sommer 1924 gelang es ihr, einen Großteil der Damkom-Führer in ihre Gewalt zu bringen, von denen viele noch im selben Jahr liquidiert wurden.

Trotzdem setzte das Damkom den Beginn der Rebellion auf den 29. August des Jahres fest. Durch ein Missverständnis schlugen einige Aufständische aber bereits einen Tag früher



Kakuza Tscholoqaschwili

los. Am 29. August gelang es den Partisaneneinheiten unter dem Kommando von Kakuza Tscholoqaschwili die Stadt Manglisi zu erobern. Kurz darauf setzte die Rote Armee indes ihre geballte militärische Macht ein, und der Aufstand brach bis zum 4. September zusammen.

Dem Scheitern des bewaffneten Widerstandes der Georgier vor 100 Jahren folgte ein gewaltiges Blutbad, für das der Volkskommissar für Nationalitätenfragen Josef Stalin, der Chef des Transkaukasischen Regionalkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Grigori Ordschonikidse und der lokale GPU-Vertreter Lawrentij Berja verantwortlich waren. Die Zahl der getöteten Georgier wird auf bis zu 13.000 geschätzt. Nach dem Ende der Sowjetherrschaft und Georgiens Wiedererlangung der Unabhängigkeit wurden die Opfer in einem Dekret des Georgischen Staatsrats unter dem Vorsitz von Eduard Schewardnadse rehabilitiert. *Wolfgang Kaufmann*



Auf der Frankfurter Buchmesse: Stand der Büchergilde Gutenberg

Foto: imago/Jan Huebner

## BÜCHERGILDE GUTENBERG

## „Wer Bücher liebt, ist bei uns zu Haus“

Die Buchgemeinschaft und Verlagsgenossenschaft wurde vor 100 Jahren vom Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker in Leipzig gegründet, um breiten Schichten gute Literatur erschwinglich zu machen

VON UTE EICHLER

Der Gedanke, gute Literatur zum günstigen Preis für breite Schichten der Bevölkerung herauszubringen, war nicht neu. Bereits 1912 hatte der Insel Verlag Leipzig unter Anton Kippenberg das erste Bändchen der Insel-Bücherei zum Preis von 80 Pfennigen veröffentlicht. Der Nummer 1, Rainer Maria Rilkes „Die Weise von Liebe und Tod des Cornets Christoph Rilke“, folgten mehr als dreitausend Titel, meist Perlen der Weltliteratur, aber auch einige Kunstbildbände. Die mit unterschiedlichem Papier bezogenen Pappbändchen, deren Gestaltung sich stets auf den Inhalt bezieht, wurden zur einzigen Buchreihe im deutschen Sprachraum, die bis heute ohne jegliche Unterbrechung erscheint.

Anders stellt sich die Gründungs- und die Entwicklungsgeschichte der Büchergilde Gutenberg dar. Als Gemeinsamkeit mag der Anspruch gelten, ein wirklich gutes Buch herauszubringen, das heißt, der Inhalt des literarischen Werks, sein Einband, die Gestaltung, die Illustration, die verwendete Typografie wie auch die Papierqualität sollen eine gelungene Einheit bilden, die dem Buchliebhaber ein Produkt in die Hand gibt, das über den Tag hinaus Freude bereitet. Das Buch soll sich von billiger Massenware unterscheiden, andererseits erschwinglich bleiben. So kann es nicht ein Kunstwerk in Kleinauflage sein, aber gutes Kunsthandwerk, das Verbreitung findet.

## Traditionell gewerkschaftsnah

Die Büchergilde wurde am 29. August 1924 in Leipzig als Genossenschaft gegründet. Als eingetragene Büchergilde

Gutenberg Verlagsgenossenschaft existiert sie bis heute, inzwischen mit Sitz in Frankfurt am Main. Initiator war Bruno Dreßler (1879–1952), Vorsitzender des Bildungsverbands der Deutschen Buchdrucker. Erster Cheflektor wurde der Autor Ernst Preczang, gleichzeitig war er Mitbegründer und geistiger Leiter. Der Zugang zu Bildung und Kultur sollte jedermann durch preiswerte Bücher ermöglicht werden. Wer beispielsweise heute Curt Biegings 1933 im Verlag der Büchergilde Gutenberg erschienenes Sachbuch „Tiere, Sonnen und Atome“ zur Hand nimmt, staunt über Druck und Gestaltung, über eine beinahe zeitlose Modernität.

Doch das Jahr 1933 steht gleichzeitig für den ersten tiefen Einschnitt in der Geschichte dieser Buchgemeinschaft. Anfang 1925 hatte die Büchergilde etwa fünftausend Mitglieder, 1933 waren es bereits 85.000. In acht Jahren hatte die Buchgemeinschaft 174 Buchtitel herausgegeben, die in insgesamt zweieinhalb

Millionen Exemplaren gedruckt waren. Es wurden Werke moderner, ausländischer und auch sozialistischer Autoren veröffentlicht, darunter Oskar Maria Graf, B. Traven, Mark Twain, Jack London, Martin Andersen Nexö, Upton Sinclair, John Dos Passos und Romain Rolland. Viele dieser Schriftsteller gerieten 1933 auf den Index.

Dreßler konnte, entlassen aus wochenlanger Haft, Ende 1933 in die Schweiz übersiedeln und dort die Leitung der Schweizer Büchergilde übernehmen. Sein Sohn Helmut Dreßler (1910–1974) gründete 1946 in der Bundesrepublik die Büchergilde neu. Vater und Sohn stehen für die ersten 50 Jahre der Büchergilde. Aus ihrer Rückschau auf 30 Jahre Büchergilde Gutenberg erschien 1954 „Bücher voll guten Geistes“. 1970 wurde Helmut Dreßler vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels die Plakette „Dem Förderer des Deutschen Buches“ verliehen.

## Autoren erster Nachkriegsveröffentlichungen



**Erich Kästner** lebte von 1899 bis 1974. Von dem gebürtigen Dresdner stammen unter anderem „Emil und die Detektive“ sowie „Das fliegende Klassenzimmer“.



**Stefan Zweig** wurde 1881 in Wien geboren und nahm sich 1942 im brasilianischen Petrópolis das Leben. Zu den Werken des Pazifisten gehört „Schachnovelle“.



**Golo Mann** lebte von 1909 bis 1994. Hervorzuheben sind seine „Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“ und seine Wallenstein-Biographie.

Zu den ersten Autoren der Nachkriegsjahre gehörten Arnold Zweig, Erich Kästner, Stefan Zweig und Golo Mann. Stets ging es um das illustrierte und handwerklich gut gemachte Buch. Von 1959 bis 1989 war der Buchgestalter Juergen Seuss für den Verlag tätig. Eine Reihe sehr erfolgreicher und prämiierter Bücher erschien. Immer wieder gelang es, mit bibliophilen Büchern Preise der Stiftung Buchkunst zugesprochen zu bekommen. Das ist bis heute der Fall. Es ist auch ein Ergebnis der Nachwuchsförderung im Bereich Buchgestaltung und Illustration. Alle zwei Jahre wird der „Büchergilde-Gestalterpreis“ an wechselnden Hochschulen ausgeschrieben. Dieses Jahr wurde der Preis einer Gruppe Studenten der Kunsthochschule Halle/Burg Giebichenstein zuerkannt für die Illustrationen des Romans von Virginia Woolf „Mrs. Dalloway“.

## „Vorwärts – mit heiteren Augen!“

Die Büchergilde Gutenberg hatte 2020 in Deutschland über 60.000 Mitglieder. Sie betreibt in der Bundesrepublik in über einhundert Städten Partnerbuchhandlungen. Die Mitglieder der Buchgemeinschaft verpflichten sich, pro Quartal einen Artikel abzunehmen. Sie erhalten viermal im Jahr die Mitgliederzeitschrift. Inzwischen werden nicht nur hochwertig ausgestattete Bücher, sondern auch DVDs, Hörbücher, Musik-CDs und andere Artikel angeboten. Gültig bleibt der Satz: „Wer Bücher liebt, ist bei uns zu Haus“.

Im Museum für Druckkunst in Leipzig wird vom 29. August bis einschließlich 10. November die Werkstattausstellung „Vorwärts – mit heiteren Augen!“ anlässlich von 100 Jahren Büchergilde Gutenberg gezeigt. „Erleben Sie Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft einer ganz besonderen Kulturinstitution“, heißt es in der Einladung zum Ausstellungsbesuch. Der runde Geburtstag wird mit einem großen Festwochenende im Museum am 31. August und 1. September begangen.

Ihren runden Geburtstag nimmt die Büchergilde zum Anlass, ein eigenes Kinderbuchprogramm aufzubauen, die Büchergilde junior. Kinder mit einzigartigen Büchern für das Lesen zu begeistern und ihnen Geschichten zu schenken, die sie ein Leben lang begleiten – das ist das erklärte Ziel und eine zukunftsweisende Investition.

# Feuersturm in Königsberg

Vor 80 Jahren flog die Royal Air Force zwei Nachtangriffe auf die Hauptstadt Ostpreußens. Durch die brutale Militärstrategie „Morale Bombing“ starben ungefähr 5000 Menschen, wurden 200.000 obdachlos und die Innenstadt zerstört

VON BJÖRN SCHUMACHER

Im letzten Jahr des Zweiten Weltkriegs gehörte Königsberg zu den am furchtbarsten geschundenen Städten Deutschlands und Europas. Flucht und Vertreibung, Vergewaltigungen und Misshandlungen – oft mit tödlichem Ausgang – verdichteten sich zu einer Apokalypse. Zerstörungen bei der Belagerung der Stadt und Brandschatzungen durch die Rote Armee erweiterten das Spektrum des Grauens. Als wäre das alles nicht schlimm genug, wurden Königsberg und das nördliche Ostpreußen im Potsdamer Abkommen sowjetischer Verwaltung unterstellt – eine provisorische Maßnahme der Siegermächte, die durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 zum endgültigen Verlust deutscher Territorialhoheit führte.

Allerdings hatte der Krieg der ostpreußischen Metropole schon vor 1945 zugesetzt. Am 22./23. Juni 1941, gleich nach Beginn des Russlandfeldzugs, geriet die Stadt ins Visier der sowjetischen Luftstreitkräfte. Zweimotorige Fernbomber des Typs Iljuschin DB-3 beschädigten die Kaimauer und das städtische Gaswerk. Weitere Bombenabwürfe mit ebenfalls noch begrenzten Sachschäden erfolgten Ende August/Anfang September 1941. Eine höhere Eskalationsstufe wurde am 10./11. und 29./30. April 1943 erreicht. Viermotorige Flugzeuge des Typs Petljakow Pe-8 warfen Sprengbomben ab, die eine unbekannte, wohl im zweistelligen Bereich liegende Zahl Einwohner das Leben kosteten.

Diese Angriffe blieben aber weit hinter dem von der Royal Air Force (RAF) geschaffenen Inferno zurück. Vor achtzig Jahren schlug der Bombenhammer unbarmherzig zu. Luftmarschall Arthur Harris schickte seine in der Zerstörung ganzer Innenstädte erfahrenste Staffel, die Bomber Group No. 5, auf die 1500 Kilometer weite Strecke nach Königsberg. Im August 1944 ließen 174 viermotorige Flugzeuge des Typs Avro 683 „Lancaster“ in der Nacht vom 26. auf den 27. und 189 in der vom 29. auf den 30. 900 Tonnen Spreng- und Brandbomben auf die Stadt herabfallen.

## 900 Tonnen Bomben

Der erste Angriff wütete vor allem im nordöstlichen Stadtteil Maraunenhof: im Bereich Cranzer Allee, Herzog-Albrecht-Allee und Wallring. Getroffen wurden neben einigen Kasernengebäuden zahlreiche Wohnhäuser. 1000 Menschen starben, 10.000 wurden obdachlos. Nur vier „Lancaster“-Bomber konnten von der deutschen Flugabwehr abgeschossen werden.

Noch folgenschwerer war die zweite Attacke am 29./30. August 1944, obwohl das Wetter die Bewohner und Verteidiger Königsbergs zunächst begünstigte. Zwanzig Minuten lang mussten die am Treibstofflimit fliegenden Briten warten, bis die Wolkendecke aufriß und treffsichere Bombenabwürfe ermöglichte. Immerhin 15 schwere „Lancaster“ konnten die deutschen Nachtjäger abschießen. Trotzdem zerbarsten und verbrannten die Stadtteile Altstadt, Löbenicht und Kneiphof im Bombenhagel. Zerstört wurden alle historischen Gebäude mit ihrer wertvollen Ausstattung: der Dom und zwölf weitere Kirchen, das Schloss, die Alte und die Neue Universität mit ihren Instituten und Kliniken, das Stadtgeschichtliche Museum, das Opernhaus, die Staats- und Universitätsbibliothek, das malerische Speicherviertel, die seit 1722 bestehende Buchhandlung Gräfe und Unzer und die



Von den RAF-Angriffen gezeichnet: Königsberg

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Hälfte aller Schulen. Ein Raub der Flammen wurden unter anderem das Geburtshaus E. T. A. Hoffmanns sowie das Wohnhaus Heinrich von Kleists.

Mit einer ausgeklügelten Spreng- und Brandbombenmischung unter Ausnutzung der dichten Bebauung entfachten die routinierten Angreifer in dieser Nacht einen Feuersturm. Rund 5000 Tote und 200.000 Obdachlose waren das erschütternde Resultat. Aus den Kellern brennender Häuser gab es kein Entrinnen. Mochte man drei Tage zuvor angesichts beschädigter Kasernen von einem „unterschiedslosen Bombardement“ auf zivile und militärische Objekte sprechen, so war der Luftschlag vom 29./30. August 1944 reiner Bombenterror, der ausnahmslos zivilen Zielen galt. Zudem durchquerten die von England nach Königsberg fliegenden Bomberstaffeln den schwedischen Luftraum. Gegen diese Verletzung ihres neutralen Status protestierte die Regierung Schwedens heftig.

## Gründe für die Wahl des Zieles

Warum aber wurde Ostpreußens Metropole von der RAF attackiert? Parallelen zum Doppelschlag auf Dresden am 13./14. Februar 1945 drängen sich auf. In beiden Fällen sollte der heranrückenden Roten Armee wohl die Schlagkraft des Bomber Command demonstriert werden, zumal der sowjetische Diktator Josef Stalin die britische Regierung seit Längerem drängte, ihre Kriegsanstrengungen zu steigern. Die Vernichtung Königsbergs dürfte zudem ein Signal an Finnland und seine nun ebenfalls von britischen Militärbasen erreichbare Hauptstadt Helsinki gewesen sein. Finnland war damals lose mit dem Deutschen Reich verbündet, bevor es kurz darauf im Lapplandkrieg die Fronten wechselte.

Vor allem aber arbeitete die RAF in der Stadt Immanuel Kants ihre Strategie des totalen Luftkriegs ab. Bereits Während des Ersten Weltkrieges hatte Munitionsminister Winston Churchill von einem – damals noch unrealistischen – „Tausendbomberangriff“ auf Berlin geschwärmt, dessen Demoralisierungspo-

tential den Krieg schlagartig beenden sollte. 1925 verstieg sich der selbsternannte „Soldier of Christ“ in ein wahres Armageddon: „Der Tod steht in Bereitschaft, [...] die Menschen in Massen hinwegzumähen, bereit, wenn man ihn ruft, die Zivilisation ohne Hoffnung auf Wiederaufbau zu Staub zu zerstampfen. Vielleicht wird es sich das nächste Mal darum handeln, Frauen und Kinder oder die Zivilbevölkerung überhaupt zu töten, und die Siegesgöttin wird sich zuletzt voller Entsetzen demjenigen vermählen, der das in gewaltigstem Umfang zu organisieren versteht.“

## Gezielte Terrorisierung aus der Luft

Churchills Aussagen leiten über zu der nach dem ersten Marshal of the Royal Air Force, Hugh Trenchard, benannten „Trenchard-Doktrin“ vom unterschiedslosen Luftkrieg gegen (angeblich untrennbar miteinander verzahnte) zivile und militärische Ziele. 1936 wurde ein strategisches Bomberkommando geschaffen, „dessen Daseinsberechtigung allein darin lag, Deutschland zu bombardieren, wenn es unser Feind sein sollte“ (James Molony Spaight, Unterstaatssekretär im britischen Luftfahrtministerium, 1944).

Zum nächsten Meilenstein avancierte die Area Bombing Directive vom 14. Februar 1942. Mit Flächenangriffen auf In-

nenstädte wollte Churchill, inzwischen Premierminister, die Kampf- und Durchhaltungsmoral der Deutschen brechen („Morale Bombing“). Marshal of the Royal Air Force Charles Portal, Stabschef der RAF, gab Interpretationshilfe: „Ich nehme an, es ist klar, dass die Zielpunkte die Wohngebiete sein sollen und nicht Werften oder Flugzeugfabriken. Das muss ganz deutlich gemacht werden, falls es noch nicht verstanden worden ist.“ Einige Wochen später gingen die leicht brennbaren Altstädte von Lübeck und Rostock in Flammen auf.

Immer mehr Brand- und Sprengbomben prasselten auf Zivilisten, aber auch Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in mehr als hundert deutschen Städten herab. Sie töteten mindestens 600.000 Menschen. Den ersten Feuersturm mit vierstelliger Opferzahl entfachten die Briten in der Nacht vom 29. zum 30. Mai 1943 in Wuppertal-Barmen. 35.000 Zivilisten erstickten und verglühnten bei ihren Angriffen auf Hamburger Arbeiterwohnviertel Ende Juli 1943, die zynischerweise den Codenamen „Operation Gomorrha“ trugen.

## Die USA machten es nach

Viele schlesische Flüchtlinge starben am 13./14. Februar 1945 völlig sinnlos in der Feuerhölle von Dresden. Ungeachtet der

politisch festgezurrtten Gesamtopferzahl von „höchstens 25.000“ gibt es seriöse Schätzungen, die auf ein Mehrfaches dieser Menge hindeuten. Am 23./24. Februar 1945 verschwand die badische Fachwerk-Idylle Pforzheim von der Landkarte. 17.600 unschuldige Einwohner verloren ihr Leben im Feuerregen. „Pforzheim zerkochte zu Lava, als hätten die Zyklopfäuste anderer Erdzeitalter zugeschlagen“ (Jörg Friedrich).

Die US-Luftstreitkräfte ließen sich von den Massakern inspirieren. Am 12. März 1945 richteten sie im vorpommerschen Ostseehafen Swinemünde bei einem „Verkehrsangriff auf Rangierbahnhöfe“ (Annalen der 8. US-Flotte) ein Blutbad an, dem möglicherweise bis zu 23.000 Menschen, vor allem Flüchtlinge aus Ost- und Westpreußen, zum Opfer fielen.

## Verstoß gegen das Völkerrecht

Symbolfigur des britischen Terrorluftkriegs war der Oberbefehlshaber des Bomber Command Marshal of the Royal Air Force Arthur Harris, der in Königsberg eines seiner brutalsten „Meisterwerke“ ablieferte. Er war ein Offizier nach dem Geschmack Churchills. Fanatischen Dienstleister und das rassistische Flair eines „Kolonialherrn“ offenbarte Harris 1922 als Kommandeur einer Transportstaffel im heutigen Irak. Die Besatzungen ließ er Sprengbomben auf Aufständische abwerfen: „Araber und Kurden lernen jetzt, wie man in dreißig Minuten ein ganzes Dorf auslöschen kann.“ Hinzu kam sein eliminatorischer Hass auf „Boches“. Anfang 1942 gab er die Richtung vor: „Wir müssen noch viele Boches umbringen, bevor wir diesen Krieg gewinnen.“

1946 inszenierte sich dieser Menschenverächter als Wohltäter: „Trotz allem, was in Hamburg geschah, erwies sich das Flächenbombardement als vergleichsweise humane Methode.“ Harris' eigenwillige Logik: Die aus der Luft gemeuchelten Zivilisten hätten, anders als bei der britischen Seeblockade des Ersten Weltkriegs, nicht lange leiden müssen. Seine gekünstelte Rechtfertigungsprosa verschweigt die Untauglichkeit des Morale-Bombing-Konzepts. Weder Zivilisten noch kämpfende Soldaten ließen sich dadurch kriegsentscheidend entmutigen. Anders als Präzisionsangriffe der US-Luftstreitkräfte trug das britische Flächenbombardement kaum zur deutschen Kapitulation bei.

Die Frage nach humanitärem Kriegsvölkerrecht wies Harris 1946 zurück. War der Doppelangriff auf Königsberg kriegsrechtlich erlaubt? Dafür könnte sprechen, dass die Vertragsstaaten der Haager Landkriegsordnung von 1899/1907 (HLKO) über taktische Luftunterstützung an der Front, jedoch nicht über – damals unrealistische – strategische Bomberoperationen im Hinterland debattiert hatten. Allerdings ist das Gesetz „klüger als der Gesetzgeber“ (Gustav Radbruch, Rechtsphilosoph und SPD-Reichsjustizminister 1921/23). Die Auslegung einer Rechtsnorm verlangt den Rückgriff auf Sinn und Zweck dieser Norm. Sinnvoll anwenden lässt sich die HLKO nur im Lichte ihrer Zivilschutzidee. Daraus folgt, dass die vom Wortlaut in etwa passenden Artikel 23 b und g, 25 und 27 HLKO die Vernichtungsangriffe auf Königsberg, Hamburg und Dresden tatsächlich verboten haben.

● Dr. Björn Schumacher ist Jurist und Publizist mit den Schwerpunkten Völkerrecht, neuere Geschichte sowie Rechts- und Staatsphilosophie.

## Marshalls of the Royal Air Force



**Hugh Trenchard**, der „Father of the RAF“, gilt als Verfechter strategischer Bombardements, die auf des Gegners Infrastruktur statt auf dessen Truppen zielen.



**Charles Portal** war vom Oktober 1940 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs als Chef des Luftstabs Oberbefehlshaber der britischen Luftstreitkräfte.



**Arthur Harris** war von Februar 1942 bis September 1945 Oberbefehlshaber des RAF Bomber Command. In London ist ihm ein Denkmal gewidmet.

VON JOANA COTAR

Die Digitalisierung prägt unsere Zeit wie kaum eine andere Entwicklung. Sie revolutioniert Wirtschaft, Gesellschaft und unser tägliches Leben. Als führende Industrienation steht Deutschland vor der Herausforderung, diesen digitalen Wandel aktiv zu gestalten. Denn die Digitalisierung bietet enorme Chancen für wirtschaftliches Wachstum und Innovation. Doch Deutschland nutzt diese Chancen seit Jahren nicht annähernd aus. Im Jahr 2023 wurden hier lediglich knapp unter 2500 Start-ups gegründet, fast fünf Prozent weniger als im Vorjahr. Gleichzeitig hinkt der gesamte Mittelstand bei der Digitalisierung deutlich hinterher.

Der Blick auf die digitale Infrastruktur als Fundament jeder erfolgreichen Digitalisierungsstrategie offenbart die Gründe des Versagens: Trotz zahlreicher Ankündigungen und Initiativen hat Deutschland im internationalen Vergleich den Anschluss verpasst. So sind bundesweit nur etwa 190 Dörfer vollständig mit Glasfaseranschlüssen versorgt. Dies bedeutet, dass der Großteil der ländlichen Bevölkerung keinen Zugang zu schnellem Internet hat.

#### Rückstände auf allen Ebenen

Die Folgen sind gravierend: Sie reichen von der eingeschränkten Teilhabe am digitalen Leben bis hin zu Nachteilen für lokale Unternehmen und dem damit verbundenen Risiko der Landflucht. Auch beim Ausbau des 5G-Netzes liegt Deutschland zurück. Gerade außerhalb der Ballungszentren fühlt man sich oft in die 90er Jahre zurückversetzt.

Um die Missstände zu beheben, muss der Breitband- und 5G-Ausbau daher deutlich beschleunigt und dabei insbesondere der ländliche Raum in den Fokus genommen werden. Dazu gehören eine Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für den Netzausbau, die Schaffung von steuerlichen Anreizen für Telekommunikationsunternehmen, die in unterversorgte Gebiete investieren, und die stärkere Berücksichtigung alternativer Technologien wie Satelliteninternet für schwer zu erschließende Regionen.

Um die digitale Wirtschaft und Innovation in Deutschland zu fördern, müssen wir auch die Ausbildung im digitalen Bereich stärken, etwa durch eine Ausweitung der Studienplätze in IT-Fächern. Vieles ist hier seit Jahren in Planung, wenig davon auch nur ansatzweise umgesetzt und in der Realität spürbar.

#### Keine Verbesserungen in Sicht

Benötigt wird zudem eine moderne digitale Verwaltung. Sie ist ein wichtiger Standortfaktor und trägt wesentlich zur Effizienz und Bürgerfreundlichkeit des Staates bei. Doch auch hier zeigt sich in Deutschland ein peinlicher Rückstand. So warten Unternehmen bisher vergebens auf die Einführung einer „digitalen Unternehmensgründung“ mit minimaler Bürokratie. Und dies, obwohl das Onlinezugangsgesetz vorsah, dass bis Ende 2022 alle Verwaltungsleistungen digital angeboten werden sollten. Doch Anfang 2024 war erst ein Bruchteil davon verwirklicht: Nur 153 Verwaltungsdienste sind bundesweit online verfügbar. Damit liegt die Umsetzungsquote bei mageren 26,6 Prozent. Dies ist nicht nur ein Ärgernis für Bürger und Unternehmen, sondern auch ein erheblicher Wettbewerbsnachteil im internationalen Vergleich.

Auch der jüngste Beschluss zum Onlinezugangsgesetz hat leider keine wesentliche Verbesserung gebracht. Die Länder sind weiterhin nicht dazu verpflichtet, einheitliche Standards einzuführen, was eine Ende-zu-Ende-Digitalisierung unmöglich macht. Die Bundesregierung hat lediglich den IT-Planungsrat gebeten, seine Arbeitsweise transparenter zu gestalten, ohne jedoch konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Dies bedeutet, dass IT-Architekturentscheidungen, die langfristige Auswir-



Symbol für das digitale Jammertal: Der Rückstand beim Breitband- und 5G-Ausbau

Foto: shutterstock/Edge Creative

#### DEBATTE

## Deutschland im digitalen Jammertal

Obwohl sich die Ampelregierung „mehr Fortschritt wagen“ auf die Fahnen geschrieben hatte, droht unser Land bei zahlreichen Schlüsseltechnologien den Anschluss zu verlieren. Eine Bestandsaufnahme

kungen haben, weiterhin in nicht-öffentlichen Gremien verhandelt werden – die Betroffenen werden nicht gehört.

Eine neue Klausel, die es den Ländern ermöglicht, von den Vorgaben des Bundes abzuweichen, ist sogar ein Rückschritt. Denn sie bedeutet, dass die Länder ihre eigenen Interessen über die Bedürfnisse der Bürger und Unternehmen stellen können, ohne dass es eine Möglichkeit gibt, dies zu überprüfen oder zu korrigieren. Insgesamt zeigt sich, dass die Bundesregierung bisher nicht fähig war, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um Deutschland auf den Weg zu einer modernen, digitalen Verwaltung zu bringen.

Entscheidend für unsere Gesellschaft ist zudem die Vermittlung digitaler Kompetenzen an alle Bürger des Landes. Doch auch hier zeigt sich in Deutschland ein erheblicher Nachholbedarf. Trotz des „DigitalPakt Schule“ sind viele Bildungseinrichtungen im Land nach wie vor unzureichend ausgestattet. Um die digitale Bildung in Deutschland zu verbessern, brauchen wir eine flächendeckende Ausstattung aller Schulen mit moderner IT-Infrastruktur und schnellem Internet. Zudem müssen wir verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte im Bereich digitale Medien und Methoden einführen, digitale Kompetenzen in alle Fächer und Lehrpläne integrieren sowie IT-Projekte an Schulen fördern. Auch an den Hochschulen müssen wir den Ausbau von Studiengängen im Bereich Digitalisierung und KI vorantreiben.

#### Das Bitcoin-Drama

Deutlich wird das Versagen der Bundesregierung im Bereich der Digitalpolitik auch am Umgang mit der Digitalwährung Bitcoin. Bis heute wurde keine kohärente nationale Bitcoin-Strategie entwickelt. Stattdessen hat der kürzlich erfolgte „Notverkauf“ von 50.000 Bitcoin durch das Land Sachsen international Erstaunen ausgelöst. Er ist symptomatisch für die Ferne der politisch Verantwortlichen von Realitäten und Chancen der digitalen Welt. Nach aktuellem Stand ist durch die

überhastete Veräußerung seit dem 19. Juni dieses Jahres ein Wertverlust von aktuell rund 120 Millionen Euro entstanden.

Statt Bitcoin als strategische Reserve zu halten oder innovative Wege zu finden, um das Potential dieser Technologie zu nutzen, hat das Land Sachsen in einem Akt der Kurzsichtigkeit potentiell Milliarden an zukünftigem Wert verschenkt. Und offensichtlich scheinen die kritischen internationalen Reaktionen bisher kein Umdenken ausgelöst zu haben. Während Länder wie El Salvador Bitcoin sogar als gesetzliches Zahlungsmittel einführen und damit beachtliche Erfolge im Tourismus- und Investitionsbereich erzielen, verschläft Deutschland diese Entwicklung komplett. Die Chancen, die sich durch die Integration von Bitcoin in unser Finanzsystem und unsere Wirtschaft ergeben könnten, werden einfach ignoriert. Dabei zeigen die langfristige Entwicklung und auch die fortschreitende Erholung des Kurses nach dem jüngsten Börsen-crash, wie stabil Bitcoin ist.

#### Schlüsseltechnologie KI

Um diese Situation zu verbessern, brauchen wir einen proaktiven und zukunftsorientierten Umgang der Politik mit Bitcoin. Die Gründung einer Parlamentariergruppe im Bundestag und eines Bitcoin-Beirats im Bundeskanzleramt, die sich mit einer umfassenden nationalen Strategie für den Umgang mit Bitcoin befassen, wären wichtige erste Schritte. Und die Einführung von Steueranreizen für „Bitcoin-Mining“ mit Erneuerbaren Energien und weiteren Anslusstechnologien könnte Deutschland zu einem Vorreiter in diesem Bereich machen. Nicht zuletzt sollte die Bundesregierung die Möglichkeit prüfen, einen Teil der Staatsreserven in Bitcoin anzulegen, um sich gegen Inflationsrisiken abzusichern und von potentiellen Wertsteigerungen zu profitieren. Auch Partnerschaften mit Bitcoin-Innovationsstandorten wie der Stadt Lugano in der Schweiz wären wünschenswert. Um mehr Verständnis für Bitcoin bei den Abgeordneten zu schaffen, habe ich dazu

bereits vor rund einem Jahr die partei-unabhängige Initiative „Bitcoin im Bundestag“ (bitcoin-im-bundestag.de) ins Leben gerufen.

Aber immerhin gibt es auch erste Lichtblicke: Im Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI) könnte sich Deutschland an einem Wendepunkt befinden. Das bestätigte auch der jüngste Bericht der OECD. Die deutsche KI-Forschung schneidet durchweg gut ab. Dennoch kommt KI in der deutschen Wirtschaft bisher nur langsam an. Hemmnisse sind – wie so oft – die Regulierungen und Unsicherheiten bezüglich der Einhaltung von Datenschutzvorschriften. Hier muss die Bundesregierung nachjustieren.

Gleiches gilt bei Investitionen in KI-Start-ups. Deutschland hinkt, gemessen an den Pro-Kopf-Investitionen in KI, den USA um den Faktor 10 hinterher. Steuervergünstigungen und Kooperationsprogramme können hier Abhilfe schaffen. Besonders wichtig sind die Koordination und Bereitstellung adäquater Ressourcen auf höchster politischer Ebene und ein positiver Umgang mit dem Thema – wir dürfen nicht immer nur die Risiken, sondern müssen auch die Chancen sehen. Denn die KI ist die Technologie unserer Zeit.

#### Beschränkung der Meinungsfreiheit

Eine der wohl besorgniserregendsten Entwicklungen der deutschen Politik betrifft die zunehmende Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit im digitalen Raum. Unter dem Vorwand der Bekämpfung von sogenannter Hassrede und angeblicher Desinformation werden immer restriktivere Gesetze und Regulierungen eingeführt, die die Grundrechte der Bürger gefährden. Neben Nancy Faesers offenem Vorgehen gegen einzelne Publikationen beobachten wir den Ausbau von Meldeportalen und anderen Maßnahmen, die kritische Stimmen bereits unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit zum Verstummen bringen sollen.

Auch das immer strengere Vorgehen gegen unabhängige Plattformen und die Androhungen von hohen Geldstrafen bei

„zu freier“ Rede verbieten sich eigentlich für Demokratien. Artikel 5 GG lautet: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.“ Diesen Satz muss sich unsere Regierung immer wieder vor Augen halten.

Die digitalpolitische Situation in Deutschland ist leider insgesamt alarmierend. In nahezu allen Bereichen – von der digitalen Infrastruktur über die digitale Bildung bis hin zur Verwaltung und dem Umgang mit Bitcoin – versagen unsere Regierenden. Es muss aber endlich effektiv gehandelt werden, sonst berauben wir uns selbst unserer Chancen und verlieren als Land noch mehr an industrieller und wirtschaftlicher Relevanz. Es ist daher an der Zeit, dass wir uns von den Fesseln übermäßiger Bürokratie befreien und einen neuen Weg einschlagen, der Freiheit, Innovation und Wachstum fördert.

#### Das Potential ist vorhanden

Wir müssen die Hürden beseitigen, die kreative Unternehmer und hart arbeitende Bürger behindern, indem wir Steuern reduzieren, unsinnige Vorschriften und Verbote aufheben sowie Beschränkungen kippen, die lediglich überflüssige Behörden beschäftigen, ohne dabei einen gesellschaftlichen Mehrwert zu bieten.

Die Herausforderungen sind groß, aber die Chancen sind es auch. Deutschland hat das Potential, eine führende Rolle in der digitalen Welt einzunehmen. Wir verfügen über hervorragende Universitäten, innovative Unternehmen und eine starke Tradition des Ingenieurwesens – noch sind die meisten Leistungsträger nicht ausgewandert – aber was uns fehlt, ist der politische Wille und der Mut, die notwendigen Veränderungen anzugehen. Hier gilt es mit Nachdruck anzusetzen.

● **Joana Cotar** ist seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags (parteilos) und gehört dort unter anderem dem Ausschuss Digitale Agenda an.  
**www.joanacotar.de**



## KINDERFREIZEIT OSTERODE

# Aktiv, kreativ und erfüllt

20 junge Teilnehmer der Deutschen Minderheit absolvierten ein abwechslungsreiches Programm

VON UWE HAHNKAMP

Seit einigen Jahren veranstaltet der Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM) für Kinder im Alter von neun bis zwölf Jahren jedes Jahr eine Sommerferienwerkstatt. Vom 22. Juli bis zum 1. August waren dieses Jahr 20 junge Menschen aus den im Verband zusammengeschlossenen Vereinen in Osterode zur Sommerwerkstatt mit Deutschunterricht zu Gast.

Der Titel des Projekts „Sommerwerkstatt mit Deutschunterricht“ zeigte bereits deutlich, dass der tägliche Unterricht in der Muttersprache der Eltern oder Großeltern Kernpunkt der Veranstaltung sein sollte. Deswegen war wie in den Vorjahren auch das Deutsche Haus der Gesellschaft der deutschen Minderheit „Tannen“ in Osterode Zentrale aller Unternehmungen. Schließlich steht dort ein gut ausgestatteter Raum für Deutschunterricht zur Verfügung. Die spielerischen Lerneinheiten leitete Anna Laskowska von den „Tannen“, die mit dem Eifer der jungen Schüler sehr zufrieden war. Ergebnis des Lernens waren unter anderem zwei Lieder, darunter das bekannte „Drei Chinesen mit dem Kontrabass“, zum Üben der deutschen Vokale.

### Ausflüge, Strand und Handarbeiten

Diese Lieder und die bei einer künstlerischen Veranstaltung im Rahmen des Projekts entstandenen Plakate präsentierte die gesamte Gruppe beim Abschiedsabend im Garten hinter dem Deutschen Haus. Dort in der Laube übernahm später der Vizevorsitzende der „Tannen“, Wiesław Kichmeister, das Grillen und damit die Sorge um das leibliche Wohl der Teilnehmer. Die Gesamtleitung der Werkstatt lag wie stets in den Händen von Heinrich Hoch, dem Vorsitzenden der Gesellschaft „Tannen“ und des VdGEM, der mit seinen Mitarbeiterinnen ein vielfältiges Programm auf die Beine gestellt hatte. Er haderte lediglich ein wenig mit



Mit Freude dabei: Eine der jungen Teilnehmerinnen als bunter Engel

Foto: U.H.

dem Wetter. „Wenigstens zum Abschluss ist es sonnig und warm. Die ersten Tage waren so durchwachsen, dass wir oft nicht wussten, ob wir am nächsten Tag an den Strand gehen können“, seufzte er beim Abschlussabend.

Das galt jedoch nicht für die zwei größeren Ausflüge für die jungen Menschen. Einer ging nach Danzig, wo unter der Leitung von Hoch die Besichtigung von Altstadt und Westerplatte sowie ein Trip ans Meer anstanden. Und wie immer gehörte auch eine Fahrt zum Museum der Schlacht von Grunwald und zum Freilichtmuseum in Hohenstein zum Programm. Die Kinder waren so beeindruckt, dass sie die Schlacht von 1410 im Internat, in dem sie untergebracht waren, noch einmal nachstellten – aber fair ohne Verlierer.

Wettertechnisch war es schwieriger bei den lokalen Freiluft-Aktivitäten wie Strand, Freizeitpark, Stadtbesichtigung

und Go-Karts fahren. Dabei war das Hindernis beim letzten Punkt eher ungewöhnlich, aber positiv, denn die Reggae-Hauptstadt Polens Osterode hatte am letzten Juli-Wochenende zum jährlichen Festival eingeladen, sodass die positiven Schwingungen der Musik auch den Kindern der Deutschen Minderheit zugute kamen. Diese Energie war selbst am Abschiedsabend noch zu spüren. Unermüdlich bis zum letzten Augenblick, wie es sonst eher bei der regelmäßig im November von der Landsmannschaft Ostpreußen organisierten Tanzwerkstatt zu sehen ist, wo selbst in den Pausen gelaufen, gespielt und geübt wird.

### Musikalische Rhythmen und Disziplin

Erstaunlich, dass dabei die Disziplin nicht auf der Strecke blieb. Michalina Homziak, die leitende Betreuerin der wilden Bande,

war denn auch positiv beeindruckt von ihren Schützlingen: „Die Kinder sind super, die Arbeit mit ihnen ist richtig toll. Und das heißt etwas, denn ich arbeite als Lehrerin auch im Alltag mit Kindern.“ Die üblichen Attacken von Heimweh zu Beginn waren schnell vorbei, wie sie beobachten konnte: „Es ist eher so, dass mit jedem Tag, den der Abschied näher kommt, sie weniger nach Hause wollen. Sie würden gerne bleiben, und ich sehe das als großes Lob, dass unsere Arbeit von den Kindern geschätzt wird.“

Teilnehmer und Organisatoren schätzen auf jeden Fall die finanzielle Unterstützung vom polnischen Ministerium für Inneres und Verwaltung sowie vom deutschen Bundesministerium des Inneren und für Heimat über den Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen in Oppeln, welche die Sommerferienwerkstatt ermöglicht hat.

## ALLENSTEIN

# Straßenbahnlinien außer Betrieb

Zehn Jahre alte Asphaltdecke muss erneuert werden – Modernisierungsprogramm gestartet

In Allenstein ist eine große Renovierung der Straßenbahngleise im Gange. Die Arbeiten konzentrieren sich auf die Kreuzung von Sikorskiego- und Tuwimastraße. Die Sanierung hat die Einstellung von drei Straßenbahnlinien zur Folge. Die Kreuzung ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt in der Stadt, an dem sehr viele Autos vorbeifahren und an der sich das Einkaufszentrum Ermländische Galerie (Galeria Warmińska) befindet. Sie ist ein wichtiger Kreuzungsbereich für den Verkehr zwischen dem Stadtzentrum und Jomendorf, einem Vorort von Allenstein, sowie für den Verkehr in Richtung der Ausfahrt nach Warschau.

Durch die Kreuzung verläuft auch eine Straßenbahnlinie, die in Richtung Universität abzweigt. Das ist die Strecke, die im Rahmen der ersten Phase des Straßenbahnnetzes gebaut wurde. Wie sich herausstellte, ist sie nach zehn Jahren Be-

trieb modernisierungsbedürftig. „Der Grund für die Erneuerung ist die Verschlechterung der Asphaltdecke an der

Einmündung der Tuwimastraße“, sagte Mariusz Makówka, Sprecher der Allensteiner Verkehrsbetriebe. Der Belag wer-



Für jeglichen Verkehr gesperrt: Kreuzung in Allenstein

Foto: D.K.

de erneuert, ohne jedoch die Schienen zu beeinträchtigen. Es werde ein Betonbelag bis zur Höhe des Schienenkopfes verwendet, fügte Makówka hinzu.

Die Renovierungsmaßnahmen werden etwa einen Monat in Anspruch nehmen. Die Arbeiten wurden bewusst während der Schul- und Universitätsferien durchgeführt, da in dieser Zeit weniger Verkehr herrscht. Dennoch werden die Reparaturen am Gleisbett zu Beeinträchtigungen für Autofahrer und Fahrgäste öffentlicher Verkehrsmittel führen. Die drei durch das Gebiet verlaufenden Straßenbahnlinien 1, 2 und 3 wurden eingestellt, dafür wurde ein Bus-Ersatzverkehr eingerichtet, deren Linienführung so weit wie möglich der der Straßenbahnen entspricht, wobei jedoch nicht alle Haltestellen bedient werden. Die Reparaturkosten belaufen umgerechnet auf etwa 233.000 Euro.

Dawid Kazański

## MELDUNGEN

# Große Pläne für Labiau

**Labiau** – In Labiau sind umfangreiche Baumaßnahmen im Gebiet der Deime und des Großen Friedrichsgrabens geplant. Im Zentrum sind neu gestaltete Grünanlagen vorgesehen, welche die vorhandene Stadtarchitektur einrahmen und dennoch einen freien Blick aufs Wasser gewähren soll. Außerdem soll ein neues Fitness- und Erholungszentrum gebaut werden. Am alten Leuchtturm im nahen Rinderort, der bereits wieder instandgesetzt wurde, soll ein Bootsanleger für Mini-Yachten und Schiffe errichtet werden, um den Wassertourismus zu fördern. Die städtischen Behörden haben die Ausschreibung für die Arbeiten am Landschaftsbauprojekt „Verbesserung des Deimeflusses“ für den Herbst angesetzt. Der Beginn der Arbeiten im Stadtzentrum ist für nächstes Jahr geplant, weitere Verschönerungsprojekte befinden sich noch in der Entwicklungsphase. Deren Umsetzung ist für die Jahre 2024 bis 2027 geplant. MRK

# Führungen durch Lötzen

**Lötzen** – Für alle, die Lötzen genauer kennenlernen möchten, gibt es in diesem Sommer ein Angebot der Lokalen Touristischen Organisation Masuren: Eine Stadtbesichtigung mit einem Führer. Es richtet sich an Freunde der Geschichte, Touristen und weitere Interessierte, aber besonders auch an Einwohner, welche die Geheimnisse ihrer Stadt entdecken wollen. Die Ausflüge werden in den Sommerferien an jedem Dienstag und Donnerstag organisiert. Dienstags führt der Reiseführer seine Gäste von 11 Uhr bis 13,30 Uhr durch die Stadt und von 16 Uhr bis 18,30 Uhr durch die Feste Boyen, donnerstags ist die Reihenfolge andersherum. Treffpunkt ist jedes Mal die Drehbrücke im Herzen der Stadt. Die Touren selbst sind kostenfrei, Teilnehmer tragen aber eventuelle Kosten für Eintritte in einige Bauwerke selbst. U.H.

# Museum im Umbruch

**Ortelsburg/Allenstein** – Wichtige Änderungen stehen beim Museum von Ermland und Masuren im Raum. Zum einen soll das zu ihm gehörende Masurische Museum in Ortelsburg einen neuen Sitz erhalten. Es zieht vom Rathaus in ein Gebäude in der Kasprovicz-Straße. Die Anpassung des Baus wird umgerechnet etwa 2,8 Millionen Euro kosten und bis 2027 dauern. Für die Vorbereitung der Dokumentation, die zu einem Antrag auf Finanzmittel des Europäischen Fonds für Ermland und Masuren nötig ist, bewilligte die Selbstverwaltung der Woiwodschaft jetzt etwa 95.000 Euro. Renoviert wird auch das Haus der „Gazeta Olsztyńska“, die Filiale des Museums am Fischmarkt in Allenstein. Erneuert werden dort die Räume des vor Kurzem geschlossenen Buchladens im Erdgeschoss. Dort wird dann der Verein „Areszt Sztuki“ (Kunst-Arrest), eine der größten Künstlervereinigungen der Woiwodschaft, seinen Sitz haben. U.H.



ZUM 101 GEBURTSTAG

Rosslan, Erich, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 28. August

ZUM 100. GEBURTSTAG

Baumgardt, Werner, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 25. August  
Sander, Hildegard, geb. Goerke, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 29. August  
ZUM 98. GEBURTSTAG  
Libuda, Christel, geb. Steinert, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 26. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Beuck, Lucie, geb. Bojahr, aus Pothethen, Kreis Fischhausen, am 24. August  
Denda, Willi, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, am 27. August  
Köper, Elise, geb. Albers, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 26. August  
Mertens, Ursel, geb. Sarzio, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 24. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kalisch, Oskar, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 26. August  
Litzbarski, Elly, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 25. August  
Mrozek, Käthe, geb. Steinat, aus Ebenrode, am 23. August  
Schützhold, Herta, geb. Stomber, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 26. August  
Tacke, Gertraud, geb. Rogalski, aus Rohrdorf, Kreis Ortelsburg, am 26. August  
Werner, Irmgard, geb. Quednau, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 27. August  
Wickenberg, Traude, geb. Abrams, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 29. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bünger, Renate, geb. Boguschewsk, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 23. August

Krajewski, Bruno, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 27. August  
Langer, Irmgard, geb. Bilda, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 25. August  
Neumann, Gerhard, aus Ebenrode, am 28. August  
Podbielski, Erich, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 25. August  
Schacht, Gerda, geb. Schönsee, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 29. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Grabosch, Charlotte, aus Ortelsburg, am 29. August  
Marenski, Ortulf, aus Ortelsburg, am 29. August  
Molsich, Hildegard, geb. Klossek, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 24. August  
Possoch, Irmtraud, geb. Kukulies, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 24. August  
Sadlowski, Kurt, aus Wehrberg, Kreis Ortelsburg, am 28. August  
Schudy, Karl-Heinz, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 24. August  
Zielenski, Eduard, aus Omulehofen, Kreis Neidenburg, am 25. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Fleischer, Eva, geb. Kallweit, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 25. August  
Hartwich, Erich, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 29. August  
Henke, Gerda, geb. Böhnert, aus Klogehnen, Kreis Mohrunen, am 29. August  
Jahn, Gertrud, geb. Symanzik, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 29. August  
Jera, Manfred, aus Treuburg, am 29. August  
Kirchbach, Evelin, aus Allenstein, am 25. August  
Schuff, Eva, geb. Szielasko, aus Treuburg, am 28. August  
Tack, Eva, geb. Melchien, aus Worschienen, Kreis Preußisch Eylau, am 27. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Forbig, Dr. Irmgard, geb. Sdunkowski, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 25. August  
Groll, Gerhard, aus Spallwitten, Kreis Fischhausen, am 24. August  
Kägebein, Christel, geb. Schüfeule, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 27. August  
Kowalzik, Brunhilde, geb. Kowalzik, aus Gutten, Kreis Treuburg, am 26. August  
Krieg, Veronika, geb. Böhm, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 24. August

Materna, Gisela, geb. Jorkowski, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 25. August  
Petrick, Lothar, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 24. August  
Ramm, Ursula, geb. Kraft, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 24. August  
Schwarz, Marlene, geb. Dingenthal, aus Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 27. August  
Weiss, Margarete, geb. Oberüber, aus Walden, Kreis Lyck, am 25. August  
Würzebesser, Helga, geb. Sakautzki, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 25. August  
Zinnall, Werner, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 24. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Biallas, Hans, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 27. August  
Deyda, Dieter, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 23. August  
Friedemann, Ingetraut, geb. Wollmann, aus Sarken, Kreis Lyck, am 25. August  
Harke, Alfred, aus Zöpel, Kreis Mohrunen, am 27. August  
Krämer, Erwin, aus Gauleiden, Kreis Wehlau, am 27. August  
Kunkel, Manfred, aus Karnitten, Kreis Mohrunen, am 27. August  
Michalzik, Manfred, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 25. August  
Plath, Brigitte, geb. Ziesmann, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 24. August  
Schaak, Karl-Heinz, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 28. August  
Ulze, Elly, geb. Sebrovski, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. August  
Weber, Irmgard, geb. Sebrovski, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dangeleit, Heinz, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 24. August  
Grewinski, Gerhard, aus Geigenau, Kreis Lyck, am 26. August  
Hölter-Genée, Ruth, geb. Genée, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 25. August  
Joachim, Friedhelm, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 29. August  
Jung, Erika, geb. Kopatz, aus Schobensee, Kreis Ortelsburg, am 25. August  
Michalzik, Günther, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 25. August  
Michalzik, Klaus, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 25. August

Nicklaus, Margot, geb. Czayka, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 27. August  
Nowotzin, Horst, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 23. August  
Poschmann, Artur, aus Böttchersdorf, Kreis Bartenstein, am 29. August  
Purwin, Günter, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 27. August  
Sadowski, Willi, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 27. August  
Schimmelpfenning, Günter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. August  
Schlachter, Margarete, geb. Wittenberg, aus Sanglienien, Kreis Fischhausen, am 25. August  
Schröter, Klaus, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 26. August  
Seibert, Irmtraud, geb. Patschewitz, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. August  
Wilkins, Hildegard, geb. Grenz, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 28. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ammermann, Erika, geb. Gedenk, aus Tannenhöhe, Kreis Elchniederung, am 28. August  
Becker, Adelheid, geb. Borchert, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 27. August  
Hiege, Sabine, geb. Stephan, aus Wehlau, am 27. August  
Mahlau, Werner, aus Weinsdorf, Kreis Mohrunen, am 26. August  
Rahner, Irene, geb. Kayka, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 26. August  
Rolauf, Hannelore, geb. Römer, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 26. August  
Thomaser, Inge, geb. Galla, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 27. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Feller, Erika, geb. Matiszik, aus Glinken, Kreis Lyck, am 23. August  
Heede, Anita, geb. Lemke, aus Lötzen, am 25. August  
Koyro, Paul H. aus Radzien, Kreis Lötzen, am 28. August  
Schmischke, Hartmut, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. August  
Tacke, Leoni, geb. Thiel, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 23. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Baar, Herbert, aus Drenken, Kreis Mohrunen, am 29. August  
Irro, Irmgard, geb. Loch, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 24. August  
Slopianka, Erich, aus Ortelsburg, am 26. August



Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt  
7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt  
1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)  
2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)

2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

**Auskünfte:** Landsmannschaft Ostpreußen – Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Bund der Vertriebenen Wetzlar - Terminankündigung

Der Bund der Vertriebenen (BdV) Wetzlar richtet auch in diesem Jahr den Tag der Heimat aus. Am Sonntag, den 22. September, sind Sie herzlich eingeladen in die Stadthalle nach Wetzlar (Brühlsbachstraße 2). Eintritt frei. Unter dem Leitmotiv „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“ startet der Tag der Heimat um 14 Uhr. Einlass ist bereits ab 13 Uhr.

Die Festansprache hält der Hessische Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck. Das Festprogramm wird gestaltet von den Egerländer Maderln und Freunden, dem Erk'schen Männergesangsverein von 1841, der Volkstanzgruppe der Siebenbürger Sachsen Mittelhessen, der Gesangsgruppe „Stimme der Hoffnung“ und dem Vorstand des BdV.



Kulturzentrum Ostpreußen

Joachim Rágóczy – Samlandansichten

Das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen präsentiert vom 10. August bis zum 3. November die Ausstellung „Joachim Rágóczy – Samlandansichten“. Darin werden der Öffentlichkeit erstmals 29 Zeichnungen, Aquarelle und meisterhafte Holzschnitte gezeigt, die in den 1920er und 1930er Jahren in Ostpreußen entstanden.

halt als Bibliothekar. Joachim Rágóczy starb am 21. Juni 1975 in Berlin. Lange blieb sein Oeuvre nahezu unbekannt. Erst seit den späten 1980er Jahren wird es zunehmend erschlossen.

Die Werke, die im Kulturzentrum Ostpreußen zu sehen sind, stammen aus Rágóczys Nachlass. Sein Schaffen war stark von den Kunstströmungen der Weimarer Republik geprägt. Rágóczys lebendige Zeichnungen können als Momentaufnahmen betrachtet werden, die das einfache Leben der samländischen Küstenbewohner aus der distanzierten Perspektive eines Großstadtmenschen, dokumentieren. In den Zeichnungen und Aquarellen kommen teils leuchtende Farben und ausdrucksstarke Gestaltungsweisen zum Einsatz. Einige erinnern dabei an sein Vorbild Edvard Munch, aber auch an Kunstschafter wie Käthe Kollwitz. Rágóczys Fokus liegt häufig auf den von harter Arbeit gezeichneten Gesichtern der Samländer. Andere seiner Werke zeigen die Kähne am Kurischen Haff.

Alle gezeigten Zeichnungen, Aquarelle und Holzschnitte Rágóczys sind durch eine technische Meisterhaftigkeit ausgezeichnet.



FOTO: KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN

Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer  
Dr. Sebastian Husen  
Buchstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

**Bremen**

**Vorsitzender:** Heinrich Lohmann,  
**Geschäftsstelle:** Parkstraße 4,  
28209 Bremen, E-Mail:  
heinrichlohmnn@gmx.de,  
Telefon (0421) 3469718

**Sommerausklang mit Beetenbartsch**  
Wir laden Sie herzlich ein zu unserem Sommerausklang mit einem Kant-Vortrag und dem traditionellen und jahreszeitlich passenden Gericht Beetenbartsch. Der Inhaber des „Lesumer Hof“, Oberreihe 8, 28717 Bremen, hat sich erneut bereitgefunden, uns die ostpreußische Spezialität nach dem Rezept unserer Frau Richter zuzubereiten. Termin: Freitag, 6. September ab 15. Uhr.

Nach der Kaffeetafel (Ein Stück Kuchen mit Sahne und eine Tasse Kaffee/Tee: 6,50 Euro) folgt der Vortrag: „Kennen Sie Kant? – Ein Lebensbild anlässlich seines 300. Geburtstages.“ Dr. Gisela Borchers, Vorsitzende der LOW Gruppe Oldenburg, zeichnet die Biografie Immanuel Kants anhand von Bildern seines Lebens und seiner Heimatstadt Königsberg nach. – Philosophische Aussagen werden nur angedeutet.

Das Beetenbartsch-Essen bildet den kulinarischen Abschluss des Tages. Der Preis dafür beträgt 11,50 Euro.  
Der „Lesumer Hof“ ist mit der Nordwestbahn um 14.19 Uhr ab Bremer Hauptbahnhof bequem zu erreichen. Nach der Ankunft in Bremen-Lesum um 14.32 Uhr haben Sie einen kurzen Fußweg von ca. 300 Metern zum „Lesumer Hof“  
Eine telefonische Anmeldung ist unbedingt erforderlich und bindend, da wir für die Essensbestellung einstehen müssen!  
Bitte melden Sie sich an bei Frau Dagmar Schramm, Telefon: (04298) 698765

**Hamburg**

**Erster Vorsitzender:** Hartmut Klingbeutel,  
**Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Stadtgemeinschaft Königsberg Hamburg - Sonntag, den 1. September, 15. Uhr, (Einlass ab 14:30) „PHILOSOPHISCHES CAFE im HAUS der HEIMAT“, Teilfeld 8 (nahe U-Bahn Rödingsmarkt, S-Bahn Stadthausbrücke, Bus 16+17

Michaeliskirche). Jeden ersten Sonntag im Monat lassen wir uns von IMMANUEL KANT inspirieren... Unterhaltsam und locker bei Kaffee & Kuchen unter Leitung von Gaby Schwarze. Gäste sind willkommen!

**Hessen**

**Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

**Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel**  
Treffpunkt: „Landhaus Meister“, Fuldatalstraße 140, Kassel-Wolfsanger, 15 Uhr: Donnerstag, 5. September „Ernst und Kurzweil“. Lesetexte von Matthias Claudius, Ruth Geede und anderen.

**Mecklenburg-Vorpommern**

**Vorsitzender:** Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

**Landesweiter Tag der Heimat 2024 in Anklam - „Wir waren in Königsberg“**  
Anklam - Am Sonnabend 7. September wird in Anklam der Landesweite Tag der Heimat festlich begangen. Beginn ist um 10 Uhr in der Mehrzweckhalle „Volkshaus“, Baustraße 48-49 (Stadtzentrum / Nähe Markt). Es gibt einen aktuellen Reisebericht aus Königsberg und über die Lage vor Ort. Das

Programm wird vom 1. Pommer-schen Blasorchester Wolgast festlich umrahmt. Am Nachmittag zeigen das Mecklenburg-Pommerner Folklore-Ensemble Ribnitz-Damgarten und der Shantychor Insel Usedom ihr Können. Zu diesem traditionsreichen Heimattreffen sind alle Landsleute aus Pom-mern, Ost- und Westpreußen, Schlesien und dem Sudetenland, aber auch alle Interessenten von nah und fern nebst Angehörigen herzlich eingeladen. Für das leibliche Wohl mit Mittagessen, Kaf-fee, Kuchen und Bärenfang sowie für genügend Parkplätze in der Baustraße ist gesorgt. Erwartet werden 500 Besucher.

**Fahren oder nicht fahren – wir waren in Königsberg!**  
„Fahren oder nicht fahren? Das ist hier die Frage!“ – so stand frei nach Shakespeare in seinem „Hamlet“ unsere geplante Busreise nach Königsberg 2024 gleich mehrfach zur Disposition. 2019 – mithin vor fünf Jahren – sind wir das letzte Mal dort gewesen. Inzwischen ist viel passiert. Kaum endeten die totalen Einschränkungen der drei schlimmen Corona-Jahre, da begann der Konflikt Russlands mit dem Westen um die Ukraine mit nicht weniger heftigen Auswirkungen. Erst ab August 2023 gab es endlich wieder die russischen elektronischen Visa, die man ziemlich leicht per Internet bekommt. So planten wir vom 5. bis 13. Juli 2024 eine Busreise nach Königsberg, zu der sich über 100 Reisegäste anmeldeten. Aber bei der Bezahlung gab es Probleme, weil Banking nur über die Vereinigten Arabischen Emirate möglich ist. Wir bekamen nur wenige Visa und mussten die Busfahrt schweren

Herzens absagen. Weil wir als Veranstalter unsere Visa zuerst zu beantragen hatten, bekamen wir diese doch noch. Sollten wir sie nun ver-fallen lassen? So entschlossen wir – Manfred Schukat, seine beiden Töchter Ute Hartter und Christina Hennig, sowie der Verfasser dieser Zeilen – uns am Sonnabend, dem 5. Juli zu viert privat mit dem Pkw auf den Weg nach Königsberg zu machen. Durch den neuen Swine-tunnel und die Autobahn über Kol-berg und Danzig gelangten wir ziemlich bald zum Grenzübergang Grzechotki-Mamonowo II. Schreck am Nachmittag: mehr als 190 Autos warteten in der langen Schlange vor uns - die ersten am Schlagbaum schon 12 Stunden! Wir bekamen aber freundliche Auskunft und fuhr-n zum kleinen Grenzübergang Bezledy-Bagrationsowsk, wo wir aber auch einige Stunden warten mussten. Sowohl auf polnischer wie auf russischer Seite wurden wir sehr intensiv, aber korrekt und freundlich kontrolliert. Leider ka-men wir erst nachts im Hotel „Bal-tika“ in Königsberg an.

Am Sonntag, nach einem guten Frühstück, führte uns unser erster Weg zur evangelischen Auferste-hungskirche im Westen der Stadt. Dort war gerade Gottesdienst. Wir lernten den neuen Pfarrer Sergej Holzwert kennen und hatten ein frohes Wiedersehen mit Nina und Galja. Am Nachmittag besuchten wir das Krankenhaus der Barmher-zigkeit, wo Manfred Schukats Frau Emmy 1941 geboren wurde. Dort steht seit 1992 ein beeindruckender Gedenkstein für die 1945 um-gekommenen Diakonissen. Zu Fuß wanderten wir über den Schloss-teich zum Kant-Denkmal an der Universität bis zur Domin-sel. Überall pulsierte das Leben, die

Menschen benahmen sich uns ge-genüber auffallend aufgeschlossen und freundlich. Das hässliche Haus der Räte aus Sowjetzeiten ist fast völlig abgerissen. Ein Herzens-wunsch ging mit dem Besuch der Neuen Synagoge gegenüber dem Dom in Erfüllung; zum Andenken gab es eine Kippa aus Samt.  
Am Montag sollte es auf die Ku-rische Nehrung gehen. Doch zuvor brauchten wir noch unbedingt eine Haftpflichtversicherung für das Auto. Das klappte erst nach an-derthalb Stunden und an dritter Stelle. Vor dem Schlagbaum bei Cranz mussten wir über eine Stun-de warten, so groß war der An-drang der Fahrzeuge, die auf die Nehrung wollten. In der Vogelwar-te Rossitten gab es frohes Wieder-sehen mit Mischka, und auch die „Aal-Oma“ neben der Kirche lebte noch und freute sich sehr. Nach einem Bad in der Ostsee ging es noch nach Pillkopen – unsere lie-be „Häkel-Oma“ ist leider gestor-ben. Zum Schluss besuchten wir noch das quirlige Canz, wo viel ge-baut wird. Erst im Dunkeln er-reichten wir das Hotel „Kaiserhof“ in Gumbinnen, wo wir drei Nächte sehr gut untergebracht und ver-sorgt wurden.  
Am Dienstag besuchten wir zu-erst Riedwiese, den Heimatort von Manfred Schukat. Wir fanden die Hofstelle und einige Mauersteine, sonst nichts. Vom Kirchdorf Nie-budschen und dem Amtsdorf Bra-kupönen steht noch einiges. Hier wurden wir schon von Galina Kisil-jowa erwartet. Sie hat in den letzten Jahren viele Exponate aus der Vor-und Nachkriegszeit gesammelt. Be-sonders freut uns, dass dort das

Fortsetzung auf Seite 16

Zusendungen für die Ausgabe 36/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 36/2024 (Erstverkaufstag 6. September) **bis spätestens Dienstag, den 27. August**, an die Redaktion der PAZ:  
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Rätsel

Handels-  
brauch

latei-  
nisch:  
Kreuz

Abk.: In-  
dus-  
trie- u-  
Handels-  
kammer

Lohn  
beim  
Militär

Tennis-  
begriff

Schwarz-  
drossel

Haupt-  
stadt  
Alge-  
riens

gefäl-  
l-süch-  
tig; ein-  
gebildet

ein  
Erdeitel

Erschüt-  
terung  
des  
Bodens

russi-  
sche  
Stadt an  
der Oka

akade-  
mischer  
Grad

schott.  
Stam-  
mes-  
verband

Zitter-  
pappel

Wasser-  
vogel mit  
langem  
Hals

griech.  
Göttin  
der Mor-  
genröte

erzäh-  
lender  
Dichter

wie vor-  
gesehen,  
regulär

baum-  
lose  
Kälte-  
steppe

flüssiges  
Fett

Bundes-  
staat  
der USA

Baum-  
rinde

gelb-  
braune  
Maler-  
farbe

erfolg-  
reiches  
Musik-  
stück

Zier-  
pflanze

Hinder-  
nis beim  
Spring-  
reiten

Gefäng-  
nisraum

Glocken-  
blumen-  
gewächs

jedoch,  
hingegen

Früchte  
ein-  
bringen

eine Spiel-  
karten-  
farbe

US-  
Film-  
star; ...  
Gardner

Fremd-  
wort-  
teil:  
unter

Last-,  
Zugtier

mittel-  
los; be-  
dauer-  
nswert

schlam-  
mig, mo-  
rastig  
(ugs.)

Blut-  
gefäß

ein Indo-  
germane

be-  
teiltigt,  
an-  
wesend

in Geld-  
scheinen  
oder  
Münzen

erhöhen,  
aus-  
zeichnen

Kfz-  
Zeichen  
Lever-  
kufen

flieder-  
blau,  
hell-  
violett

alt-  
ägypti-  
scher  
Gott

Verhält-  
niswort

Pflanze  
mit flei-  
schigen  
Blättern

regsam  
und  
wendig

dt. Kin-  
derbuch-  
autor  
(Michael)

Vulkan  
in der  
östlichen  
Türkei

Begren-  
zung  
einer  
Fläche

alt-römi-  
sche  
Mond-  
göttin

Vorname  
d. Schau-  
spielers  
Connery

8 7 4 9 6 8 9 2 1  
6 8 2 1 9 8 9 2 7  
9 9 1 7 2 7 6 8 8  
1 8 7 7 8 9 6 9 2  
9 6 8 3 1 2 7 7 9  
2 7 9 6 9 2 1 8 8  
7 1 6 8 8 9 2 9 7  
7 2 9 9 7 1 8 8 6  
8 9 8 8 2 7 6 1 9

**Sudoku:**  
nachtragend  
3. Traum, 4. Ausweg, 5. Wendig –  
Kreiskette: 1. Cannes, 2. Tausch,  
6. Lineal – Pappel, Mispel  
3. Hopfen, 4. Pippin, 5. bequiem,  
Diagonalrätsel: 1. Plenum, 2. Laun-  
so ist's richtig:

Knochen-  
fisch mit  
Bartfäden

Musik-  
wett-  
bewerb  
(Abk.)

Ausruf d.  
Freude,  
Lustig-  
keit

Handy-  
Zusatz-  
programm  
(Kzw.)

zu etwas  
taugen  
(sich ...)

von Was-  
ser um-  
gebenes  
Land

franzö-  
sisches  
Adels-  
prädikat

Höhen-  
zug

sehr  
leichte  
Holzart

Kriech-  
tier

stür-  
zende  
Schnee-  
masse

persönl.  
Fürwort  
(erste  
Person)

saloppe  
Umgangs-  
sprache;  
Jargon

Alphabet

luft-  
förmiger  
Stoff

Situation

reißend  
schnell

Enterich

Spalt-  
werk-  
zeug  
für Holz

Klei-  
dungs-  
stück

englisch:  
ja

Kirchen-  
galerie

moderne  
Musik-  
richtung  
(Kzw.)

Fluss z.  
Rhein,  
von der  
Eifel

Innen-  
hof  
(lat.)

Speise-  
fisch,  
Salm

empor-  
klettern  
(Pflan-  
zen)

türki-  
sche  
Hafen-  
stadt

die fünf  
Bücher  
Mosis im  
Judentum

Mutter  
(Kose-  
name)

eine der  
Nordfrie-  
sischen  
Inseln

Künstler  
in Zirkus  
und  
Varieté

schwed.  
Tennis-  
spieler  
(Björn)

zu der  
Zeit,  
während

Fischfett

Kloster-  
vorsteher

Fußglied

Sagen-  
königin  
von  
Sparta

Fleck;  
Zeichen

legendä-  
res We-  
sen im  
Himalaja

Nacht-  
vogel

unnütze,  
wertlose  
Gegen-  
stände

alkoho-  
lisches  
Getränk

Keim-  
zelle

Glied  
einer  
math.  
Formel

Biber-  
ratte

PAZ24\_34

Sudoku

|   |   |   |   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 6 |   |   |   | 7 |   |   |   | 8 |
| 9 |   |   |   |   |   | 6 | 2 |   |
|   |   |   | 2 | 6 | 3 |   |   | 1 |
| 3 | 8 |   |   | 7 |   | 9 |   |   |
| 5 |   |   |   |   |   |   |   | 6 |
|   |   |   |   | 5 |   | 4 |   | 3 |
|   |   |   |   |   |   |   |   | 1 |
|   | 9 |   |   | 2 | 7 | 1 |   |   |
|   | 7 | 6 |   |   |   |   |   | 9 |
| 1 |   |   |   | 9 |   |   |   | 3 |

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Laubbäume.  
1 Vollversammlung  
2 Tiroler Zwergenkönig der Sage  
3 Sprung; alter Tanz  
4 einen kleinen Schluck nehmen  
5 angenehm, passend  
6 Zeichengerät

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeelfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für unversöhnlich.

1 französischer Kurort an der Riviera, 2 Umwechslung, 3 seelischer Schock, 4 rettende Lösung, 5 geschickt; geistig beweglich

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Fortsetzung von Seite 15

Erbe von Edmund und Anna Schmatloch bewahrt wird. Diese lieben Menschen haben uns in den 1990er Jahren wie Verwandte aufgenommen und sind vielen Landsleuten noch gut bekannt. Es war eine innere Pflicht, dass wir anschließend ihre Gräber besuchten. Danach suchten wir das Dorf Seekampen, wo Familie Schukat seit 1730 nachweisbar ist. Durch neue Wirtschaftswege konnte man die zugewachsene Stelle nur noch ahnen. So war die letzte Station Pillkallen (Schlossberg), heute nur noch das Dorf Dobrowolsk. Hierher stammte unser Ehrenmitglied Dr. Karl Nehls aus Anklam. In der Memeler Straße 4 fanden wir tatsächlich noch sein Elternhaus, und der Enkel des Nachkriegsbewohners Wassilij Ljassow konnte sich noch an unsere Besuche vor 30 Jahren erinnern.

Am Mittwoch ging es in das Kirchdorf Kattenau und nach Trakehnen. Dort führte uns eine freundliche Mitarbeiterin namens Ljudmilla durch das kleine Museum im Landstallmeisterhaus. Weiter ging es nach Stallupönen (Ebenro-

de), auch heute noch eine Kreisstadt namens Njesterow. Das ergreifendste Erlebnis der ganzen Reise war dort die Trauerfeier für einen in der Ukraine gefallenen jungen russischen Soldaten. Da war nichts von Heldenjubiläum oder Spannung – unsere Anwesenheit störte niemanden. Sollte unser Auftrag nicht besser lauten „Versöhnung vor den Gräbern“ statt „über den Gräbern“? Ist es nicht umso wichtiger, die zwischenmenschlichen Kontakte nicht abreißen zu lassen, sondern noch mehr zu vertiefen? – Ein kurzer Abstecher in die Grenzstadt Eydtkuhnen (Tschkalowo), dann ging es zurück nach Gumbinnen. Dort wurde die neue Flussbrücke inspiziert, anschließend ging es in das Museum der Stadt. Von der Frühgeschichte über die Stadtgründung vor 300 Jahren, den I. und II. Weltkrieg bis zur Neubesiedlung in der Sowjetzeit ist dort alles sehr professionell dargestellt und kann nur empfohlen werden. Höhepunkt des Abends war aber das Wiedersehen mit unseren Freunden vom Kant-Chor Gumbinnen. Sie hatten ein üppiges Abendessen vorbereitet und begrüßten uns mit unseren Lieblingsliedern. Seit ihrem letzten

Besuch im Frühjahr 2019 bei uns in Anklam haben wir uns nicht mehr gesehen und bekamen alle feuchte Augen. Tatjana, Vera, Nelli, Jurij und all ihr anderen Lieben – vielen Dank für diesen wundervollen Abend, den ihr uns geschenkt habt. Was haben wir erzählt, gesungen und gelacht. Möge doch bald wieder alles normal werden.

Am Donnerstag zog sich der Himmel zu. Wir trafen uns noch mit unserem Freund Alexander Michel in der Salzburger Kirche. Über Ragnit fuhren wir nach Tilsit und erlebten dort Wolkenbrüche. In Tilsit wurde das Memelufer seit unserem letzten Besuch sehr schön gestaltet, manches ist nicht wiederzuerkennen. Auf der Luisenbrücke ist ein Grenzübergang nach Litauen immer noch nur zu Fuß möglich. Weil wir lange nicht in Heinrichswalde waren, und auch Freunden berichten sollten, besuchten wir dort das Stadtzentrum und die Kirchenbaustelle. Bis auf den Turm konnten wir klettern und weit blicken. Und dann – fahren wir noch nach Trausen bei Gerdauen oder nicht? Von dort stammte der Vater von Emmy Schukat, Max Hoffmann. Wohl fast



jeder hätte gesagt, nun sind wir einmal hier, also hin. Danach gelangten wir über Gerdauen und Friedland wieder zum Hotel Baltika Königsberg. Weil wir befürchteten, bei der Ausreise am Grenzübergang Bagrationowsk wieder Stunden warten zu müssen, kamen wir am Freitag schon mittags dort an. Zuvor mussten wir aber unbedingt noch Tharau, Kreuzburg und die Stadt Preußisch Eylau besuchen. Der Grenzübergang, wieder mit gründlicher Gepäckkontrolle auf beiden Seiten, ging aber doch schneller, weil gerade kein großer Andrang war. So blieb uns noch genügend Zeit, um uns am Nachmittag in Canditten, dem Heimatort von Emmy Schukat und schon auf polnischer Seite gelegen, umzusehen. Dort besuchten wir den elterlichen Hof, den alten Friedhof, die Kirche, die Dörfer Wildenhoff und Paröskén, ehe wir in Landsberg (Górowo Iławeckie) in einem kleinen Hotel unsere müden Häupter zur Ruhe betten konnten. Auf beiden Seiten der Grenze flogen, klappten und stolzierten Störche ohne Ende. Tröstliche Bilder!

Am Sonabend stand nur noch die Rückreise auf dem Programm, vorbei am Grenzübergang Grzechotki, wo wieder hunderte Autos Schlange standen. In Stolp (Ślupsk) bogen wir aber doch von der Hauptstraße ab und fuhren noch nach Jeseritz (Jezierzycze).

Dort lernten sich im März 1945 die Familien Schukat aus Riedwiese und Hoffmann aus Canditten kennen, als sie im „Stolper Kessel“ mit ihren Fluchtwagen von der Front überrollt wurden. Zwei Jahre mussten sie dort in einer Kriegskolchose unter Russen und später Polen arbeiten, ehe es im Mai 1947 in Viehwaggons über das Quarantänelager Görlitz in das hungernde Sachsen ging. Diese Reise war kein Ersatz für die abgesagte Busfahrt, aber sie bot einmal mehr Zeit für die eigene Spurensuche. Und das war einfach mal dran.

Friedhelm Schülke



Niedersachsen

**Vorsitzende:** Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer** und **Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Tel.: (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

**Oldenburg** - Liebe Landsleute! Sehr geehrte Damen und Herren! Hiermit möchten wir unser Veranstaltungsprogramm für die zweite Jahreshälfte 2024 anzeigen:

11. September: Der Verein Die Ermlandfamilie e. V. und das Ermlandhaus in Münster; Ein Bericht und ein Videofilm

9. Oktober: Erntedank-Nachmittag: Wir bieten ein reichhaltiges Programm rund um das ostpreußische Erntefest, mit Vorträgen und Lesungen um die Ernte, früher und heute

13. November: Märchen und Sagen aus Westpreußen; Lesungen

11. Dezember: Adventsfeier: Lieder, Gedichte und Geschichten rund um Advent und Weihnachten, möglichst aus Ostpreußen oder

Westpreußen sollen im Mittelpunkt stehen. Einen Basar mit Weihnachtsprodukten oder -basteleien werden wir nicht einrichten.

Kommen Sie bitte regelmäßig und zahlreich zu unseren Veranstaltungen, damit wir eine positive Wertung unserer Aktivität spüren und bleiben Sie uns treu

Wir treffen uns zu den Nachmittagen immer am 2. Mittwoch im Monat im „Stadthotel“, Hauptstraße 38 in 26122 Oldenburg - Eversten, jeweils um 15. Uhr, Telefon (0441) 50090.

Denken Sie bitte an Ihren Verzehr am Veranstaltungsort!

Es grüßt Sie im Namen des leitenden Vorstandes

Gisela Borchers



Nordrhein-Westfalen

**Erster Vorsitzender:** Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

**Düren** – Mittwoch, 4. September, 17 Uhr, Haus des Deutschen Osten, Holzstraße 7a: Ausflug (noch in Planung).



Sachsen

**Vorsitzender:** Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

**Dresden** – Dienstag, 3. September, 14 Uhr, Großenhainer Str. 96, 01127 Dresden: Künstler der Musik – Otto Nicolai + Walter Kollo

ANZEIGE

**Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln**

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velouretui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**  
Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-08-R



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
**www.paz.de**

Heimatkreisgemeinschaften

ANZEIGE

Ein ewiges Rätsel ist das Leben – und ein Geheimnis bleibt der Tod.

Wir nehmen Abschied von

Edelgard Gassewitz

\*28. Januar 1933† 31. März 2024

LyckHamburg Oldenburg

In stillem Gedenken

Deine Nichte

Edelgard mit Anna

**Gerdauen**

**Kreisvertreter:** Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdauen.de, Internet: www.kreis-gerdauen.de

**Hauptkreistreffen**

**Bad Nenndorf** – Wochenende, 5. und 6. Oktober, Veranstaltungsraum des Hotels „Esplanade“, Bahnhofstraße 8: Hauptkreistreffen.

Am Sonnabendnachmittag wird uns Günter Toepfer über seine Arbeit für die Wolfskinder in Litauen berichten. Der Berliner organisiert seit 20 Jahren Hilfs-transporte und Treffen mit den Wolfskindern, hat vielen von ihnen geholfen, ihre Identität wieder zu finden, und sogar einen Film erstellen lassen, in dem die „letzten Kinder Ostpreußens“ über ihre Erlebnisse berichten. Dieser Film soll im Anschluss an den Vortrag gezeigt werden. Er ist deutsch untertitelt, da die Wolfskinder aufgrund ihres schweren Schicksals zumeist nur Litauisch sprechen.

Der Sonnabendabend soll wie gewohnt in gemütlicher Runde ausklingen – mit Musik, gemeinsamem Singen und eigenen kleinen Beiträgen unserer Landsleute. Egal ob Gedicht, Sketch oder Witz – alles was zur Unterhaltung beiträgt, ist ausdrücklich erwünscht. Gemeinsam wollen wir einen schönen ostpreußischen Abend erleben.

Zu allen Veranstaltungen laden wir Sie, liebe Landsleute, Ihre Verwandten, Bekannten und Freunde recht herzlich ein. Lassen Sie uns ein fröhliches Wiedersehen feiern, die Erinnerungen an unseren Heimatkreis aufleben lassen und gemeinsam zwei schöne Tage in Bad Nenndorf verbringen.

Walter Mogk, Kreisvertreter

**Kreistagssitzung**

**Bad Nenndorf** – Sonnabend, 5. Oktober, 9.30 Uhr, Hotel „Esplanade“: Kreistagssitzung. Gemäß Paragraph 4 Nummer 4 unserer Satzung vom 13. Oktober 2018 sind wir verpflichtet, den Termin der nächsten Kreistagssitzung vor der Ladungsfrist in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* bekannt zu geben. Alle Vorstands- und Kreistagsmitglieder, die stellvertretenden Kirchspielvertreter sowie die Mitglieder des Ältestenrates erhalten rechtzeitig die Einladung zur Kreistagssitzung mit den aktuellen Tagesordnungspunkten zugeschickt.

**Königsberg-Stadt**

**Stadtvertreter:** Klaus Weigelt, Haagestraße 3, 21335 Lüneburg.  
**Patenschaftsbüro:** Stadtgemeinschaft Königsberg, Karmelplatz 5, 47051 Duisburg, Telefon (0203) 2832151, E-Mail: patenschaftsbue-ro@stadtgemeinschaft-koenigsberg.de

Hamburg - Sonntag, den 1. September, 15. Uhr, (Einlass ab 14:30)

„PHILOSOPHISCHES CAFE im HAUS der HEIMAT“, Teilfeld 8 (nahe U-Bahn Rödingsmarkt, S-Bahn Stadthausbrücke, Bus 16+17 Michaeliskirche). Jeden ersten Sonntag im Monat lassen wir uns von Immanuel Kant inspirieren... Unterhaltsam und locker bei Kaffee & Kuchen unter Leitung von Gaby Schwarze. Gäste sind willkommen!

**Ortelsburg**

**Kreisvertreter:** Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, Telefon (06772) 9699799, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck, Telefon (02043) 9824112, E-Mail: k.kalinski@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

**Hauptkreistreffen und Wahl**

Herne – Sonntag, 15. September, ab 9 Uhr geöffnet, Beginn um 11.30 Uhr, Kulturzentrum: Hauptkreistreffen.

In diesem Jahr finden satzungsgemäß die Wahlen zum Kreistag statt. Wer Interesse hat, sich als Vertreter oder Vertreterin eines Landbezirks, einer Stadt oder als sachkundiges Mitglied zur Wahl zu stellen, melde sich bitte beim 1. Vorsitzenden Marc Plessa per E-Mail: m.plessa@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de.

Die Wahlzettel werden über den *Heimatboten* verteilt. Es besteht auch die Möglichkeit, auf dem Hauptkreistreffen zu wählen. Dieses findet wie gewohnt

PAZ

wirkt!

am dritten Sonntag im September statt.

**Preußisch Eylau**

**Kreisvertreterin:** Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatomuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

**Kreistreffen**

**Verden/Aller** – Freitag, 20. September, bis Sonntag, 22. September, Kreishaus, Lindhooper Straße 67: Gesamt-Vorstandssitzung am 20. September, die Tagesordnung wird den Mitgliedern des Vorstandes fristgerecht zugestellt, und Kreistreffen vom 21. bis 22. September.

Für einen Besuch in unserem Archiv bitten wir um Anmeldungen bei Frau Bilke-Krause per E-Mail: [preussisch-eylau@landkreis-verden.de](mailto:preussisch-eylau@landkreis-verden.de). Auf Ihre Anmeldung hin wird unsere Beauftragte für das Archiv der Kreisgemeinschaft am Freitag im Heimatmuseum/Archiv anwesend sein und Ihre Fragen beantworten, beziehungsweise im Archiv in den vorhandenen Unterlagen nachsehen. Wir machen darauf aufmerksam, dass das nur nach vorheriger elektronischer Anmeldung und Nennung des Wunsches möglich ist. Die Anmeldungen müssen bis zum 15. September vorliegen.

Evelyn v. Borries

Die PAZ

zum Probelesen

Vier Wochen gratis

Telefon (040) 41400842

**Kulturzentrum Ostpreußen**

**Wildauge – The Midwife** (Regie: Antti Jokinen, Finnland/Litauen 2015, 119 Min.)  
**Filmvorführung in der Reihe „Nordöstliche Spuren im Kino“** am Dienstag, 27. August 2024, 19.30 Uhr im SCALA Programmkino, Apothekenstr. 17, 21335 Lüneburg. Eintritt: 10,00 Euro  
Einführung: Dr. Ulrike Kahrs, Hamburg

wird eine einfühlsame und eindringliche Tragödie, getragen von guten Darstellern. Der Film wird von Dr. Ulrike Kahrs eingeführt. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Finnougristik/Uralistik an der Universität Hamburg.

Kontakt  
Agata Kern M.A., Kulturreferat für Ostpreußen und das Baltikum  
Tel. +49 (0)4131 7599515, E-Mail: a.kern@ol-ig.de  
Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung  
Heiligegeiststraße 38, 21335 Lüneburg  
Tel. +49 (0)4131 759950, Fax +49 (0)4131 7599511  
E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Öffnungszeiten: Di – So 10.00 bis 18.00 Uhr, Eintritt: 7,00 €, ermäßigt 4,00 €, ab 17 Uhr ermäßigter Eintritt, Kinder und Jugendliche unter 19 Jahre frei!  
Führungen nach Vereinbarung, Preis: ab 50,00 € / Gruppe zzgl. 4,00 € pro Person

Folgen Sie uns auf Facebook: [www.facebook.com/OstpreussischesLandesmuseum](https://www.facebook.com/OstpreussischesLandesmuseum) oder auf Instagram: [www.instagram.com/ostpreussischeslandesmuseum](https://www.instagram.com/ostpreussischeslandesmuseum)

**Baltisches Seminar**

**Lüneburg** – Freitag, 1., bis Sonntag, 3. November, Brömhäuser, Am Berge 35 und online: 32. Baltisches Seminar. Die Teilnahmegebühr beträgt 30 Euro und beinhaltet Mittagessen und Abendessen am Sonnabend sowie die Kaffeepausen. Die Teilnahme per Zoom ist kostenlos. Anmeldung bis zum 21. Oktober bitte per Mail an: [csg@carl-schirren-gesellschaft.de](mailto:csg@carl-schirren-gesellschaft.de). Ein Projekt der Deutsch-Baltischen Zukunftsstiftung in Kooperation mit der Carl-Schirren-Gesellschaft und dem Deutschen Kulturforum östliches Europa. Weitere Informationen unter: [www.kulturforum.info](http://www.kulturforum.info)

Nach „Volksbildung und Schulbildung“ (2023) blickt das Baltische Seminar diesen November auch über die Universität Dorpat hinaus: Warum erreichte die Academia Petrina in Mitau/Jelgava nicht ebenfalls Universitätsrang? Wo studierten junge Männer aus den baltischen Provinzen im 18. Jahrhundert, bevor die Landesuniversität wiedereröffnet wurde? Wie entwickelte sich das Rigaer Polytechnikum zur Universität Lettlands und warum existierte mit dem Herder-Institut im Riga der Zwischenkriegszeit eine deutschsprachige Privathochschule? Und wie viele baltische Studenten zog es zeitgleich an die neugegründete Hamburger Universität? Diese und viele weitere Fragen beantworten Historikerinnen und Historiker aus Deutschland und den baltischen Staaten in ihren Vorträgen. Ergänzt wird das Vortragsprogramm, das auch via Zoom übertragen wird, unter anderem um den Besuch der Eröffnung der Kabinettausstellung „Das alte Dorpat 1889 – eine Hommage an die Kulturhauptstadt Tartu 2024 in Fotografien von Carl Schulz“ im Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung am Freitagabend sowie eine Lesung von Pratchen und Histörchen von baltischen Studenten.

Deutsches Kulturforum

Östliches Europa

**Ostpreußisches Landesmuseum**

**Veranstaltungen**

Mittwoch, 28. August, 18.30 Uhr, 5 Euro **Steinort/Sztynort in Masuren - das Erbe des Widerstandskämpfers Heinrich Graf von Lehndorff**  
Themenabend anlässlich des 80. Jahrestages des Attentats auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 mit Ulla Lachauer, Dr. Anna Damicka-Wójcik und Dr. Ralf Meindl 80 Jahre nach dem Attentat möchten wir an seine Geschichte erinnern. Dr. Anna Damicka-Wójcik schildert seine Lebensgeschichte und den 20. Juli 1944 in Steinort. Ulla Lachauer erzählt, welche Auswirkungen die Verschwörung gegen Hitler auf die überlebenden Familienmitglieder hatte und wie Heinrich Lehndorffs Nachfahren mit dem „Erbe“ des 20. Juli umgehen. Dr. Ralf Meindl stellt die Geschichte des Nationalsozialismus in Ostpreußen dar und schildert die Voraussetzungen für den Er-

folg NS-Politik, an deren Ende der Untergang des „deutschen Ostpreußens“ stand. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder [info@ol-ig.de](mailto:info@ol-ig.de) ist erforderlich.

Sonntag, 1. September 2024, 14 Uhr, 1,50 Euro (zzgl. Museumseintritt) **Immanuel Kant. Weltendenker aus Königsberg.** Öffentliche Sonntagsführung durch die Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ mit Taalke Schmidt Was bewegte den Denker, was prägte ihn? Ein Einblick anhand einzigartiger Objekte. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder [bildung@ol-ig.de](mailto:bildung@ol-ig.de) ist erforderlich.

Dienstag, 3. September, 14.30 Uhr, 7 Euro (inkl. Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck) **Hinter den Kulissen von Königsberg.**

**Wie entstand die virtuelle Rekonstruktion?**  
Vortrag mit Dr. Tim Kunze im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“  
Der Kurator der aktuellen Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ berichtet, welche Recherchen zur virtuellen Auferstehung des historischen Königsbergs zu Grunde lagen. Was lehrt uns die virtuelle Rekonstruktion von Kants Königsberg? Was machte Königsberg im Aufklärungsjahrhundert so besonders?  
Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder [info@ol-ig.de](mailto:info@ol-ig.de) ist erforderlich.

Dienstag, 3. September, 18.30 Uhr, Eintritt frei! **Das jüdische Königsberg ist verstummt - Nechama Drober zum Gedenken** mit Uwe Neumärker, Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Ju-

den Europas, und Klaus Weigelt, Vorsitzender der Stiftung Königsberg. Persönliche Erinnerungen, Texte, Fotos und Filmmaterial führen ein in das schwere Schicksal der im letzten Jahr in Israel verstorbenen Nechama Drober, die 1927 als Hella Markowsky in Königsberg geboren wurde und den Terror nicht nur der NS-Zeit, sondern auch den der Eroberung Königsbergs durch die Rote Armee durchlebte. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder [info@ol-ig.de](mailto:info@ol-ig.de) ist erforderlich.

**Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung** Heiligegeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: [www.ostpreussisches-landesmuseum.de](http://www.ostpreussisches-landesmuseum.de)

## GENUSSWELT

## „Marjellchen“ verwöhnt mit preußischer Küche

Wer sich nach Pillkaller, Schalche Fleck oder Beetenbartsch sehnt, findet in Berlin-Charlottenburg die originalen Heimatspeisen

VON JÖRN PEKRUL  
UND JENS EICHLER

Wer kennt ihn nicht, den typisch ostpreußischen Ausspruch, in welchem das Marjellchen, sich mit's Jelbe vom Ei bekleckert hat? Und für alle, die sich bis heute immer noch fragen, wer zum Teufel eigentlich viel besagtes Marjellchen ist, dem sei erklärt, dass es sich dabei schlicht und einfach nur um den ostpreußischen Begriff des Mädchens handelt. Was dem Norddeutschen „sien Deern“ ist dem Ostpreußen „sein Marjellchen“. Ganz einfach.

Doch in Berlin steht Marjellchen gleichsam für noch viel mehr. Es ist der absolute Geheimtipp für alle Freunde und Genießer der einzigartigen Küche Ostpreußens. Denn im Stadtteil Charlottenburg verwöhnt das Restaurant „Marjellchen“ seine Gäste mit feinsten Spezialitäten aus „dem östlich gelegenen Land der Seen, Haffe, Nehrungen und kalten Winter“. Die Gründerin dieses Genusstempels sagte in einem Interview: „Ich hatte einfach das Bedürfnis, diese Küche weiterzugeben und eben diese Tradition des alten deutschen Ostens, wenn ich das mal so sagen darf, ein bisschen hochzuhalten. Und als ich soweit war, dass ich mich selbstständig machen konnte und selber ein Restaurant eröffnen wollte, gab es für mich eigentlich gar keine Frage. Es hat mich sehr geprägt ... meine Großmutter hat wunderbar gekocht!“, schwärmte die stets fröhliche Marjellchen-Gründerin Ramona Azzarro.

**Mit ostpreußischer Herzlichkeit**

Und tatsächlich hatte ihre ostpreußische Großmutter sie die authentische, köstliche und ebenso urige Küche der Heimat bis ins kleinste Detail gelehrt und ihr so manchen Trick, so manches Würz-Geheimnis und den einen oder anderen Küchendreh beigebracht. So lange, bis Ra-



Die Ostpreußische Küche ist weltbekannt: Fein-würzige Königsberger Klopse mit landestypischem Rote-Beete-Salat durfte auch PAZ-Autor Jörn Pekrul oft bei Ramona Azzarro im Marjellchen genießen



Foto: mauritius images/foodcollection, J.Pekrul

mona das ostpreußische Kücheneinmal-eins wirklich beherrschte. Eine Kompetenz, die sie über viele Jahre hinweg weiter perfektioniert hat. Beruflich ohnehin im Gastgewerbe etabliert, eröffnete sie bestens vorbereitet am 14. Mai 1985 das „Marjellchen“. Mit Tatkraft und ihrer ostpreußischen Herzlichkeit schuf sie ein einzigartiges Spezialitätenrestaurant.

Mit einem echten Pillkaller geht es los. Dabei handelt es sich um einen klaren, hochprozentigen Schnaps, auf dem eigentlich gemäß ostpreußischem Brauchtum eine Scheibe Leberwurst liegt, die wiederum mit Senf und Senfkörnern gewürzt ist. Erfunden wurde dieser deftige Schluck im Hotel „Breslauer Hof“ in Pill-

kallen – das damit zugleich Namensgeber wurde. Dem könnte nun ein Ostpreußischer Beetenbartsch folgen, also eine würzige Rote-Beete-Suppe mit viel feinem Rindfleisch und einem kräftigen Schuss saurem Schmand. Ebenso eine Sauerampfersuppe oder eine Schalche Fleck, eine Suppe aus Kuddeln. Die Eröffnung des Hauptgangs nach guter ostpreußischer Genussart lässt keine heimatischen Wünsche offen. Es folgen ein ebenso auf der Speisekarte aufgeführter Masurischer Sauerbraten mit grünen Klößen und Schmorkohl, oder Danziger Stremellachs mit einer Honig-Senf-Sauce, sowie ein „Schlesisches Himmelreich“ von Rauchfleisch mit Backobst in feinsten Rotwein-

Zimt-Sauce mit einem Hefekloß. Die Königsberger Klopse, unverzichtbarer Bestandteil in Ostpreußens Kulinarik, gelingen hier stets besonders gut mit einer sämigen Kapernsauce – kurzum: Heimatküche vom Feinsten, wie sie sein soll. Und als Beilage zum perfekten Abrunden noch einen originalen Rote-Beete-Salat.

**Anlaufstelle für kleine Sorgen**

Doch das Restaurant war seit Öffnung nicht nur ein kulinarisches Stück Ostpreußen. Mit ihrer Warmherzigkeit wurde Ramona Azzarro auch eine Persönlichkeit im Charlottenburger Kiez, für den Ortsteil und für die auswärtigen Gäste. Ins „Marjellchen“ ging man nicht nur, weil

man ein besonders gutes Restaurant besuchen wollte. Für Stammgäste, deren Schar im Laufe der Zeit größer wurde, war Ramona Azzarro ebenso eine kompetente Anlaufstelle für die kleinen und großen Sorgen des Lebens, die hier, in fürsorglicher Umgebung, ihren Schrecken verloren. Ostpreußen wirkt!

**Eine neue Generation übernimmt**

Zum 1. September 2020, inmitten der staatlich angeordneten Restaurantschließungen im Rahmen der Corona-Maßnahmen, übergab Ramona Azzarro das „Marjellchen“ aus Altersgründen in jüngere Hände. Der neue Inhaber, der in gehobener Restauration erfahrene Dennis Butor, erkannte schnell den kulinarischen und ideellen Reichtum der ostpreußischen Kultur. In Zusammenarbeit und unter Anleitung von Azzarro entwickelte er seine koch- und küchentechnischen Fertigkeiten gefühlt noch einmal neu: unter Beachtung und Würdigung jedes Details, jeder Geschmacksnote und jeder Besonderheit der ostpreußischen Küche.

Die Speisekarte wurde für den modernen Gast noch um einige leichtere Gerichte aus der zeitgenössischen Küche erweitert, doch das schmackhafte Erbe blieb weiterhin unangetastet. Und so dauerte es nicht lange, bis Butor Staffelstab und Kochlöffel kompetent und zuversichtlich übernehmen konnte.

Bis heute hat das „Marjellchen“ nicht nur seine authentische Küche, sondern auch seine Vertrautheit als Ort heimatischer Gastlichkeit und Atmosphäre erhalten. Umso trauriger ist es, dass Azzarro, im Juni nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 77 Jahren verstarb. Im ehrenden Andenken an die ostpreußische Küchenikone führt nun die nachkommende Generation das Erbe weiter. Ganz im Sinne der ostpreußischen Tradition, die auf eine Kulinarik blickt, die in ihrer vollmundigen Geschmacklichkeit teilweise Weltruf genießt – und das vollkommen zu Recht.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Der Ton macht in Bunzlau die Musik

Die Stadt am Bober feilt im Pückler-Schloss an ihrem altherwürdigen Profil als traditionsreiche Keramikstadt

Am Sonntag endete im niederschlesischen Bunzlau [Boleslawiec] das 30. Keramikfest. Die Besucher der fünftägigen Feierlichkeit konnten nun den erst im April eröffneten neuen Sitz des Bunzlauer Keramikmuseums im Pückler-Schloss in der Görlitzer Straße 29 [ul. Zgorzelecka] besichtigen.

Das besagte Schloss wurde 1857 aus einer schlichten klassizistischen Villa in einen dreiflügeligen Bau mit Turm im neugotischen Stil für Hermann Erdmann Konstantin von Pückler umgebaut. In den 1870er Jahren ging es in den Besitz des Grafen Hatzfeld über. Später wurde das Schloss von Samuel Woller, dem Besitzer der Textilfabrik „Concordia“, gekauft.

1920 kaufte der Bunzlauer Magistrat die Villa und richtete dort ein Jugendheim, die Städtische Lesehalle sowie die Stadtbibliothek ein. In den 30er Jahren beherbergte das Gebäude eine Sportschule, später eine Schule für Leiter des Reichsarbeitsdienstes. Nach Kriegsende diente das Gebäude als Schule. Heute, kernsaniert, beherbergt das Pückler-Schloss das Keramikmuseum, das bislang in der Poststraße [ul. Mickiewicza] seinen Sitz hatte, sowie auch das Stadtgeschichtliche Museum.

Im Pückler-Schloss ist viel Platz, und trotzdem kam das eigentliche Wahrzeichen der „Stadt des guten Tons“ – wie sich Bunzlau zu deutscher Zeit nannte – nicht mit an den neuen Standort. Der „Große Topf“ ist nun im neu eröffneten Zentrum für Keramiktechniken in der ul. Kutuzowa 14 zu bewundern. Dieses ist jedoch auch eine Abteilung des Keramikmuseums. Bei dem „Großen Topf“ handelt es sich zwar nicht mehr um das 1753 von Johann Gottlieb Joppe hergestellte Objekt, aber immerhin um eine originalgetreue, zwei Meter hohe, rund 600 Kilogramm schwere, und 1970 Liter fassende Nachkriegskopie, auf die man in Bunzlau heute noch stolz ist, versichert Barbara Glinkowska vom Keramikmuseum.

Doch noch stolzer ist die Archäologin und Konservatorin auf die ältesten Objekte, an deren Rekonstruktion sie mitwirkte. Bevor diese nun die Vitrine im neuen Museum zieren, seien sie in jahrelanger mühseliger Puzzlearbeit zusammengefügt worden. „Mein Lieblingsobjekt ist eine mit kobaltblauer Glasur bezogene und mit einem Kruzifix verzierte Kanne aus dem 17. Jahrhundert. Sie wurde zusammen mit anderen Artefakten 2007 entdeckt, und erst seit damals konnten



Die Besucher des Keramikmuseums in Bunzlau bekommen eine abwechslungsreiche Ausstellung geboten, die von Stadtmodellen bis zur Teekanne reicht Foto: Wagner

wir einen Chronikeintrag von 1612 bestätigen, wonach die mit dieser Glasur überzogenen Gefäße tatsächlich in Bunzlau hergestellt wurden. Es wurden nämlich mehrere Dutzend Fragmente dieser Gefäße gefunden, von denen nur sieben rekonstruiert werden konnten“, sagt Glinkowska, die das 1950 ins Leben gerufene polnische Keramikmuseum als Kontinui-

tät für das Bunzlaer Stadtmuseum sieht. Der Sitz dieses 1908 gegründeten Museums der Stadt war bis zum jetzigen Umzug immer in der Poststraße. Nur eine Ausnahme gab es: „Kriegsbedingt wurde es erst 1920 wiedereröffnet. Besondere Verdienste darum hatte Artur Schiller“, berichtet sie. Schiller bekleidete von 1900 bis 1920 das Amt eines Aufsichtsrichters

im oberschlesischen Gleiwitz [Gliwice], wo er am 1. September 1913 zum Geheimen Justizrat ernannt wurde. Er gründete das Oberschlesische Museum zu Gleiwitz, hatte sich aber auch dem Museum der Stadt Bunzlau gewidmet, „das er zu beachtlicher Bedeutung geführt hat. Könnte nur sein Herzenswunsch nach baulicher Erweiterung dieses ‚seines Museums‘ erfüllt werden, so dürfte es die Stadt und die Bevölkerung des Kreises nicht bereuen, Kosten aufgewandt zu haben in einer Zeit, da ein Meister sich ihm widmet!“, hieß es im „Bunzlauer Stadtblatt“ vom 14. Mai 1928.

Schiller hätte wohl seine Freude an dem neuen Museum in Bunzlau, dessen Besuch, so Glinkowska, „sich als eine gute Ergänzung für einen Keramikworkshop oder zu einem Keramikeinkauf anbietet, weil es die Keramiktradition auf schöne Weise erzählt. Wir zeigen in unserer Sammlung Objekte von der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts bis zu heutigen Erzeugnissen. Man kann hier nachempfinden, wie sich diese Tradition im Laufe der Zeit verändert hat“, sagt sie und weist darauf hin, dass die Stadtgeschichte im Museum auch in deutscher Sprache erläutert wird. Chris W. Wagner

GLAUBENSGEMEINSCHAFT

# Frohe Botschaft der Methodisten

Pommernmission – Heute erinnern allein Dokumentationen der Evangelisch-methodistischen Kirche daran

VON TORSTEN SEEGERT

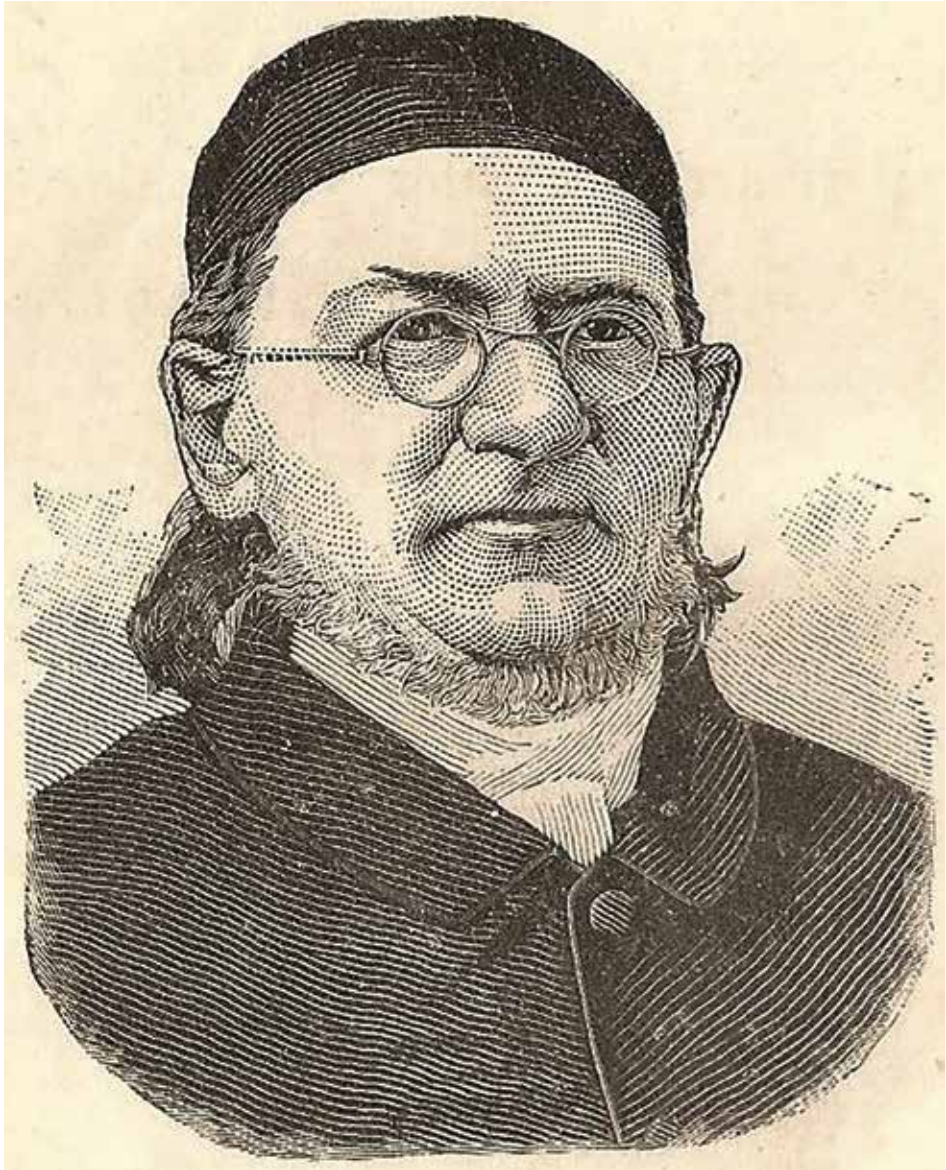
Als vor fünf Jahren, am Sonntag, den 18. August 2019, die letzte pommersche Kirche der Methodisten schloss, endete auch die Ära einer Freikirche, die im Zuge der Erweckungsbewegung entstand. Von der Information, eine kurze Meldung, nahm man kaum Notiz. Das ist Grund genug, sich mit dem Methodismus in Pommern, der auch in Bezug zur Heilsarmee, der Abstinenzbewegung oder der Bau-sparkasse steht, auseinanderzusetzen.

Doch was ist dieser Methodismus? Die Wurzeln des Methodismus liegen in England, wo man Christen wie George Whitefield und John Wesley wegen ihres bewusst christlichen Lebensstils und ihrer Regeln als „Methodisten“ bespöttelte. Wesley, der nach dem Verbot der Predigten in Kirchen schon bald unter freiem Himmel predigte, wurde durch sein Sozialwerk, dessen Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ war, zu einer der prägenden Persönlichkeiten der Methodisten und setzte so Akzente bei der Umsetzung des Glaubens im Alltag.

### Lebensstil gab den Namen

Die Anfänge des Methodismus in Deutschland reichen bis in das Jahr 1831 zurück. Ihr Ausgangspunkt war die „Bremen Mission“. Über die Hafenstädte Bremen (1849) und Hamburg (1851) verbreitete sich der Methodismus deutschlandweit und seine Verästelungen wurden immer regionaler. So begann die „Pommern Mission“ in Kolberg im Jahr 1861 und verbreitete sich von dort im „Stettiner Distrikt“ rasant. Gemeinden entstanden auch in Belgard 1865, Schlawe und Köslin 1866, Schievelbein 1882, Gollnow, Barfußdorf und Braunsberg 1883, Stettin 1892, Stolp 1894 und Stolpmünde 1898.

Ausgelöst wurde die „Pommern Mission“ durch einen Brief, den der Großbauer Volkmann aus Tribus bei Treptow 1859 an Ludwig Sigismund Jacoby (1813–1874) in Bremen sandte und in dem er um den Besuch eines methodistischen Predigers bat. In der Folge reiste Ludwig Nip-



So begann es: Ludwig Sigismund Jacoby (1813–1874) sandte nach einem Brief aus Tribus bei Treptow die ersten methodistischen Prediger nach Pommern

pert gleich mehrfach von Berlin nach Treptow. Ihm folgten die Methodisten Wilhelm Schwarz und Carl Heinrich Doering, die mehrmals in Volkmanns Haus predigten. Mit dem jungen Prediger Hermann Ficke, der im Oktober 1862 nach Kolberg zog, entfaltete die „Pommern Mission“ ihre ganze Dynamik.

### In Kolberg begann es

Welcher Aufgabe sich Bruder Ficke gestellt hatte, zeigt die Ausdehnung seines entstehenden Bezirks, der einen Durchmesser von zirka 100 Kilometern hatte.

Täglich musste er sechs bis acht Kilometer bei Wind und Wetter bewältigen. Doch es gab glückliche Fügungen: Die Methodisten Pommerns speisten sich so unter anderem aus der Belowschen Bewegung (Belowianer), einer spätpietistischen Erweckungsbewegung in Hinterpommern, die durch die Brüder von Below ausgelöst und von der Begegnung mit Adolf von Thadden inspiriert war. Sie pflegte übrigens auch Kontakte zu Otto von Bismarck oder Ernst Ludwig von Gerlach.

Auffällig ist allerdings, dass der Methodismus seinen Schwerpunkt in Hinter-

pommern fand. Neben Kolberg hatte Ficke auch in Köslin die Wurzeln der „Pommern Mission“ verankert. Das Aufbauwerk blieb schwierig: So gab es hier zunächst eine Abspaltung der „Vereinten Brüder in Christo“, die aber 1905 wieder zu den Methodisten fand. Frühe Versuche durch Hugo Günther, auch in Stolp den Weg für die Methodisten zu ebnen, waren erst Anfang des 20. Jahrhunderts durch den Bau einer Kirche von Erfolg gekrönt.

### Schwerpunkt in Hinterpommern

Auch von Gollnow soll noch die Rede sein. Als lose Gemeinschaft gegründet, gewannen die Methodisten mit dem Eintreffen von Prediger Heinrich Joches Struktur. Doch zunächst wurden Versammlungen polizeilich aufgelöst, sogar verboten und dazu Geldstrafen verhängt. Mit dem Erwerb des Grundstücks An den Wällen 9–11 wurde jedoch der Grundstein für den Bau einer Kapelle (1899) gelegt. 1922 folgte der Bau eines Pastorats. Nun bot sich Platz für 300 Methodisten. Neben Missionsfesten gewann die „Gollnow-Glaubenskonferenz“ zunehmend an Bedeutung. Neben einer Sonntagsschule gab es einen Gemeinde-, Posaunen- und Mandolinenchor sowie einen Jugendbund von 60 Jugendlichen.

Zu guter Letzt sei noch an Otto Philipp erinnert. Nach Flucht und Vertreibung war auch die Arbeit der „Pommern Mission“ praktisch ausgelöscht. Und doch folgte noch ein weiteres Kapitel: Im Stettiner Durchgangslager III – dem Ort des Strandens vieler heimatloser, enteigneter und vertriebener Deutscher nach dem Zweiten Weltkrieg – war an Seelsorge hinter Stacheldraht zunächst nicht zu denken.

Dann jedoch wagte es der Laienprediger der Stettiner Methodistengemeinde, Otto Philipp, eine Bank aufzustellen, geistliche Lieder zu singen, Abschnitte der Bibel zu lesen und zu beten. Erst scharteten sich Hunderte, dann Tausende um ihn. Taufen, Eheschließungen und Beredigungen wurden begangen, bis das Lagerpersonal die Zusammenkünfte mit Philipp endgültig verbot.

SCHIFFFAHRTSZEICHEN

## Ein leuchtender Anziehungspunkt

Funkenhagener Leuchtturm – An Hinterpommerns Ostseeküste zeigt er den Schiffen den rechten Weg

Erstmals wurde Funkenhagen [Gąski] im Jahr 1288 als „Vunkenhagen“ urkundlich erwähnt. 1286 hatte hier der herzoglich stettinische Heerführer Wulwold Below polnische Truppen in den Auseinandersetzungen zwischen Brandenburg und Polen um das Herzogtum Pomerellen geschlagen.

Der Ort, der 1939 zirka 480 Einwohner hatte, gehörte zum Kreis Köslin im Regierungsbezirk Köslin und liegt zwischen Kolberg und Groß Möllen. Die Küste war hier durch Ostseestürme sehr gefährdet, und deshalb legte man zu deren Schutz und Sicherung auf einer Länge von neun Kilometern 156 Buhnen an. Die Ostsee spült hier auch immer wieder das „Gold der Ostsee“ an: den Bernstein. Es wurde festgehalten, dass man an der Steilküste im Jahr 1576 einen Brocken fand, der elfeinhalb Pfund wog.

Doch das Wahrzeichen des Dorfes ist der Leuchtturm. Das Seezeichen steht zwischen den Leuchtfeuern von Kolberg und Rügenwalde. Mit dem Bau des Leuchtturms wurde 1876 begonnen, die

Inbetriebnahme erfolgte am 1. Januar 1878. Die Baumaterialien mussten von der Seeseite angeliefert werden. Zu diesem Zweck wurde extra eine Pier ins Meer eingebaut.

Der Turm besteht aus drei Teilen, einem achteckigen Unterbau von 11,4 Metern Höhe und Seitenlängen von jeweils vier Metern. Die Wandstärke der Basis ist 2,3 Meter dick, der runde Turmschaft 40 Meter hoch. Die Laterne besteht aus Glas und Stahl mit einem Kuppeldach. Der Leuchtturm hat eine Gesamthöhe von 51,2 Metern. Als Optik ist ein fresnel-scher Linsenapparat eingebaut mit Blenden zur Erzeugung der Kennung. Zu der Zeit leuchtete er 19 Seemeilen weit.

1927 erfolgte die Umstellung auf elektrischen Betrieb mit Gasglühlicht für die Reserveleuchte, das erweiterte die Leuchtkraft auf 23 Seemeilen. Zum Antrieb des Kennungsgebers war ein Pendeluhrwerk eingebaut. Zwei Leuchtturmwärter betreuten seinerzeit das Leuchtfeuer.

Während des Zweiten Weltkriegs wurde lediglich das Optikwerk beschädigt,



FOTO: WIKIMEDIA/ANACEW

und der Leuchtturm 1948 wieder in Betrieb genommen. Anfangs wurde er von Russen bedient, ab 1951 von polnischen Leuchtturmwärtern. Der große Fresnelapparat, der bis 1948 durch ein Pendeluhrwerk gedreht wurde, arbeitet heute mittels eines Elektromotors.

Doch immer wieder mussten Schäden im Mauerwerk beseitigt werden, um das Mauerwerk zu erhalten. Das geschah in den Jahren 1933, 1960, 1964 und 1996.

Der Leuchtturm ist für Besucher zugänglich. Wer die Wendeltreppe, bestehend aus 226 Stufen und aus Granit gefertigt, hochsteigt, kann von der Aussichtsplattform einen fantastischen Rundblick auf die Ostsee-Küstenlandschaft genießen. Allerdings muss man in der Hauptsaison dafür Wartezeiten in Kauf nehmen. Der Leuchtturm ist in der Denkmalliste eingetragen. *B. Stramm*

Heute ein Touristenmagnet: Der zweitälteste Leuchtturm an der polnischen Ostseeküste in Funkenhagen

MELDUNGEN

## Hochbrücke, Nordbahn und Leuchtturm

**Stettin** – Am kommenden Sonntag, dem 25. August, können Besucher der Odermetropole noch einmal mit der historischen Straßenbahn der Linie „o“ durch das Stettiner Zentrum – vorbei an Sehenswürdigkeiten wie dem Berliner Tor – fahren. Die Fahrkarte kostet nur 82 Cent. *TS*

**Greifswald** – In der ersten Runde des DFB-Pokals schied der Greifswalder FC gegen den Favoriten 1. FC Union Berlin aus. Vor 4318 Zuschauern im Greifswalder Volkstadion machten die Pommern es den Köpenickern keineswegs leicht. Der Unioner Siegtreffer fiel erst in der 67. Minute. *TS*

**Swinemünde** – Ein Unfall im Swine-Tunnel, der die pommerschen Inseln Usedom und Wollin verbindet, sorgte am vergangenen Sonntag für stundenlange Staus. Auslöser war ein Frontalzusammenstoß, bei dem mehrere Personen verletzt wurden. Entlastung erfolgte über die Fähre. *TS*

**Pasewalk** – Am letzten Donnerstag griffen zwei Syrer einen Deutschen nach einem Streit mit einem Messer an und verletzten diesen am Arm. Die Polizei nahm die beiden ausländischen Angreifer fest und begann mit den Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung. *TS*

**Rewahl** – Am vergangenen Wochenende fand wieder der Groß-Horster Leuchtturm-Lauf statt. Dabei ging es darum, welcher Läufer die 208 Stufen am schnellsten bewältigt. Der Rekord von Adrian Bednarski blieb aber unangetastet. Alle Läufer brauchten mehr als 33,05 Sekunden. *TS*

**Demmin** – Die Modernisierung der Nordbahn von Neustrelitz nach Stralsund geht in die entscheidende und abschließende Phase. Während zwischen Demmin und Stralsund Wendezugarnituren eingesetzt werden, erfolgt ab Demmin nun Schienenersatzverkehr. *TS*

**Stolp** – Ein Bürger aus Konitz, der wegen der Beauftragung von Diebstählen an Mercedes-Sprinter-Fahrzeugen in Deutschland mit einem europäischen Haftbefehl gesucht wurde, konnte vom Bezirksgericht in Stolp an die Deutschen Strafverfolgungsbehörden übergeben werden. *TS*

**Rügen** – An der Bundesstraße B 96n ist für 2,6 Millionen Euro ein neuer Parkplatz entstanden – allerdings hatte man bei der Planung der Raststätte weder an Tische, noch Bänke oder eine Toilette gedacht. Nach Kritik prüft die Straßenbaubehörde nun endlich eine Nachrüstung. *TS*

**Wolgast** – Eine Hochbrücke soll mit ihren 70 Meter hohen Pylonen als größte Zügelgurbridge Europas in vier Jahren den Verkehr über den Peenestrom auf die Insel Usedom lenken und die Hansestadt Wolgast vom Durchreiseverkehr entlasten. Die Arbeiten dazu liegen im Plan. *TS*

**Stralsund** – Zwei Jahre war der Springbrunnen in der Brunnenaue aufgrund von Vandalismusschäden außer Betrieb. Jetzt sprudelt er wieder. Dass die 1973 in Betrieb genommene Wasserfontäne wieder sprudelt, verdankt die Stadt einem mittlerweile „freischaffenden Rentner“, wie Dieter Klaus Rabe sich selbst nennt. *BS*

# „Brauchen wir eigentlich so viele Politiker?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

Ich las den Artikel zum Olympia-Eröffnungsspektakel und war begeistert. Weiter so mit Ihrer kritischen Darstellung!“

**Johannes Holler, Lauda**  
zum Thema: Olympia wird zum Fest  
spießiger Heuchelei (Nr. 31)



Ausgabe Nr. 32

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum,  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
Fax (040) 41400850  
oder per E-Mail an [redaktion@preussische-allgemeine.de](mailto:redaktion@preussische-allgemeine.de)

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

**ES WAR SCHON IMMER SO**  
ZU: DIGITALES ZEITALTER – WENN  
MODERNE ZUR ZWANGHAFTEN  
PFLICHT WIRD (NR. 32)

Viele ältere Menschen haben Schwierigkeiten, mit neueren technischen Entwicklungen zurechtzukommen. Aber mal ehrlich: Haben nicht auch wir etwas schmunzelnd hingenommen, wenn unsere Großelterngeneration nicht mehr nachvollziehen konnte, was uns selbstverständlich geworden war, weil wir da hineingewachsen waren?

Natürlich ist es sehr ärgerlich, wenn Bürger ihren Bedürfnissen nicht mehr nachkommen und Vorteile nicht mehr nutzen können oder wenn die Entwicklungen nur den Verkauf weiterer Geräte ermöglichen sollen (Beispiel: der absehbare Entfall von UKW). Etwas Analogie sollte man den Menschen schon lassen.

Schon in der Vergangenheit schritt die Entwicklung ständig voran. Wer arbeitet heute noch mit Logarithmentafeln, ohne die ein höherer Schulbesuch unmöglich war? Wer kennt noch einen Rechenschieber, ohne den ein technisches Studium unmöglich war? Und wer greift heute noch zu einem Lexikon, wenn er nicht politisch korrekte Erklärungen nachlesen will?

Das Schnurtelefon, das sich nur wenige leisten konnten, ist mit dem Handy zum Allzweckgerät geworden. Leute mögen ein noch so schlichtes Denkvermögen haben – eine solche Scherbe vor der Nase haben sie dennoch. In den 60er Jahren hatte ein 64-kByte-Rechner (mit dem ich meine erste Dissertation – Optimierungsproblem – abhakte) Schrankgröße. Heutige Geräte haben eine millionenfache Speicherkapazität.

Es gehört wenig Phantasie dazu, vorherzusagen, dass sich diese Entwicklungen auch in Zukunft fortsetzen werden. Dann werden es die heutigen Lästerei sein, die diese dann ebenfalls nicht mehr verstehen. Deshalb sollten Sie, wenn Sie auch zwangsläufig gefordert sind, es mit der neuen Technik zu versuchen, es gelassen nehmen, wenn Sie mit der Entwick-

lung nicht mehr Schritt halten können. Denn das war schon immer so.

*Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim*

**DIGITALE UMWELTSÜNDER**  
ZU: DIGITALES ZEITALTER – WENN  
MODERNE ZUR ZWANGHAFTEN  
PFLICHT WIRD (NR. 32)

Da auch ich zu den Totalverweigerern des Internets gehöre, habe ich mich über den Artikel besonders gefreut. Anmerken möchte ich nur noch, dass die übereifrige Digitalisierung in einem krassen Widerspruch zu der ständigen Panikmache in Bezug auf den „menschengemachten Klimawandel“ steht.

Wenn die Situation wirklich so bedrohlich ist, wie sie die meisten Mainstreammedien darstellen, müsste doch Energiesparen das allerwichtigste Gebot der Stunde sein. So ganz ohne Strom ist die Digitalisierung aber nicht zu haben. Außerdem ist zur Herstellung der entsprechenden Geräte umweltschädlicher Ressourcenverbrauch nötig. Und schließlich entstehen noch Mengen von Giftmüll, weil die Geräte immer wieder ausgetauscht werden müssen.

Aus diesen Gründen wären die „Klimaretter“ beziehungsweise „-kleber“ überzeugender, wenn sie, anstatt ihre Mitmenschen zu drangsalieren, demonstrativ all ihre Smartphones oder Laptops in den Müll werfen würden. Kommt so etwas nicht in Frage, weil das Internet hauptsächlich von US-Konzernen beherrscht wird? Jedenfalls steht die Zwangsdigitalisierung im Gegensatz zur Theorie vom „menschengemachten Klimawandel“.

*Günter Foerster, Hamburg*

**TISCHLEIN DECK DICH**  
ZU: DIE AMPEL FÜLLT DAS  
DEUTSCHE PULVERFASS (NR. 31)

Nicht nur die Ampel füllt das Pulverfass. Schon viele Jahrzehnte zuvor haben die sogenannten Altparteien das geschundene Restdeutschland von 1945 als „Tisch-

lein deck Dich“ für den ganzen Globus missbraucht. Wir können aber weder für Europa, geschweige denn für die ganze Welt das Arbeits- und Sozialamt spielen.

*Jürgen Zauner, Viersen*

**EIN LUXURIÖSER STAAT**  
ZU: KOMPETENZLOSE KARRIEREN  
(NR. 31)

Kommentator Florian Stumfall versteht es außergewöhnlich, sich aufdrängende, aber beschwiegene Fragestellungen aufzugreifen und Zusammenhänge darzustellen. Ein Ja zu seiner Forderung: Wer in Parlament oder Regierung ein Fach vertritt, muss es – über gute Allgemeinbildung hinaus – sicher beherrschen.

Doch auch die zweite Seite des Grundsatzes „Qualität vor Quantität“ muss ins Schlaglicht mit der Frage: Brauchen wir eigentlich so viele Politiker? Bismarcks Reichsregierung kam mit einem Minister aus, genannt Kanzler, und zugleich Preußens Regierungschef. Den Reichsressorts standen gerade fünf Staatssekretäre vor. Im Reichstag saßen nur rund 400 Abgeordnete. Die Bundesstaaten begnügten sich mit insgesamt rund 50 Ministerien.

Heute regieren Deutschland außer dem Kanzler 15 Bundes- und sechs Staatsminister sowie 62 Staatssekretäre, beraten von 33 „Beauftragten“, vier Beiräten und vielen Gutachtern. Im Bundestag sitzen 736 Abgeordnete, jeweils unterstützt von Referenten. Die Flächenländer leisten sich außer den Ministerpräsidenten zusammen rund 140 Minister und etwa gleich viele Staatssekretäre. Bund und Länder finanzieren zusätzlich einen Wildwuchs von „Nichtregierungsorganisationen“ als Propagandisten. Weitere Ausgaben kommen hinzu, auch nachgeordneter Dienststellen und an überstaatliche Einrichtungen wie UN, NATO und EU.

Die daraus folgende Belastung (Staats-einnahmen) je Einwohner und Jahr in Deutschland betrug um 1900 umgerechnet 2150 Euro, nach 2020 allein schon auf Bundesebene das Sechsfache. Damit geht einher, dass etwa ein Arbeitnehmer dop-

pelt so viele Abgaben zahlen muss wie einer in der Schweiz, wo das Volk jede staatliche Entscheidung an sich ziehen kann.

*Hans Lindenmeyer, Heidenheim*

**CHRISTEN ALS LEICHTE OPFER**  
ZU: OLYMPIA WIRD ZUM FEST  
SPIESSIGER HEUCHELEI (NR. 31)

Die Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Paris war ein Spektakel, das vielen Zuschauern gefallen hat. Es schien so, als wäre die Choreographie von einer „woken, queeren Community“ erdacht worden. Damit wurde einer gesellschaftlichen Minderheit der Vorzug einer Selbstdarstellung gegeben.

Die egomanischen Charakteristika dieser Gesellschaftsgruppe waren es nicht, die mich irritierten. Was mich verärgerte, war die Beleidigung von Christen. In Frankreich gibt es oft Gewalt gegen Christen, denen nicht entgegengetreten wird. Anders ist es nicht zu deuten, dass 2016 IS-Mörder einen Priester in Saint-Etienne-du-Rouvray töteten, ein Priester der Region Oise (2019) erstickt wurde, Gläubige in der Basilika Notre Dame von Nizza erstochen wurden (2020), die Kathedrale von Nantes einem Brandanschlag zum Opfer fiel (2020), ein Priester in Saint-Laurent-sur-Sèvre getötet wurde (2021). Die Liste dürfte noch länger sein.

Die Olympiashow richtete sich gegen Christen durch eine geschmacklose Abendmahlsdarstellung. Man scheint zu feige, Muslime, Hindi, Juden oder andere Religionen zu beleidigen, denn solche Verhöhnungen könnten in Frankreich zu Aktionen wie 2015 (Ermordung von Redakteuren der Satirezeitung „Charlie Hebdo“, Terrorakt im Konzerthaus Bataclan mit mehr als 130 Toten) führen.

Bei den Christen ist man sich sicher: Die werden nichts dergleichen tun. Die Verärgerung wich schnell, weil ich mich auf die Grundlage des Christentums besann: die Nächstenliebe. Und die Gewissheit, dass man mir meinen Gott und Erlöser durch armselige Projekte nicht nehmen kann.

*Dr. Eibe Hinrichs, Knüllwald*

**Preußische Allgemeine**

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**  
Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



## Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro  
Prämie**



**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

FERNOST

# Tokio, du hast es besser

Saubere Straßen, pünktliche Bahnen und organisiertes Chaos – Kontrastreicher als in Japans Hauptstadt kann es kaum zugehen

VON HARALD TEWS

Auf einmal steht man mitten-drin und wird zum unfreiwilligen Internetstar. Sobald die Ampel auf Grün springt, ist es wie ein olympischer Startschuss: Sofort werden die Smartphones in die Höhe gerückt und die Handykameras ausgelöst. So oft fotografiert und gefilmt wird man selten. Es ist ein Spektakel, vor allem abends, wenn von den umliegenden Hochhäusern die Leuchtreklame strahlt. Aus allen Richtungen strömen bis zu 1000 Menschen gleichzeitig über die Kreuzung.

Viele laufen diagonal zur anderen Seite. Wenn sie sich in der Mitte treffen, ist es, als würden sie sich verknoten. Ausweichen ist angesagt, vor allem auch davor, aufgespießt zu werden. Fast jede Frau trägt einen dieser mörderischen Schirme, entweder um sich vor ein paar Sonnenstrahlen oder vor einigen wenigen Regentropfen zu schützen.

Kaum in Tokio angekommen, befindet sich der orientierungslose Europäer an einem der verkehrsreichsten Knotenpunkte der Welt: der Shibuya Crossing. An dieser Kreuzung hat man als Fußgänger knapp zwei Minuten Zeit, um die andere Straßenseite zu erreichen, ehe in diesem organisierten Chaos die Ampeln auf rot schalten und dieser Nabel der Welt wieder allein den Autofahrern gehört.

Eben noch einsam zwischen Feld und Wiesen unterwegs und jetzt inmitten dieses Gewusels: Es scheint, als wäre man per Zukunftstechnologie in eine andere Welt teleportiert worden. In gewisser Weise trifft das zu. Nur dass der Ortswechsel 14 Stunden gedauert hat. So lange dauert der Direktflug ab London. Man reiht sich damit in einen Trend ein: Nach der Pandemie haben die Deutschen wieder Lust auf Fernreisen. Etwas Flugscham wegen des Klimas ist inbegriffen. Reden uns nicht die „Klimaschützer“ deswegen ein schlechtes Gewissen ein? Entschädigt wird man mit einem Flug über Grönland und das – auch im Hochsommer weiterhin stark vereist – Nordpolarmeer. Putin sei Dank, denn seit Beginn des Ukrainekriegs ist der schnellere Weg über Sibirien für westliche Fluggesellschaften tabu.

Tokio also, und gleich mittendrin in dieser 14-Millionen-Stadt. Deren Metropolregion ist mit knapp 40 Millionen Einwohnern sogar eine der größten der Welt. In dieser urbanen Welt gehen unter anderem die Millionenstädte Tokio, Yokohama, Kawasaki und Saitama unmittelbar ineinander über. Schaut man auf die Menschenmassen, so scheint sich im Tokioter Bezirk Shibuya alles zu versammeln. Hier läuft uns vor dem Bahnhof erst Hachikō über den Weg. Oder genauer: wir ihm. Denn es handelt sich um eine Bronzestatue jenes treuen Hundes, der sogar dann vor dem belebten Bahnhof auf die Rückkehr seines Herrchens von der Arbeit gewartet hat, bis Letzterer eines Tages starb. Basierend auf einen japanischen Film von 1987 hat sogar Hollywood diese rührende Story im Jahr 2009 verfilmt.

Und dann läuft uns Junko über den Weg. Dem Himmel sei Dank nicht aus Bronze, sondern eine leibhaftige Japanerin mit unfassbaren Ortskenntnissen. Sie kennt die Schleichwege, die durch winkelige Tunnelsysteme, langen Rolltreppengewegen, vielen Überführungen und Einkaufspassagen aus diesem Labyrinth herausführen. „Das war nur der Anfang“, sagt sie, „auf Sie wird in den nächsten Tagen noch einiges zukommen.“

Das klingt wie eine freundliche Drohung. Zum Dank laden wir sie erst einmal auf ein Getränk ein. Hier trinken die meisten entweder Eiskaffee oder Tee. „Ocha“,



Immer gut beschirmt: Bei Grün gehört die Shibuya-Kreuzung in Tokio für zwei Minuten ganz allein den Passanten

Fotos (3): tws

grüner Tee, ist als Kaltgetränk so etwas wie der nationale Durstlöcher und schmeckt, na, sagen wir, gewöhnungsbedürftig. An andere Sitten kann man sich dagegen gerne gewöhnen. Als die Rechnung kommt und der unkundige Tourist etwas Trinkgeld auf dem Tisch legt, eilt ihm die Bedienung hinterher: „Sumimasen [Verzeihung], Sie haben das Geld hier liegenlassen.“ Weil niemand Trinkgeld annimmt, summieren sich am Ende die in den Taschen angesammelten Geldstücke zu einem ballastreichen Minischatz im Wert von 1000 Yen, deren gegenwärtiger Umtauschwert bei sechs Euro liegen.

Dabei wäre man kurz nach Verlassen des Teehauses gleich ins nächste Fettnäpfchen getappt. Mal eben eine kleine Wegzehrung mitnehmen, um sich unterwegs für die nächste Sehenswürdigkeit zu stärken, ist – wahrlich – mit Vorsicht zu genießen. Kein Japaner isst im Gehen, vielleicht ist das mit ein Grund, warum diese Metropole so sauber wirkt. Kein Gestank, keine Wandschmierereien, und nirgends liegt Müll herum, obwohl es kaum noch öffentliche Abfallkörbe gibt. „Aus Sicherheitsgründen“, wie Junko erklärt. Seit den Anschlägen von New York sind auch hier die Terrorängste gewachsen.

Ja, die Sicherheit wird hier auch im Kleinen großgeschrieben. Das erlebt der Fußgänger kurz hinter der Shibuya-Kreuzung, als ein Auto aus einer Tiefgarage fahren möchte. Zwei uniformierte Pförtner halten mit Leuchtstäben in der Hand die Passanten auf, damit das Fahrzeug sicher die Straße erreichen kann. Hinterher verbeugen sie sich höflich für die Geduld der Wartenden. Sie tun den ganzen Tag nichts anderes, als unter heißer Sonne oder bei Regen Fahrzeuge an den Fußgängern vorbeizulotsen. Wäre man sich in

Deutschland für einen solchen, zwangsläufig mit Niedriglohn bedachten Service nicht zu schade, hätte man wohl eine ähnlich geringe Arbeitslosenquote von zweieinhalb Prozent wie in Japan.

Unweit von der Ausfahrt stehen Massen von Menschen geduldig Schlange vor einem Kleidungsgeschäft. „Das passiert öfter“, sagt Junko, „hier wird wohl ein neues Anime-Produkt vor dem offiziellen Verkaufsstart angeboten.“ Die jungen Fans japanischer Zeichentrickfilme erkennt man schon von Weitem an ihrer phantasievollen Cosplay-Verkleidung.

## Kuscheln mit Minischweinchen

Doch nur wenige hundert Meter weiter herrscht plötzlich Ruhe. Wir haben einen dieser grünen Erholungsoasen erreicht, in denen man mal durchatmen kann. Vor erst, denn am Abend findet im südlichen Teil des Yoyogi-Parks ein großes Musikfestival statt, zu dem dann Tausende strömen werden. Der größere nördliche Parkteil bleibt davon unberührt. Hier liegt der Meiji-Schrein, der nach dem Tod eines Tennos vor etwas über 100 Jahren eingeweiht wurde und um den herum ein ganzer Wald gepflanzt wurde.

Bevor wir den Shintō-Schrein erreichen, weiht uns Junko in die Riten ein, die auch Ausländer befolgen sollten: Um sauber vor den Schrein zu treten, wäscht man sich vor dem Schrein an einer Wasserstelle die Hände, benetzt den Mund mit Wasser und wäscht sich danach erneut die Hände. Am Schrein selbst verbeugt man sich zweimal, klatscht dann zweimal in die Hände, macht ein kurzes Gebet mit aneinanderliegenden Händen und verbeugt sich zum Schluss ein letztes Mal.

Was Religion angeht, sind die Japaner recht flexibel. Neben dem Shintoismus,

der eher ein Naturglaube ist, befolgen die meisten parallel auch den Buddhismus, vor allem wenn man der Verstorbenen gedenkt. Tage später werden wir im Bezirk Asakusa den buddhistischen Sensō-ji-Tempel besuchen. Er ist der älteste und bedeutendste Tempel Tokios und geht bis ins frühe Mittelalter zurück. Anders als beim ruhig gelegenen Meiji-Schrein führt eine trubelige Verkaufsstraße mit Souvenir- und Imbissbuden zum Sensō-ji-Tempel. Wenn ein religiöses Fest ansteht – und das passiert oft –, stehen sich hier alle gegenseitig auf den Füßen.

Dass man hier auch weltliche Dinge nur allzu gerne anbietet, ist kaum nach dem Verlassen des Yoyogi-Parks zu erleben: Die nahe Fußgängerstraße Takeshita-Dori ist auch an diesem gewöhnlichen Wochentag voll mit Teenagern, die in den Geschäften Ausschau nach neuen Manga-Figuren oder -kostümen halten. Andere gehen in Geschäfte, in denen sie die Gesellschaft von Minischweinchen, Katzen, Hunden, ja, sogar Fischottern suchen. Tierschützer sollten sich hier besser fernhalten. Man würde sie verprügeln.

Die Prachtstraße Omotesando bietet kurz darauf den nächsten Kontrast: feine Luxusgeschäfte, wohin das Auge blickt. In Tokio ist sie nicht die einzige dieser Art, wie wir in Ginza erleben werden. Dieses Viertel ist eines der ältesten Zentren der Stadt. Der Kaiserpalast, das recht trostlose Büroviertel mit seinen Wolkenkratzern und der Tokioter Bahnhof, von dem die ultraschnellen Shinkansen-Züge abfahren, liegen nicht fern. Doch rund um die Ginza-Straße gibt es kein Entkommen vor dem Konsumrausch. Schuld sind große Edelkaufhäuser, in denen gern Ausländer, allen voran Chinesen, shoppen gehen.

An anderen Orten der Stadt erstrecken sich Einkaufszentren über 19 oder mehr Stockwerke. Wer denkt, in den Etagen würde gähnende Leere herrschen, irrt gewaltig. „Nein, Junko, solche Dimensionen sind wir in Europa nicht gewohnt.“

Neun U-Bahnstationen liegt Ginza von Shibuya entfernt. Gut, dass es mit der Ginza-Line eine direkte Verbindung gibt. Im ansonsten verknoteten Liniennetz der Tokioter U-Bahnen mit ihren verschiedenen Tarifen verliert man sonst leicht den Überblick. Aber auch hier helfen bei Problemen in jeder Station Mitarbeiter weiter. Solchen Luxusservice kann sich keine deutsche Stadt mehr leisten.

Und wie sauber und leise es in diesen ständig vollen U-Bahnen ist, obwohl sie pünktlich alle zwei bis drei Minuten fahren! Keine Graffiti, keine um Geld bettelnden

den Musikanten und keine lauten Gespräche am Handy – per Durchsage wird darum gebeten, das Smartphone im Flugmodus zu halten. Und die disziplinierten Japaner halten sich genauso daran, wie auf den Rolltreppen die rechte Seite – in Japan herrscht Linksverkehr – für fitte Treppensteiger freizuhalten. Na klar, nur der ahnungslose Europäer blockiert wieder einmal die freie Seite der Rolltreppe.

Irgendwie hat uns Junko durch diesen U-Bahndschungel zu einer fahrerlosen Monorail geführt, die nach Odaiba führt. „Diesen modernen Stadtteil am Hafen hat man durch Sandaufschüttung dem Meer abgerungen“, erklärt Junko. Frühaufsteher können hier um 5 Uhr morgens im Toyoso-Fischmarkt die legendäre Thunfischauktion miterleben und sich anschließend in einem der nahen Restaurants frischen Thunfisch servieren lassen.

Früher fand die Auktion noch auf dem Tsukiji-Fischmarkt unweit von Ginza statt. Weil der Platz nicht mehr ausreichte, verlegte man ihn auf die künstliche Insel. In Tsukiji verblieben aber noch viele günstige Restaurants und Geschäfte.

Wir aber wollen etwas erleben. Und so machen wir uns über das U-Bahn-Gewirr auf nach Shinjuku, einem der anderen Zentren fern von Ginza. In dem Bezirk liegt auch das Stadion, in dem vor Paris die letzten Olympischen Spiele stattfanden, damals pandemiebedingt um ein Jahr verschoben ins Jahr 2021 und fast ohne Zuschauer. Jetzt ist das Viertel rund um den Bahnhof wieder zum Leben erweckt. Im Amüsierviertel ist hier abends der Teufel los. Nebenbei regiert die gerade wiedergewählte Bürgermeisterin im Me-



Disziplinierte Japaner: Die rechte Seite auf der Rolltreppe wird freigehalten

tropolitan-Gebäude, von wo man bei freiem Eintritt aus 200 Metern Höhe einen Rundblick auf Tokio und – bei guter Sicht – auf den Berg Fuji genießen kann.

Rastlos geht es weiter zum nächsten Tokioter Zentrum. Nach Ueno zum Beispiel mit seinem für seine Kirschblüten, dem Zoo, einem See und Museen bekannten Park, aber auch mit der von hungrigen Restaurantbesuchern prallvollen Fußgängerzone Ameyoko. Fährt man weiter in das von den technikbegeisterten Japanern geliebte „Elektroviertel“ von Akihabara, ergibt sich das gleiche Bild. Man glaubt, dieselben Menschenmassen, die sich hier von jungen Mädchen im Manga-Kostüm zum Eintritt in eines der Elektro- oder Modellwarengeschäfte animieren lassen, wären einem heimlich aus Ginza, Ueno, Shibuya oder Shinjuku gefolgt.

Ach, Junko, wie groß und großartig doch deine Stadt ist! Im Vergleich dazu sind Berlin, München oder Hamburg die reinsten Dörfer. Wir müssen demnächst an dieser Stelle mehr davon berichten.



Elegantes Auftreten an Festtagen: Frauen in traditioneller Kleidung im Ueno Park

## ● FÜR SIE GELESEN

## Tipps für ein besseres Leben

„Bist du bereit für ein gesünderes, glücklicheres Leben?“, fragen Olivia Wartha und Susanne Kobel in ihrem Buch „111 Healthy Habits“. Es soll den Leser mit Tipps anleiten, schlechte Gewohnheiten gegen gute „Habits“ umzuwandeln, um ein gesünderes und glücklicheres Leben zu führen. Schritt für Schritt wird ein besserer Lebensstil vorgestellt. In dem Register kann man sich die Bereiche, die man verbessern möchte, auswählen.

Schlechte Gewohnheiten werden manchmal gar nicht als solche wahrgenommen. So verbringen wir zu viel wertvolle Zeit vor dem Bildschirm, anstatt echte soziale Kontakte zu knüpfen. Das belastet unsere Psyche. Besser wäre es, freie Zeit für positive Tätigkeiten freizuhalten. Und nach einer Weile könnte sich das alltägliche Einerlei in ein zufriedenstellendes Leben verwandeln. Ein gutes Nachschlaggerwerk für den täglichen Gebrauch.

Angela Selke



**Olivia Wartha/Susanne Kobel: „111 Healthy Habits“**, Humboldt Verlag, Hannover 2024, Broschiert, 208 Seiten, 22 Euro

## ARCHITEKTUR



## Landhaus Michaelsen

Eine schillernde Rettungsgeschichte eines Meilensteins der architektonischen Moderne mit privaten Einblicken in die bürgerliche Landhauskultur in Hamburg

FOTO: TOBIAS MESSMANN

**Markantes Gebäude** – Eines der architektonisch schillerndsten Gebäude in Hamburg ist das Landhaus Michaelsen, in dem sich heute das Puppenmuseum Falckenstein befindet, nachdem es 1923 im Auftrag des Ehe-

paars Michaelsen vom Architekten Karl Schneider erbaut wurde und 1970 eine Abbruchgenehmigung erhalten hat. Der vorliegende, reich bebilderte Band zeichnet die wechselvolle Geschichte des Hauses nach. CRS



**E. Dröschner/H. Grunert (Hg.): „Und dann der Blick ins Elbtal...“**, Dölling und Galitz Verlag, Hamburg 2023, gebunden, 152 Seiten, 32 Euro

## ZEITGESCHICHTE

## Das Massaker von Aussig

Das Gemeinschaftswerk „Was geschah in Aussig am 31. Juli 1949“ eines deutschen und zweier tschechischer Autoren liefert eine genaue Abfolge der Ereignisse am Kriegsende ab – Eine verdienstvolle Arbeit mit einigen Mängeln

VON KONRAD BADENHEUER

Mit „Was geschah in Aussig am 31. Juli 1949?“ hat der Verlag „Tschirner & Kosova“ ein neues Buch über das Massaker in Aussig am 31. Juli 1945 vorgelegt. Geschrieben von einem deutschen und zwei tschechischen Autoren ist es die erweiterte, komplett zweisprachige Ausgabe eines Buches, das bereits 2005 nur auf Tschechisch erschienen ist.

Der erste, deutschsprachige Teil enthält auf 88 Seiten eine ziemlich klare Darstellung der Ereignisse, ihrer Vorgeschichte, Hintergründe, Abläufe, außerdem Überlegungen zur Frage der Opferzahl. Lesenswert ist die Darstellung der damaligen Versuche der tschechischen Verantwortlichen, das für sie in vieler Hinsicht beschämende Ereignis intern aufzuklären, dabei politisch auszunutzen und propagandistisch mit absurden Vorwürfen an die Deutschen auszuschlachten. Es folgen Register, Angaben zu den Autoren, die neuen Abbildungen und schließlich der tschechische Buchteil.

Das Buch ist ein weiterer Mosaikstein zur Aufklärung der damaligen Ereignisse nach der 576-seitigen Studie zum selben Thema von Otfried Pustejovsky aus dem Jahr 2001. Der 1934 in Mährisch-Ostrau geborene Pustejovsky ist auch einer der Autoren des neuen Buches. Der absolute Neuigkeitwert ist nicht allzu groß, aber verdienstvoll ist, dass dieses Buch eine weitere, kürzer gefasste Möglichkeit eröffnet, sich über dieses Massaker zu informieren.

Das Ereignis selbst ist heute recht gut aufgeklärt, was bis 1990 noch ganz anders war. Während das massenhafte Sterben

der Deutschen in tschechischen Lagern noch bis ins Jahr 1946 hinein weiterging, endeten die offenen Massaker ansonsten fast überall am 16. Juli 1945. Es war der Tag vor dem Beginn der Potsdamer Konferenz der alliierten Siegermächte, und aus diesem Anlass ließ der tschechische Präsident Edvard Beneš das Morden einstellen, offenbar weil er davon nun politische Nachteile erwartete: Er wollte aus Potsdam einen möglichst „harten“ Vertreibungsbeschluss. Stalin hatte er dafür schon gewonnen, Churchill weitgehend ebenfalls, aber Roosevelt eben noch nicht. Er musste befürchten, dass weiteres Blutvergießen das Zögern der USA in dieser Frage eher vergrößern würde.

Dass er das Morden überhaupt beenden konnte, akzentuiert übrigens seine Verantwortung. Es war eben nicht so, dass nach Kriegsende spontan viele Tschechen damit begonnen hätten, ihre deutschen Nachbarn zu erschlagen, wie dies etwa 1994 in Ruanda beim Völkermord der Hutu an den Tutsi der Fall war. Beneš und seine Mitstreiter hatten das zwar gehofft und auch alles dafür getan, sie haben dieses Ziel aber nicht erreicht.

## Motiv war lange unklar

Ebenso auffällig ist, dass es in Aussig auch tschechische Tote gegeben hat, sieben an der Zahl. Sie starben aber nicht durch die Hand deutscher Täter, sondern bei der Explosion in einer als Munitionsdepot genutzten früheren Zuckerfabrik, bei der auch 14 Deutsche starben. Fast unmittelbar danach begann an mehreren Orten in der Stadt die Gewalt gegen die Deutschen. Unklar war lange das Motiv der Täter. Und wer waren diese? Heute wissen wir beides: Angestrebt wurde von den tsche-

chischen Verantwortlichen die massive Beschleunigung der „wilden“ Vertreibung aus Nordböhmen durch mehr Terror gegen die Deutschen. Ein Massaker am 31. Juli war dagegen nicht geplant und auch nicht die Beeinflussung der Alliierten in Potsdam. Die Täter, das steht nun fest, waren kaum Aussiger Tschechen, sondern auswärtige. Hier bestätigen die tschechischen Quellen genau die Berichte der überlebenden Deutschen, mit vielen vor 1990 unbekannten Details. Diese Passagen gehören zu den informativsten des Buches.

Höchst unsicher war auch lange die Zahl der Getöteten. Bis heute ist sie nicht ganz klar. Jahrzehntelang gingen die vertriebenen Aussiger von ein paar Hundert Toten aus (mit einer weiten Spanne von 200 bis 1000), auch Zahlen bis zu 2700 wurden vertreten. Diese Schätzungen waren schon immer insofern fragwürdig, als weit weniger Vermisstenmeldungen vorlagen. Der Schreiber dieser Zeilen hat in den 1990er Jahren eigenhändig alte Ausgaben des „Aussiger Boten“ ausgewertet, mit dem verblüffenden Ergebnis, dass nur ziemlich wenige Aussiger (aus der Erinnerung: etwa 50) seit dem Massaker als vermisst gemeldet wurden, dagegen mehrere Hundert (aus der Erinnerung: etwa 300) mit dem Hinweis „Lager Lerchenfeld“.

Sicher bekannt waren den Vertriebenen jeweils nur wenige Dutzend Tote des Massakers ebenso wie in diesem Lager im Norden der Stadt. Nun wurde nach 1990 aus tschechischer Quelle aber 537 Tote des Lagers Lerchenfeld publiziert – weit mehr als die Aussiger auch nur vermutet hatten. In beiden Fällen scheint die tatsächliche Opferzahl der Summe der gesicherten Toten und der namentlich be-

kannten Vermissten recht genau zu entsprechen, was auch bei den inzwischen genau erforschten Massakern von Saaz und Postelberg Anfang Juni 1945 so ist. Für das Ereignis von Aussig nennt das Buch unter Berufung auf Pustejovsky eine wahrscheinliche Opferzahl von etwa 100 und eine Obergrenze von 200 bis 220. Das mag hinkommen, aber es ist schade, dass nicht deutlicher gesagt wird, warum weiterhin eine etwas höhere Zahl möglich ist. Man weiß nicht, wie viele Leichen insgesamt nach dem 31. Juli flussabwärts an die Ufer der Elbe gespült wurden und wie viele davon Opfer des Massakers waren. Und man weiß nicht, ob die Liste der 24 im Krematorium von Theresienstadt erfassten Massakeropfer vollständig ist.

## Ungenauigkeit der Übersetzung

Ungenau ist das Buch bei der Übersetzung. Alte Munitionsbestände und andere Hinterlassenschaften der Deutschen werden als deren „Überbleibsel“ übersetzt, was ein bisschen merkwürdig ist. Ein Dokument belegt das Ziel der tschechischen Verantwortlichen, mit schnellen Vertreibungen „fertige Angelegenheiten“ zu schaffen, gemeint sind vollendete Tatsachen. Und wenn die Geschäftsstelle des Bezirksnationalausschusses zur „Kanzlei des Okresní Národní Výbor“ wird, muss das der deutsche Leser erst einmal verstehen. Manche Fehler sind sinnentstellend.

Sehr schade sind in einem Buch mit dieser Thematik schließlich ein paar anti-deutsche Spitzen nicht nur gegen die Vertriebenen. Im Vorwort des prominenten Historikers Petr Koura heißt es, das Massaker sei in das deutsche „kollektive Gedächtnis ... als eines der grauenvollsten Massaker des ‚blutigen Sommers‘ 1945“

eingegangen. Tatsächlich ist das Ereignis der breiten deutschen Öffentlichkeit unbekannt. Weiter liest man, das Buch stelle ein „Musterbeispiel dessen dar, was in wissenschaftlichen Kreisen die ‚Dekonstruktion eines Mythos‘ genannt wird“. Auch davon kann keine Rede sein, denn die zu hohen, traditionellen Opferzahlen dieses Massakers hatten in sudetendeutschen Kreisen nie den Rang eines Mythos, schon weil die Spanne der genannten Zahlen dafür viel zu weit war.

Eine zeichnerische Darstellung der Gewalt auf der Beneš-Brücke aus dem Jahr 1965 wird schließlich als „sudetendeutsche Propaganda“ abqualifiziert mit dem Hinweis, die Darstellung weiche von der „tatsächlichen Lage ... beträchtlich ab“. Das stimmt sogar: Die Abbildung zeigt vier oder fünf Personen im Wasser unter einer etwa drei Meter hohen Brücke. Tatsächlich ist diese Brücke 13 Meter hoch, sodass an anderer Stelle im Buch zu Recht gesagt wird, dass nicht alle der (Dutzenden) ins Wasser Gestürzten sofort tot gewesen sein mussten.

Ein Fazit ist also, dass eine gut lesbare, knappe und zugleich exakte Darstellung des Aussiger Massakers leider immer noch fehlt. Dennoch handelt es sich um ein verdienstvolles und lesenswertes Buch.

Jan Havel/Vladimir Kaiser/Otfried



**Pustejovsky: „Was geschah in Aussig am 31. Juli 1945? Dokumentation eines Nachkriegsverbrechens“**, Verlag Tschirner & Kosova, Leipzig 2022, gebunden, 237 Seiten, 39,80 Euro

DIGITALE FASZINATION

# Mit Kant über Königsberg schweben

Noch nie konnte man den großen Philosophen in seinem 300. Jubiläumsjahr so hautnah erleben wie in aktuellen Ausstellungen



Eine digitale Meisterleistung: In filigraner Kleinarbeit wurde Königsberg hier mit Blick vom Hafen Richtung Kneiphof aus dem Jahr 1750 aufwendig rekonstruiert

Foto: men@work Media Service

**HERMANN MÜLLER**

**O**b Sonderausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg oder in der Bundeskunsthalle Bonn – im Kant-Jubiläumsjahr werden für alle Interessierten gleich mehrere verlockende Angebote gemacht, sich mit dem Leben und Denken des Königsberger Philosophen zu beschäftigen. Fester und aufregendster Bestandteil beider Ausstellungen ist eine beeindruckende digitale Nachbildung der Stadt Königsberg.

In der Bonner Kunsthalle war bis März die Ausstellung „Immanuel Kant und die offenen Fragen“ zu sehen, die durch einen wandfüllenden Comic auffiel. Im Stil ei-

schaften zeigt in ihren Räumen am Berliner Gendarmenmarkt eine Multimedia-Ausstellung namens „Kant – Digitale Welten“, die Besucher auf ganz besondere Weise in die Lebenswelt Kants eintauchen lässt. Neben Dokumenten zu Kant aus den Beständen des Akademiearchivs wird nämlich auch eine detaillierte virtuelle Rekonstruktion des historischen Stadtbildes von Königsberg zur Zeit Kants gezeigt. Die Stadt war Lebens- und Arbeitsmittelpunkt des Philosophen, die er fast nie verlassen hat.

**Gigantisch digitale Rekonstruktion**

Zu sehen war die digitale Nachbildung der preußischen Residenz- und Universitätsstadt Königsberg auch bereits in der Bon-

ebenso Satellitenbilder der heutigen Pregelstadt. Wie Tim Kunze, Kurator am Ostpreußischen Landesmuseum, im Gespräch mit der PAZ erklärte, tauchte bei der Umsetzung ein ganz spezielles Problem auf: der hügelige Boden Königsbergs. Wo konkrete Höhendaten fehlten und nicht zu ermitteln waren, mussten die Entwickler des virtuellen Stadtbildes notgedrungen schätzen.

Die digitale Nachbildung stellt den neuesten Stand der Technik dar. Möglich ist es unter anderem, Besucher mit hochauflösenden 3D-Bildern auf eine virtuelle Ballonfahrt in einer Montgolfiere über das Königsberg des 18. Jahrhunderts zu schicken. In anderen virtuellen Episoden tauchen die Zuschauer in das überdimensionierte Räderwerk einer Turmuhr ein oder erleben ein Raumschiff. Über die Spielszenen sollen Aspekte des Denkens Kants und der Aufklärung virtuell erlebbar werden.

**Leben in Ostpreußen**

Anspruch des Projektes war es, Besucher auf eine digital-imaginäre Reise mitzunehmen, um sich den Ideen des Philosophen Kant und seiner Epoche spielerisch nähern zu können. Für das Projekt des virtuellen Königsbergs hat die Bundeskunsthalle Bonn mit dem Ostpreußischen Landesmuseum kooperiert. Das von der Ostpreußischen Kulturstiftung getragene und vom Bund und dem Land Niedersachsen geförderte Landesmuseum in Lü-

rem der Frage nach, wie aus dem Handwerkersohn Kant ein Gelehrter von Welt- ruhm wurde. Gestellt werden aber auch eher kuriose Fragen, etwa warum Kant Billard spielte. Auch im Lüneburger Museum können Besucher an sieben Stationen eine Virtuelle-Realität-Brille aufsetzen, um das historische Königsberg zur Zeit Kants dreidimensional betrachten zu können.

**Mit Kants Avatar flanieren**

Zudem greift das Museum bei den Ausstellungsobjekten auf Leihgaben und auf seine eigenen Bestände zurück. Das Ostpreußische Landesmuseum hat immerhin weltweit die umfangreichste Sammlung zu Kant. Zu sehen sind in der Lüneburger Sonderausstellung einzigartige, zum Teil noch nie öffentlich gezeigte Originalobjekte: echte Haare von Kant, sein persönlicher Spazierstock, zahlreiche Ölgemälde von ihm oder auch das „Kant-Glas“ mit persönlichen Gravuren. Bei einigen Ausstellungsstücken, etwa sehr alten Bildern Königsbergs, handelt es sich um Leihgaben, die in Zukunft vermutlich nicht mehr öffentlich zu sehen sind. Die Sonderausstellung in Lüneburg stellt damit für Besucher, die speziell an der Stadtgeschichte interessiert sind, eine einmalige Gelegenheit dar.

Die Sonderausstellung bietet zudem eine Vorschau auf eine geplante Dauerausstellung des Ostpreußischen Landes- museums. Aus baulichen Gründen kann die Dauerausstellung noch nicht im Jubiläumsjahr 2024 gezeigt werden. Der in der aktuellen Sonderausstellung gezeigte Teil zur Biographie Kants wird künftig der erste von vier Teilen der geplanten Kant-Dauerausstellung des Museums sein. Die Dauerausstellung soll voraussichtlich ab Ende 2025 in einem Neubau am Ostpreußischen Landesmuseum gezeigt werden.

Auch in dieser Dauerausstellung soll nach den Plänen des Museums die Rekonstruktion des historischen Königsbergs hochaufgelöst und in 3D als virtuelle Realität erlebbar sein. In den Mittelpunkt der künftigen Ausstellung will das Ostpreußische Landesmuseum jedoch wiederum das Denken Kants und seine Bedeutung für die heutige Welt stellen. Anspruch ist es sogar, das Museum in Lüneburg zum zentralen Erinnerungsort für Kant in Deutschland zu machen.

Für die künftige Dauerausstellung ist zudem beabsichtigt, das virtuelle Stadtbild des historischen Königsbergs weiterzuentwickeln. So könnte beispielsweise ein Avatar Kants durch die Straßen Königsbergs schlendern, der dabei das Stadtbild erklärt. Die aktuell gezeigte Kant-Sonderausstellung des Landesmuseums wird von einem Sonderprogramm mit

Vorträgen, Lesungen, Führungen und Angeboten, die speziell für Kinder entwickelt wurden, begleitet. Am 3. September gibt Kunze, Kurator am Ostpreußischen Landesmuseum, in einem Vortrag etwa einen Einblick, welche generellen Recherchen notwendig waren, um das historische Königsberg digital wieder auferstehen zu lassen. Im Vortrag berichtet der Kurator auch, was die Stadt Königsberg zu den Zeiten Kants zu einem ganz besonderen Ort gemacht hat. Da das Begleitprogramm auf regen Zuspruch trifft, ist eine Anmeldung erforderlich.

## Weitere Infos zu den drei Ausstellungen:

**„Kant – Digitale Welten“**  
– Ausstellung der Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 06. August - 03. September 2024, Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr, Akademiegebäude am Gendarmenmarkt  
Zugang zur Ausstellung über Jägerstraße 22/23, 10117 Berlin  
Der Eintritt ist frei. Besucher werden gebeten, sich an der Pforte anzumelden.  
<https://www.bbaw.de/veranstaltungen/veranstaltung-kant-digitale-welten>

**„Kant 300. Ein Leben in Königsberg“**  
– Sonderausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum, 18. April – 13. Oktober 2024, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10.00 bis 18.00 Uhr  
Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg  
[www.ostpreussisches-landes-museum.de](http://www.ostpreussisches-landes-museum.de)

**„Museum Erleben: Hinter den Kulissen von Königsberg. Wie entstand die virtuelle Rekonstruktion?“**  
– Vortrag von Dr. Tim Kunze, Kurator am Ostpreußischen Landesmuseum, 3. September 2024 – 14:30 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg  
Für den Vortrag ist eine Anmeldung erforderlich. Der Eintrittspreis zum Vortrag beträgt 7 Euro.  
[www.ostpreussisches-landes-museum.de](http://www.ostpreussisches-landes-museum.de)



Einblick in die neue, abwechslungsreiche Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ in Lüneburg

Foto: Ostpreussisches-landesmuseum

ner Graphic Novel wurde dabei das Leben Kants chronologisch nachgezeichnet. Aufgegriffen wurden dabei auch unbekannte sowie amüsante Aspekte des Privatlebens Kants. Außerdem versuchten die Ausstellungsmacher, dem Publikum das faszinierende Denkuniversum Kants näherzubringen. Inhaltlich wurde die Ausstellung durch die vier grundlegenden Fragen Kants strukturiert:

1. Was kann ich wissen?
2. Was soll ich tun?
3. Was darf ich hoffen?
4. Was ist der Mensch?

Anspruch der Ausstellungsmacher war es dabei, Kant einem philosophisch nicht vorgebildeten und speziell auch jugendlichen Besucher präsentieren. Einen eher exklusiven Charakter hat eine Ausstellung, die derzeit von der Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften anlässlich des 300. Geburtstags von Kant gezeigt wird. Die Traditionsnachfolgerin der Preußischen Akademie der Wissen-

ner Kant-Ausstellung. Umgesetzt wurde die digitale Rekonstruktion von Experten für Virtuelle Realität und 3D-Gestalten der Firma „men@work Media Services“. Der Dokumentarfilmer Martin Papirowski, der unter anderem bereits mehrere Terra-X-Filme produziert hat, leitete das Projekt, fachlich beratend wirkten zudem Historiker mit. Entstanden ist so innerhalb von anderthalb Jahren ein beeindruckendes digitales Abbild der Heimatstadt Kants zur Zeit um 1750. Die digitale Rekonstruktion umfasst 5378 Häuser, 557 städtische Gebäude, 3369 Neben- oder Stallgebäude, 444 industrielle- und Hafengebäude sowie 2205 Gärten und 680 Parks.

Bei der Nachbildung des historischen Stadtbildes von Königsberg haben die Macher sehr stark auf Schriftquellen, etwa Chroniken, Stadt- und Naturbeschreibungen, und auf historisches Kartenmaterial zurückgegriffen. Hinzugezogen haben die Entwickler des virtuellen Stadtbildes aber

Die digitale Rekonstruktion umfasst 5378 Häuser, 557 städtische Gebäude, 3369 Neben- oder Stallgebäude, 444 industrielle- und Hafengebäude

neburg zeigt noch bis zum 13. Oktober die Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“. Im Mittelpunkt dieser Ausstellung steht ausnahmsweise einmal nicht die Philosophie Kants, sondern sein Leben in Ostpreußen. Gezeigt werden noch nie der Öffentlichkeit präsentierte Objekte zu Kant und seinem Leben. Die Ausstellungsmacher gehen unter ande-

● AUFGESCHNAPPT

Die deutsche Verwaltung sei zu schwerfällig, hört man allenthalben. Kann sein, aber es kommt wohl sehr darauf an, worum es geht: Laut „Tichys Einblick“ („TE“) hat die Stadt München flugs 20 neue Verwaltungsstellen genehmigt, um die Flut von Einbürgerungsanträgen zu bewältigen. Deren Zahl sei im Juni um 129 Prozent gegenüber dem Vormonat und sogar um 194 Prozent gegenüber dem Juni 2023 angestiegen. Grund ist das neue Einbürgerungsrecht der Ampel, nachdem man den deutschen Pass schon nach fünf statt nach acht Jahren Aufenthalt erlangen kann und Doppelstaatsbürgerschaften erlaubt sind. „Die vom Bund durchgeführte Gesetzesänderung hat die Kommunen an den Rand der personellen Leistungsfähigkeit im Bereich der Einbürgerungsverfahren gebracht“, so eine Sprecherin der Stadt Regensburg gegenüber dpa. Die meisten Antragsteller stammen aus Syrien, gefolgt von solchen aus dem Irak und der Türkei. Auch Antragsteller aus dem Iran und Afghanistan stehen laut „TE“ weit oben auf der Liste. *H.H.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Wolfram Weimer beschreibt im „Focus“ (20. August) die Entwicklung, die Deutschland unter Kanzler Scholz nimmt:

„Der Innovationsstandort Deutschland sei (laut Unternehmen, d. Red.) kaum noch wettbewerbsfähig. Zu hohe Steuern, zu teure Arbeitskosten, extreme Energiepreise, Bürokratiewucherei und zu viele grüne Bevormundungen liefern ein Fazit: Mit dem Schrumpf-Kanzler droht Deutschland ein massiver Wohlstandseinbruch und Verlust seiner Wettbewerbsfähigkeit. Die Wähler im Osten kennen das, wenn ein Land einbricht – und sie strafen die Verantwortlichen konsequent ab.“

Jan Dams will der Agonie der Ampel nicht weiter zusehen und fordert in der „Welt“ (15. August):

„Diese Regierung hat fertig. Ihren wichtigsten Protagonisten fehlen die Kraft, die Ambition und das Vorstellungsvermögen für entscheidende Weichenstellungen, auch nur für einen kleinen Neustart in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage des Landes. Die Gemeinsamkeiten sind längst erschöpft. Für die Ampelparteien mag es wahltaktische Gründe geben, noch ein Jahr mit dem Urnengang zu warten. Aber ist es für das Land wirklich besser? Die Zeit ist reif für Neuwahlen.“

Auch Jan Schäfer sehnt sich in der „Bild“-Zeitung (20. August) ein baldiges Ende der Ampelregierung herbei:

„Niemand hat den Mut, das Bündnis zu verlassen. Angeblich, damit Deutschland stabil bleibt. Was für eine absurde Begründung. Das Gegenteil ist der Fall! Deutschland wird täglich instabiler. Mit Streik, Blockaden und Zickzack-Politik manövriert die Ampel das Land immer tiefer in die Krise.“

Ben Brechtken hat genug von Problemverdrängung und Schönfärberei. Auf „Nius.de“ (19. August) redet er Tacheles:

„Die Kombination aus Masseneinwanderung in die Sozialsysteme, gigantischen Zukunftsverpflichtungen des Wohlfahrtsstaates, Billionen Euro teurer Öko-Planwirtschaft, Produktivitäts-Stagnation, rapide schwindender Wettbewerbsfähigkeit und notorischem Nullwachstum kann kein Land auf Dauer überleben. Wenn in den nächsten Jahren nicht in sämtlichen Politikbereichen eine komplette Kehrtwende stattfindet, sieht die Zukunft rabenschwarz aus.“

Die „Berliner Zeitung“ (19. August) zitiert den Politikwissenschaftler Philip Manow mit einer Erklärung für die behauptete „Radikalisierung“ der AfD:

„Wenn einer neuen Partei sofort klarge-macht wird, dass es für sie oder ihre Positionen prinzipiell keinen Platz gibt – dann stärkt das jene in der Partei, die sagen: Das System ist marode und kaputt, es muss als Ganzes weg.“

● WORT DER WOCHE

„Boah, wie soll ich sagen. Is’ halt so, ne.“

**Robert Habeck (Grüne),** Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, laut dem X-Account der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“ zum Zwölf-Milliarden-Loch im Bundeshaushalt für 2025

DER WOCHENRÜCKBLICK

# Die Menschen

Warum von „Stillstandskoalition“ keine Rede sein kann, und wer die Politiker noch wirklich lieb hat

VON HANS HECKEL

Mag ja sein, dass unsere derzeitige Bundesregierung ein bisschen holprig unterwegs ist und so manche Fehler begeht. Aber manche Vorwürfe gegen die Ampel erweisen sich nun wirklich als völliger Unsinn, wenn man die Sache mal vorurteilsfrei betrachtet.

So hören wir immer öfter und zunehmend laut, bei der Scholz-Habeck-Lindner-Truppe handele es sich um eine „Koalition des Stillstands“, die Deutschland in die Stagnation führe. Überdies wüssten die Akteure nicht, was sie wollten, weil sie außerstande seien, politische Schwerpunkte zu setzen.

Beides ist an den Haaren herbeigezogen, um nicht zu sagen: blanker Quatsch. Diese Regierung setzt ganz klare politische Schwerpunkte und entfacht dadurch eine ungeahnte Dynamik im Land, wie sie die Bundesrepublik noch nicht gesehen hat.

Kommen wir zu den eindeutigen Schwerpunkten: Die Klimaziele stehen für die Ampel ganz eindeutig im Vordergrund. Hinter ihnen hat alles andere zurückzustecken. Wenn also der Bau bezahlbarer Wohnungen oder die Aufrechterhaltung unserer Industrie den Klimazielen im Wege stehen, dann muss der Wohnungsbau eben abgewürgt werden und die Industrie soll sich zum Teufel scheren.

Resultat dieser klaren Schwerpunktsetzung ist die genannte Dynamik: Die Baubranche sackt ins Bodenlose. Im ersten Halbjahr 2024 wurden nur noch gut 100.000 Wohnungen genehmigt, ein Fünftel weniger als 2023 und die Hälfte dessen, was mal beabsichtigt war, als das Ziel noch 400.000 neue Wohnungen pro Jahr hieß.

Bei der Industrie ist die Ampel ebenso konsequent auf Kurs: Allein die Chemiebranche hat binnen drei Jahren ein Viertel ihrer Produktionsmenge verloren, die deutsche Autoproduktion ist gegenüber den Vorjahren von durchschnittlich fünfeinhalb auf nur noch vier Millionen produzierte Wagen jährlich heruntergepurzelt. „Stillstand“ sieht ja nun wirklich anders aus, oder?

Bei der Einwanderungspolitik ist die Regierung nicht minder auf Kurs. Die feste Absicht, die Grenzen für alle offen zu lassen und möglichst niemanden abzuschieben, gibt die Richtung vor. Dass die innere Sicherheit darunter zerbricht wie die Finanzen und die Aufnahmefähigkeit von Kreisen und Kommunen,

spielt keine Rolle. Ebenso wenig der Kollaps der Sozialsysteme, der letztlich unvermeidlich sein wird, wenn Deutschland auf besagtem Kurs verharrt. Aber gewankt wird nicht.

Infolge ihrer bemerkenswerten Entschlossenheit, die alle Unkenrufe von der verzagten „Stillstandskoalition“ Lügen straft, hat das Kabinett aus SPD, Grünen und FDP sogar noch etwas Weiteres erreicht, mit dem keiner rechnen konnte: Die Deutschen haben angefangen, über Politik nachzudenken. Das hatten sie sich schon vor einer gefühlten Ewigkeit abgewöhnt.

Wer früher auf Probleme oder Gefahren der jeweils herrschenden Politik aufmerksam machte, den hat der Normalmichel bislang mit einer Entgegnung an die Wand gegähnt, gegen die keiner ankam: „Was willst du denn? Uns geht’s doch gut!“ Danach konnte man jede politische Diskussion vergessen.

Erst Dank der Ampel ist sich eine wachsende Zahl von Deutschen gar nicht mehr so sicher, wie es „uns“ wirklich geht. Und erst recht nicht, wie es um „uns“ in ein paar Jahren bestellt sein dürfte, wenn Scholz, Habeck und Co. ihre Linie mit gleichem Elan fortführen. Die Leute werden wach, danke Olaf! Diese politische Erweckung zeitigt allerdings auch unerwünschte Ergebnisse. Manche Aufgewachten reagieren nämlich überraschend ungehalten auf die immer sichtbarereren Erfolge von Rot-Grün-Gelb.

## Harald Schmidt: Schafft die Wahlen ab

Zum Glück ist Olaf Scholz endlich aus dem Sommerurlaub zurück und weiß Rat: Im „Bürgerdialog“ stellt er fest, man müsse den „Bürgerinnen und Bürgern“ die Ampelpolitik nur „besser erklären“. Na ja, ich weiß nicht, ob das eine gute Idee ist angesichts der Qualität jener Erfolge. Und siehe da: Scholz scheint meinen Verdacht sogar zu teilen und griff in dem „Dialog“ vorsichtshalber zu einem Trick: Ja, die Lage bei der Ampel habe zuletzt schwierig ausgesehen, gab er zu. Aber schwierig war diese Koalition, so Scholz, doch schon von Anfang an. Ganz schön ausgebufft! Denn wenn es von Anfang an schwierig war, dann ist das derzeitige Gerangel ja gar nicht der Rede wert, und wir können uns alle wieder gemütlich in die Polster fallen lassen. Außerdem: „Uns geht’s doch ....“ Ach nein, das wollen wir jetzt lieber nicht mehr sagen.

Viele Deutsche sind nicht bloß ungehalten, sie reagieren sogar regelrecht sauer und wollen sich nicht mehr zurücklehnen, wäh-

Mit dem Satz „Uns geht’s doch gut!“ haben die Deutschen bislang jede Kritik an der Politik weggeghänt. Das hört man heute kaum noch

rend ihre Regierung wie ein Abrissunternehmen durch die Aufbauleistung von Generationen brettet.

Um viele Politiker ist es daher bedrückend einsam geworden. Was sollen sie bloß tun? Aus der Psychologie wissen wir, dass einsame Menschen dazu neigen, sich einen „imaginären Freund“ zu erschaffen, der genauso ist, wie sie sich einen Freund vorstellen. Das sehen wir nun auch bei Politikern immer öfter. Sie haben ihrem eingebildeten Fahrensmann sogar einen Namen gegeben, er lautet „die Menschen“. Als Lars Klingbeil neulich beim ZDF-Sommer-Interview nicht mehr ein noch aus wusste bei dem Versuch, dem Publikum das Gezerre in der Koalition zu erklären, erzählte er versonnen von „den Menschen“ in seinem Wahlkreis, die verblüffenderweise alles genauso sehen wie er.

Ähnlich Mario Voigt von der Thüringer CDU: Der Spitzenkandidat ärgert sich verständlicherweise über den Vormarsch von AfD und BSW in seinem Bundesland. Aber zum Glück weiß er sich darin ebenfalls einig mit „den Menschen“ im Freistaat. Die wollen nämlich, so Voigt bei „Welt“-TV, auch keine „Polarisierung“, wie sie von den beiden Konkurrenzparteien ausgehe. Interessant: Nach dem Umfragen kommen AfD und BSW in Thüringen zusammen auf rund 50 Prozent, Voigts CDU auf gut 20. „Die Menschen ...“? Damit meint er also augenscheinlich nicht die realen Wesen auf Thüringens Straßen sondern seine Phantasiefreunde.

Ärgerlicherweise entscheiden Voigts oder Klingbeils Phantasiefiguren nicht die Wahlen, da bestimmen die echten Leute, die ihre Botschaft manchmal auch recht subtil absetzen: Während Klingbeil im ZDF sprach, tönnten aus dem Hintergrund ganz leise die sanften Klänge eines Straßenmusikanten herüber. Er geigte die Titelmelodie des Hollywood-Welterfolgs „Titanic“.

Das lässt nichts Gutes ahnen, weshalb die etablierte Politik fieberhaft an Plänen meißelt, wie man ein „falsches“ Wahlergebnis politisch möglichst unwirksam macht. Einer siegreichen AfD sollen möglichst alle Wege verbaut werden, um durch ein gutes Wahlergebnis echte Macht zu gewinnen. Mal sehen, wie weit die „Verteidiger der Demokratie“ noch gehen werden bei diesem Einhegen demokratischer Prozesse. Harald Schmidt hat da schon einen Vorschlag gemacht: Schafft die freien Wahlen doch einfach ab, oder legt das Ergebnis vorher fest.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)